



## Corporate Governance

# Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2012

---

## Inhalt

### Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	9
RUAG Holding AG (VBS).....	13
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	16
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	19
Swisscom AG (UVEK).....	23
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	26
Schweizerische Post (UVEK).....	29
Skyguide AG (UVEK).....	32
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	35
Pro Helvetia (EDI).....	39
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI) .....	43
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	47
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	50
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	53
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	57
Identitas AG (WBF).....	61
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK) .....	63



## Vorwort

Mit der vorliegenden Kurzberichtsammlung erstattet der Bundesrat den eidgenössischen Räten und der Öffentlichkeit Bericht über die Erfüllung seiner eignerpolitischen Ziele durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten im vergangenen Jahr. Gegenstand sind jene verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele geführt werden (AS 2011 5859; [www.admin.ch/ch/d/as/2011/5859.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/as/2011/5859.pdf)). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV oder auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio 17 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Public Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr informiert der Bundesrat über die unternehmerischen Leistungen und die wirtschaftliche Lage der verselbständigten Einheiten und gibt damit gleichsam Rechenschaft über die Ergebnisse seiner eignerpolitischen Aufsichtstätigkeit. Insbesondere aber schafft er im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung die Voraussetzung, dass die eidgenössischen Räte und ihre Organe ihre Funktion der parlamentarischen Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Angeführt von einer Würdigung der Leistungen der verselbständigten Einheit, fassen die Berichte die Erfüllung der thematisch gruppierten strategischen Zielbereiche zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Elemente und Entscheide zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

29. April 2013



# ETH-Bereich

Internet: [www.ethrat.ch](http://www.ethrat.ch)

Sitz: Zürich (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes  
(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

**ETH-Rat:** Fritz Schiesser (Präsident), Paul Herrling (Vizepräsident), Ralph Eichler, Patrick Aebischer, Joël Mesot, Beatrice Fasana Arnaboldi, Barbara Haering, Beth Krasna, Jasmin Staiblin, Markus Stauffacher, Olivier Steimer

**Geschäftsführer:** Michael Kaeppli

**Externe Revisionsstelle:** EFK, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Der ETH-Bereich hat sich 2012 wie auch in den Vorjahren erfreulich dynamisch entwickelt. Mit dem Berichtsjahr 2012 endet die Leistungsperiode 2008–2012. Aus Sicht des Bundesrates hat der ETH-Bereich den Leistungsauftrag weitgehend umgesetzt. Die sechs Institutionen bieten erstklassige Lehre an und nehmen in der Forschung auch im internationalen Vergleich Spitzenplätze ein. Mit dem Entscheid von Bundesrat und Parlament, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen, rückten 2012 die Kompetenzen des ETH-Bereichs in der Energieforschung ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Experten aus dem ETH-Bereich brachten ihre Forschungsergebnisse effektiv in die Diskussion ein. Im Hinblick auf die angestrebte Energiewende wird der Forschung des ETH-Bereichs auch in Zukunft eine zentrale Rolle zukommen, namentlich auch bei der Umsetzung des Aktionsplans „Koordinierte Energieforschung Schweiz“.

Im Bereich des Wissens- und Technologietransfers (WTT) sind die Institutionen sehr aktiv. Ferner spielen sie in der nationalen Hochschullandschaft eine wichtige Rolle. Die EPFL hat 2012 ein Standbein im Kanton Wallis eröffnet. Und in Lugano-Cornaredo konnte das neue Gebäude des Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) eingeweiht werden, in dem ein neuer Supercomputer installiert wurde. Auch international sind die Institutionen des ETH-Bereichs gut vernetzt. Die ETH Zürich konnte ein Forschungszentrum in Singapur einweihen. Die Institutionen sind ferner gut in der Schweizer Gesellschaft verankert und pflegen einen intensiven Austausch mit der Bevölkerung. Ihre Bemühungen um attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen reichten dagegen nicht aus, um die Ziele bezüglich des Frauenanteils zu erreichen. Und das Ziel, eine gemeinsame Marke für den gesamten ETH-Bereich zu schaffen, wurde 2012 aufgegeben.

Der Bundesrat anerkennt die nationalen und internationalen Erfolge der Institutionen des ETH-Bereichs. Angesichts der grossen Herausforderungen schätzt er deren Bereitschaft, sich kontinuierlich zu verbessern und weltweit an der Spitze zu halten.

Kennzahlen	2012	2011
<b>Finanzen und Personal</b>		
Umsatz (Mio. CHF)	<b>3'127</b>	3'094
Reingewinn (Mio. CHF)	<b>102</b>	120
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>2'688</b>	2'435
Eigenkapitalquote in %	<b>85,5</b>	82,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>16'072</b>	15'609
<b>Anstaltsspezifische Kennzahlen</b>		
Zweitmittel (Mio. CHF)	<b>471</b>	440
Drittmittel (Mio. CHF)	<b>290</b>	211
Anzahl Studierende	<b>27'087</b>	25'629
davon Frauen in %	<b>29,4</b>	29,6
ProfessorInnen (Anzahl Vollzeitstellen)	<b>739</b>	722
<b>Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen</b>		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>2'041</b>	<b>2'026</b>
Gebühren (Mio. CHF)	<b>96</b>	<b>86</b>

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

*Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und für die Studierenden attraktive Lehre an.*

Die beiden ETH in Zürich und Lausanne erfreuen sich grösster Beliebtheit bei den Studierenden. Die Anzahl der Studierenden inkl. Doktorierender hat sich von 2011 bis 2012 um 5,6 Prozent auf 27'087 erhöht. Diese beträchtliche Zunahme zeugt von der ungebrochenen Attraktivität und hohen Qualität der Lehre.

Dasselbe gilt auch für den Anteil der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Wohnsitz bei Erlangung des für die Zulassung relevanten Bildungsausweises im Ausland lag (Bildungsausländerinnen und -ausländer). Dieser hat seit 2011 von 36,9 auf 39,7 Prozent zugenommen. Zwischen den Bildungsstufen kann

\* Leistungsauftrag 2008–2012: BFI-Botschaft 2008–2011 ([www.admin.ch/ch/d/ff/2007/1223.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/1223.pdf), S. 1401 ff.) und BFI-Botschaft 2012 ([www.admin.ch/ch/d/ff/2011/757.pdf](http://www.admin.ch/ch/d/ff/2011/757.pdf), S. 774 ff.). Der ETH-Bereich wird erst ab 2017 über strategische Ziele geführt.

man aber grosse Unterschiede feststellen. Auf der Bachelorstufe liegt der Anteil bei 26,0 Prozent (2011: 22,5 %), auf der Masterstufe bei 41,0 Prozent (2011: 38,2 %) und auf der Doktoratsstufe gar bei 69,2 Prozent (2011: 67,5 %).

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist die stark positive Entwicklung der Studierendenzahlen sehr erfreulich. Ebenso, dass die Anzahl Schweizerinnen und Schweizer, die an einer ETH studieren, nach einer Stagnationsphase seit 2009 wieder deutlich zunimmt. Für die ETH gilt es, diese Zunahme so zu bewältigen, dass die hohe Qualität der Lehre und die guten Betreuungsverhältnisse sichergestellt werden können. Das Parlament hat daher 2012 eine Änderung des ETH-Gesetzes beschlossen, welche dem ETH-Rat die Kompetenz zum Erlass von Zulassungsbeschränkungen für Bildungsausländerinnen und -ausländer in höhere Bachelor-Semester oder in die Masterstufe gibt, solange Kapazitätsengpässe vorliegen.

ETH und Forschungsanstalten arbeiteten auch 2012 daran, die Lehre kontinuierlich zu verbessern. Sie entwickelten neue Lehr- und Lernformen, welche den Studierenden bereits früh im Studium Forschungserfahrungen ermöglichen. An der ETH Zürich wurden vermehrt Informationstechnologien zur Unterstützung des Unterrichts eingesetzt, während die EPFL erste Erfahrungen mit den „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) sammelte.

*Der ETH-Bereich verbessert seinen Platz an der Spitze der internationalen Forschung.*

Um die Ziele der Energiepolitik 2050 zu erreichen, welche einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, sind beachtliche Anstrengungen in der Energieforschung nötig. Aufgrund ihrer Kompetenzen auf diesem Gebiet wird von den Institutionen des ETH-Bereichs ein grosser Forschungsbeitrag erwartet. Bereits im Berichtsjahr 2012 haben sie neben Forschungsergebnissen auch einen substantiellen Beitrag bei der Erarbeitung des Aktionsplans „Koordinierte Energieforschung Schweiz“ geleistet.

Auch in zahlreichen anderen Gebieten haben die Institutionen des ETH-Bereichs 2012 erfolgreich Forschung betrieben. Aus Sicht des Bundesrats haben sie ihre hervorragende Position an der Spitze der internationalen Forschung damit festigen können. Es gibt zwar kein einheitliches und umfassendes Instrument, um den Forschungserfolg zu messen, doch zahlreiche verschiedene Aspekte deuten insgesamt auf erfreuliche Leistungen hin.

So spricht erstens die Attraktivität der Institutionen des ETH-Bereichs für Studierende der Master- und Doktorstufe sowie für Dozierende für ihre exzellente Forschungsreputation. Dasselbe gilt für die internationale Zusammensetzung der Professorenschaft, die seit 2011

leicht von 66,1 auf 65,8 Prozent zurückging. Für die guten Forschungsleistungen der beiden ETH spricht zweitens ihre Positionierung in den internationalen Rankings, auch wenn deren Aussagen mit der nötigen kritischen Distanz und unter Berücksichtigung von Fokus und Methodologie zur Kenntnis genommen werden müssen. Ein drittes Indiz ist die Akquisition von Forschungsgeldern. Der ETH-Bereich konnte die kompetitiv verteilten Zweitmittel (SNF, KTI, EU, Ressortforschung) 2012 um 7,0 Prozent auf 471 Millionen steigern, was namentlich durch die Erhöhung der Bundesmittel zugunsten der KTI im Rahmen der Massnahmen gegen die Frankenstärke ermöglicht wurde. Beim kompetitiven Mittelwerb spricht weiter die Vorauswahl von vier von sechs FET-Flaggschiff-Projekten („Future and Emerging Technologies“) mit ETH-Beteiligungen durch die Europäische Kommission für die hohe wissenschaftliche Qualität. Daneben gewannen Forschende aus dem ETH-Bereich 2012 insgesamt 36 hoch dotierte Stipendien des Europäischen Forschungsrats (ERC-Grants). Und bei 9 der laufenden 27 Nationalen Forschungsschwerpunkten ist eine der beiden ETH Leadinghouse oder Co-Leadinghouse.

Die Einwerbung von Drittmitteln, welche von privater Seite sowie von Kantonen und Gemeinden stammen, nahm um 37,4 Prozent auf 290 Millionen zu. Diese erfreulich hohe Zahl ist namentlich einem Legat zu verdanken. Aus Sicht des Bundesrats sind bei der Einwerbung von Zweit- und Drittmitteln auch in Zukunft Anstrengungen nötig. Erwähnt werden müssen zuletzt die zahlreichen internationalen Auszeichnungen und Wissenschaftspreise, die Forscher aus dem ETH-Bereich im Jahr 2012 erhalten haben.

*Zur Förderung der Innovationskraft der Schweiz wird das im ETH-Bereich geschaffene Wissen vermehrt technologisch und wirtschaftlich genutzt und die Kooperation mit der Industrie verstärkt.*

Die Institutionen des ETH-Bereichs, insbesondere auch die Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag, haben 2012 erneut vielfältige WTT-Aktivitäten entfaltet. Partner der Zusammenarbeitsprojekte sind Gemeinwesen, Grossunternehmen, KMU oder Spin-offs. Die ETH Zürich hat 2012 das Innovation and Entrepreneurship Lab (ieLab) eingeweiht, das Jungunternehmerinnen und -unternehmer der ETH Zürich bei allen Schritten einer Unternehmensgründung unterstützt und berät. Und das Quartier de l'innovation der EPFL ist rund zwei Jahre nach der Eröffnung bereits zu über 80 Prozent belegt.

2012 wurden im ETH-Bereich insgesamt 195 Patente angemeldet, 230 Lizenzverträge abgeschlossen und 38 Spin-offs gegründet. Gegenüber 2011 ist eine deutliche Steigerung bei den Patenten und Lizenzen zu verzeichnen (wobei die Anzahl Lizenzen aufgrund periodischer Neulizenzierungen von Softwarepaketen erheblich schwanken kann). Vergleicht man die gesamten Leis-

tungsperioden 2004–2007 und 2008–2012, so ist die Anzahl der neu angemeldeten Patente im Durchschnitt etwa gleich geblieben, während sich die Anzahl der Lizenzverträge und der Spin-offs stark erhöht hat.

Aus Sicht des Bundesrates leisten die Institutionen des ETH-Bereichs bereits sehr viel im Bereich des WTT. Angesichts der grossen wirtschaftlichen Bedeutung des WTT begrüsst er es, wenn der ETH-Bereich diese Aktivitäten noch verstärkt.

*Der ETH-Bereich engagiert sich in der bilateralen internationalen Zusammenarbeit.*

Die beiden ETH sind Leadinghouses in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit ausgewählten aufstrebenden Ländern. Auch sonst entfalten die Institutionen zahlreiche internationale Aktivitäten. Speziell erwähnt sei das Singapore-ETH Centre for Global Environmental Sustainability (SEC) der ETH Zürich, das im März 2012 eingeweiht wurde und Fragen des nachhaltigen Städtebaus untersucht. Die ETH Lausanne konnte auf dem Frankophoniegipfel in Kinshasa ihre Beziehungen zu den französischsprachigen technischen Universitäten im Rahmen des Réseau d'excellence des sciences de l'ingénieur de la francophonie (RESCIF) erneut vertiefen.

*Der ETH-Bereich engagiert sich aktiv bei der Bildung des Schweizer Hochschulraums.*

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten in Lehre und Forschung eng mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Im Berichtsjahr hat die EPFL eine neue Zweigstelle im Kanton Wallis gegründet mit elf geplanten Professuren im Bereich Energie und Gesundheit sowie der Forschungsplattform „Energyopolis“. Der neue Campus in Sitten soll auch die Walliser Zweigstelle der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) beherbergen. Ferner baut die EPFL mit „Neuropolis“ einen Cluster für Neurowissenschaften in der Genferseeregion auf.

Die beiden ETH haben ferner 2012 ihre Kooperation mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern verstärkt. Die ETH Zürich hat zusammen mit der Universität Zürich und dem Universitätsspital den Verbund „Hochschulmedizin Zürich“ ins Leben gerufen. Dieser soll Aktivitäten von der Grundlagenforschung über die klinische Forschung bis hin zur medizinischen Versorgung verknüpfen. Mit seiner führenden Rolle in der Protonentherapie ist das PSI auch im medizinischen Bereich aktiv.

Der ETH-Bereich stellt sodann anderen Schweizer Hochschulen grosse Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung. Im Berichtsjahr konnte das neue Gebäude des der ETH Zürich angegliederten Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) in Lugano-Cornaredo eingeweiht werden. Der dort installierte neue Supercomputer ist der leistungsstärkste der Schweiz, der Forschenden aus allen Hochschulen zur Verfügung steht.

Schliesslich haben die Institutionen des ETH-Bereichs weiterhin aktiv an Kooperationsprojekten der Schweizerischen Universitätskonferenz teilgenommen. Erwähnt seien SystemsX.ch im Bereich der Systembiologie, Nano-Tera.ch in der Mikro- und Nanotechnologie und HP2C für die Förderung von Projekten, welche auf Hochleistungsrechnern durchgeführt werden.

*Der ETH-Bereich stärkt seine nationale und internationale Ausstrahlungskraft, indem er die Dynamik seiner autonomen Institutionen nutzt und damit seine Präsenz in Gesellschaft und Wissenschaft erhöht.*

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben ihre Autonomie gut genutzt, um national und international zahlreiche eigenständige Initiativen zu lancieren. Der ETH-Bereich hat allerdings das Ziel aufgegeben, eine gemeinsame Marke für den gesamten ETH-Bereich zu schaffen und so seine corporate identity zu stärken.

*Der ETH-Bereich verstärkt die Rolle der Institutionen des ETH-Bereichs in der Gesellschaft.*

Auf sehr vielfältige Weise haben die Institutionen des ETH-Bereichs eine Kultur der offenen Tür betrieben und einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung geführt. Die zahlreichen Veranstaltungen haben sich in der Bevölkerung grosser Beliebtheit erfreut. In der öffentlichen Diskussion sind die Institutionen des ETH-Bereichs gut präsent, gerade auch zum Thema Energieversorgung. Sie sorgen ferner mit Veranstaltungen an Volksschulen und Gymnasien für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Schliesslich leisten sie mit ihrem vielfältigen Weiterbildungsangebot, das sie 2012 weiter ausgebaut haben, einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

*Der ETH-Rat ist verantwortlich für die Erfüllung einiger spezifischer strategischer Aufgaben.*

Der Leistungsauftrag definiert nachfolgende neun spezifische strategische Aufgaben, die in der Leistungsperiode 2008–2012 erfolgreich umgesetzt wurden: Das Institut de microtechnique (IMT) wurde von der Universität Neuenburg an die EPFL transferiert und am Standort Neuenburg weiterentwickelt. Das Schweizerische Institut für experimentelle Krebsforschung (ISREC) wurde ebenfalls in die EPFL integriert. Die Zusammenarbeit mit der Bibliothek Oechslin wurde geregelt und ein Zentrum für angewandte Ökotoxikologie wurde an der Eawag und der EPFL gegründet. Sodann hat sich der ETH-Bereich massgeblich an mehreren Kooperationsprojekten der Schweizerischen Universitätskonferenz beteiligt. Weiter entwickelt sich das Projekt des Freie-Elektronen-Röntgenlasers SwissFEL am PSI vielversprechend. In der Architekturforschung beteiligen sich die beiden ETH erfolgreich am Nationalen Forschungsprogramm „Neue Urbane Qualität“ (NFP 65) des Schweizerischen Nationalfonds. Das Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) konnte in eine stabile Organisationsform gebracht werden. Schliesslich haben das Centre de re-

cherche en physique des plasmas (CRPP) der EPFL und das PSI wichtige Beiträge zur Entwicklung des Internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktors (ITER) geleistet.

Daneben erfüllen die Institutionen des ETH-Bereichs wichtige nationale Aufgaben, beispielsweise den Schweizerischen Erdbebendienst und die Konjunkturforschungsstelle (ETH Zürich), das Landesforstinventar (WSL mit BAFU), das Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe (Empa), die nationale Daueruntersuchung der schweizerischen Fließgewässer (WSL und Eawag mit BAFU) oder das Lawinenbulletin (WSL).

## **2. Finanzielle Ziele**

*Der ETH-Rat teilt den Institutionen die Mittel leistungsorientiert zu.*

Der ETH-Rat hat 2012 ein Modell der leistungsorientierten Mittelzuteilung entwickelt, das die drei Dimensionen Strategie, Leistung und Last berücksichtigt.

Weiterführende Informationen zur Jahresrechnung 2012 des ETH-Bereichs finden sich in der Staatsrechnung 2012, Band 4, Sonderrechnungen.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

*Der ETH-Bereich schafft attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, fördert die Chancengleichheit und bildet den wissenschaftlichen Nachwuchs aus.*

Im Allgemeinen sind die Institutionen des ETH-Bereichs attraktive Arbeitgeber. Sie haben im Berichtsjahr grosse Anstrengungen unternommen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu fördern.

Der ETH-Rat hat im Jahr 2010 Kernelemente einer Strategie zur Förderung der Chancengleichheit verabschiedet. Die Institutionen des ETH-Bereichs haben 2012 die Chancengleichheit auf vielfältige Weise gefördert, beispielsweise mit einem gemeinsamen Karriereförderungsprogramm für junge Wissenschaftlerinnen und mit Kinderbetreuungsangeboten.

Der Frauenanteil bei den Studierenden ging im Vergleich zum Vorjahr leicht von 29,6 auf 29,4 Prozent zurück. Auch beim gesamten Personalbestand sank der Frauenanteil leicht von 33,1 auf 32,9 Prozent. Bei der Professorenschaft hat sich dagegen der Frauenanteil seit 2011 von 11,6 auf 11,9 Prozent erhöht. In Entscheidungsgremien und Führungspositionen betrug der Frauenanteil 18,3 Prozent ohne resp. 16,5 Prozent mit Professor/innen, so dass trotz der Anstrengungen das im Leistungsauftrag festgehaltene Ziel von 25 Prozent Frauen in diesen Gremien nicht erreicht werden konnte.

Die Institutionen haben auch Massnahmen eingeleitet, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Unter anderem wurden zahlreiche Assistenzprofessuren mit

Tenure Track geschaffen. Ausserdem hat insbesondere die ETH Zürich ein Massnahmenpaket ergriffen, um die Gesundheit der Mitarbeitenden zu fördern.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Im aktuellen Leistungsauftrag 2008–2012 hat der Bundesrat keine Vorgaben zu den Beteiligungen gemacht. Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rates zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Auf Seite 53 der Sonderrechnung 2012 des Bundes werden die Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs aufgelistet.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat als Revisionsstelle die konsolidierte Jahresrechnung, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang des ETH-Rats, der ETH und der Forschungsanstalten für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft (Sonderrechnung 2012). Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2012 den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben des Handbuchs zur Rechnungslegung im ETH-Bereich entspricht, und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

## **C. Anträge an den Bundesrat**

Der ETH-Rat hat seinen Geschäftsbericht 2012 verabschiedet und dem Bundesrat beantragt, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen und ihn an die zuständigen parlamentarischen Kommissionen weiterzuleiten. Er hat dem Bundesrat weiter beantragt, die konsolidierte Jahresrechnung 2012 des ETH-Bereichs dem Parlament zu überweisen. Die Genehmigung der Jahresrechnung durch den Bundesrat erfolgt im Rahmen der Verabschiedung der Staatsrechnung (Staatsrechnung 2012, Band 4, Sonderrechnungen).

## **D. Beschlüsse des Bundesrates**

An seiner Sitzung vom 27. März 2013 hat der Bundesrat den erwähnten Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

## **E. Übrige Ereignisse von Bedeutung**

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. Oktober 2012 die Botschaft zum Aktionsplan „Koordinierte Energieforschung Schweiz“ – Massnahmen in den Jahren 2013–2016 verabschiedet. Darin ist vorgesehen, dass die Institutionen des ETH-Bereichs die Energieforschung weiter verstärken.

# RUAG Holding AG

**Internet:** [www.ruag.com/de/Konzern/Konzern\\_Home](http://www.ruag.com/de/Konzern/Konzern_Home)

**Sitz:** Bern

**Rechtsform:** Aktiengesellschaft

**Kotierung:** nicht kotiert

**Bundesbeteiligung:** 100%

**Verwaltungsrat:** Konrad Peter (Präsident), Hans-Peter Schwald (Vizepräsident), Paul Häring, Dr. Hans Lauri, Egon W. Behle, Jürg Oleas

**CEO:** Konrad Peter als Executive Chairman / Urs Breitmeier (ab 1. April 2013)

**Externe**

**Revisionsstelle:** PricewaterhouseCoopers AG, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Die RUAG hat im Geschäftsjahr 2012 die strategischen Ziele des Bundesrates grösstenteils erfüllt.

Der Konzern hat im vergangenen Jahr seine Strategie der Fokussierung auf die zwei Marktsegmente Aerospace (Luft- und Raumfahrt) und Defence (Sicherheits- und Wehrtechnik) mit Restrukturierungen an den Standorten in der Schweiz und Deutschland konsequent weiterverfolgt. Neben der Konsolidierung der Geschäftsschwerpunkte steht dabei der Ausbau von technologischem Know-how im Dienst der Schweizer Armee im Vordergrund.

Trotz anhaltender Frankenstärke und generell stagnierender Nachfrage im Rüstungsbereich konnte sich die RUAG mit Nischenprodukten erfolgreich am Markt positionieren. Der Bundesrat anerkennt, dass die RUAG dabei auch im Ausland die deutlich strengeren Schweizer Bestimmungen für Kriegsmaterialexporte anwendet.

Die RUAG verfügt über eine solide finanzielle Basis. Zwar sank der Reingewinn insbesondere aufgrund eines Sondereffekts (Restrukturierung Altdorf) von 97 Millionen Franken auf 81 Millionen Franken im Jahr 2012. Demgegenüber hat sich das Eigenkapital seit 2009 stetig erhöht und nahm im vergangenen Jahr um weitere 68 Millionen Franken zu. Mithin sank die Eigenkapitalrendite von 12,7 Prozent auf 9,7 Prozent. Insgesamt hat der Konzern die finanziellen Ziele des Bundesrates mehrheitlich erreicht.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung lagen mit 134 Millionen Franken (7,7% des Nettoumsatzes) leicht unter den Vorjahreszahlen. Die Aufwendungen verteilten sich auf die für die RUAG zentralen Wachstumsfelder der Divisionen RUAG Space, RUAG Aviation und RUAG Technology mit 88 Millionen Franken sowie RUAG Defence und RUAG Ammotec mit 46 Millionen Franken.

Die RUAG darf als fortschrittlicher und sozial verantwortlicher Arbeitgeber bezeichnet werden, der sich in der Schweiz mit hochwertigen Ausbildungsplätzen (Anteil am Personalbestand rund 10%) aktiv in der Berufsbildung engagiert. Der Deckungsgrad der VORSORGE RUAG konnte gesteigert werden, hat aber den Zielwert noch nicht ganz erreicht.

Die Konzentration auf die Kernkompetenzen und die Verfolgung einer Nischenpolitik bleibt für RUAG auch in den kommenden Jahren von grosser Bedeutung.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>1'741</b>	1'714
Reingewinn (Mio. CHF)	<b>81</b>	97
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>1'853</b>	1'710
Eigenkapitalquote in %	<b>46,4</b>	46,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>7'812</b>	7'739

### Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA in % des Betriebsertrages	<b>10,8</b>	11,0
EBIT in % des Betriebsertrages	<b>6,4</b>	6,4
Free Cash Flow in Mio. CHF	<b>150</b>	81
Forschungs- und Entwicklungsaufwand in % des Betriebsertrages	<b>7,7</b>	7,9
Dividende in Mio. CHF	<b>20</b>	20

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>0</b>	0
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die RUAG hat im vergangenen Geschäftsjahr ihre Stellung als national und international konkurrenzfähiges Technologieunternehmen weiter konsolidiert. Die Divisionen konzentrierten sich zunehmend auf ihre Kernfähigkeiten und verfolgten eine am Markt orientierte Nischenstrategie. Nicht zum Kernbereich gehörende Geschäftsfelder wurden kritisch überprüft, restrukturiert und soweit erforderlich desinvestiert.

Mit der Übernahme des Bereiches Defense von ASCOM konnte RUAG Defence wehrtechnisch wichtiges Know-how übernehmen. Bei der Übernahme der australischen Rosebank Engineering Pty Ltd. durch die RUAG stand der strategisch bedeutsame Zugang zu den Wachstumsmärkten in der Region Asien/Pazifischer Raum im Vordergrund.

Die Divisionen RUAG Space und RUAG Aviation konnten von der weiterhin guten Auftragslage im Luft- und Raumfahrtsektor profitieren. So konnte RUAG Space ihre Position bei den Nutzlastverkleidungen an den beiden Standorten Zürich und Emmen weiter festigen. Ebenfalls erfreulich entwickelten sich die Betriebsstätten von RUAG Space in Schweden und Österreich.

Am Standort Oberpfaffenhofen ist RUAG Aviation mit einem rückläufigen Bedarf an Unterhaltsleistungen der Deutschen Bundeswehr konfrontiert. Mit einem Restrukturierungsprogramm soll der stagnierenden Nachfrage begegnet werden.

Der Bereich Flugzeugstrukturbau der Division RUAG Technology am Standort Oberpfaffenhofen konnte nicht nur stabilisiert, sondern moderat ausgebaut werden. An den beiden Standorten Emmen und Altdorf belastet die Frankenstärke die Konkurrenzfähigkeit in einem ohnehin sehr kompetitiven Umfeld zusätzlich.

Mit der rechtlichen Verselbständigung der von RUAG Technology am Standort Altdorf betriebenen Geschäftsfeldern wurde die Voraussetzung geschaffen, nicht rentable Aktivitäten aufzugeben, zu veräussern und zusammen mit dem Hauptkunden eine nachhaltige Zukunft mit einem neuen Eigner zu suchen oder aber als verschlankte Einheit weiter zu führen.

RUAG Ammotec konnte ihre seit Jahren erfolgreiche Geschäftsstrategie weiter festigen und ein breites Spektrum von hochtechnologischen Leistungen auf den zivilen und militärischen Märkten anbieten.

Der Nachfragerückgang in Europa bzw. die Verlagerung der Nachfrage nach Rüstungsgütern in den mittleren und Fernen Osten wirkt sich innerhalb der RUAG Gruppe insbesondere auf die beiden Divisionen RUAG Defence und RUAG Aviation aus. Der Konzern ist gefordert, diesen veränderten Rahmenbedingungen weiterhin mit innovativen Leistungen sowie einer verstärkten Zusammenarbeit mit andern Unternehmen zu begegnen. Andernfalls können weitere Restrukturierungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden.

Der Bundesrat erachtet die von der RUAG Holding AG im Berichtsjahr fortgesetzte Fokussierung auf die Kernbereiche und die internationale Abstützung der Gruppe als richtig und zielführend. Führungsstruktur und Gliederung des Konzerns wurden weiter auf die Bedürfnisse der Märkte ausgerichtet.

## **2. Finanzielle Ziele**

Der ausgewiesene Reingewinn sank im Jahr 2012 von 97 Millionen Franken auf 81 Millionen Franken.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der RUAG stieg gegenüber dem Vorjahr von 110 Millionen Franken auf 114 Millionen Franken. Gemessen am Betriebsertrag bewegt sich dieses Ergebnis mit 6,4 Prozent auf der

Vorjahreshöhe und liegt innerhalb des vom Bundesrat erwarteten Zielbandes.

Der durch die Geschäftseinheiten erwirtschaftete Zahlungsüberschuss (Cash Flow aus Betriebstätigkeit, 130 Millionen Franken) konnte im Rahmen der vorangegangenen Geschäftsjahre gehalten werden. In Zusammenhang mit den getätigten Investitionen bzw. Devestitionen flossen dem Konzern insgesamt über 21 Millionen Franken flüssige Mittel (Cash Flow aus Investitionstätigkeit) zu. Gegenüber dem Vorjahr (81 Millionen Franken) hat sich damit der Free Cash Flow mit 150 Millionen Franken nahezu verdoppelt. Dazu haben insbesondere die übernommenen Kundenanzahlungen (72 Millionen Franken) im Rahmen der Akquisition des Bereichs Defense von der ASCOM beigetragen.

Die RUAG weist eine gesunde finanzielle Basis auf. Das Eigenkapital erhöhte sich seit 2009 stetig und nahm im vergangenen Jahr um weitere 68 Millionen Franken zu. Da diese Zunahme jedoch proportional zur Erhöhung der Bilanzsumme war, blieb die Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr stabil und beläuft sich auf 46,4 Prozent (Vorjahr 46,3%). Demgegenüber ist eine Abnahme der Eigenkapitalrendite von 12,7 Prozent auf 9,7 Prozent zu verzeichnen, was auf das stärkere Wachstum des Eigenkapitals (+8,6%) im Vergleich zum EBIT (+3,6%) zurückzuführen ist.

Mit der beantragten Dividende von 20 Millionen Franken bzw. einer Ausschüttungsquote von 24,7 Prozent wird die Vorgabe des Bundesrates eingehalten.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Mit der Ernennung von Herrn Urs Breitmeier zum Konzernchef und Herrn Dr. Christian Ferber zum Leiter Human Resources und Mitglied der Konzernleitung konnten die Lücken in der Führungsspitze der RUAG mit erfahrenen Persönlichkeiten besetzt werden.

Der durchschnittliche Personalbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 73 Mitarbeitende auf 7'812 Personen. 5'000 Personen arbeiten für die RUAG in der Schweiz.

Der Lehrlingsbestand konnte mit rund 10 Prozent des Personalbestands in der Schweiz weiterhin hoch gehalten werden. RUAG-Auszubildende haben auch in diesem Berichtsjahr an verschiedenen Berufsmeisterschaften teilgenommen und Spitzenplätze belegt. RUAG erfüllt damit ein wichtiges Anliegen des Bundesrates.

Der bestehende Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie), an dem der Technologiekonzern angeschlossen ist, bleibt bis am 30. Juni 2013 weiterhin verbindlich.

Der Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung beträgt per 31. Dezember 2012 106 Prozent (Vorjahr 101%). Die finanzielle Lage der VORSORGE RUAG hat

sich im 2012 erneut verbessert. Der Zieldeckungsgrad von 115 Prozent konnte aber noch nicht erreicht werden, sodass eine eingeschränkte Risikofähigkeit fortbesteht.

#### **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die RUAG konzentrierte sich im Geschäftsjahr 2012 auf die wirtschaftliche Konsolidierung der strategischen Geschäftseinheiten und beschränkte sich bei den beiden Divisionen RUAG Defence und RUAG Aviation auf zwei Akquisitionen, eine in der Schweiz, die andere in Australien.

Der von der ASCOM übernommene Bereich Defense verfügt über grosses Know-how im Bereich der vernetzten Operationsführung und die australische Rosebank Engineering Pty Ltd. bei der Wartung, Reparatur und Überholung von Flugzeugen. Mit der Übernahme der australischen Unternehmung wird nicht nur eine bessere Auslastung am Standort der RUAG Aviation in der Schweiz, sondern auch den für die Division strategisch wichtigen Zugang zu den Wachstumsmärkten der Region Asien/Pazifischer Raum sichergestellt. Weiter wurde RUAG Aviation Malaysia gegründet.

#### **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (PricewaterhouseCoopers AG) gelangt zum Schluss, dass die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 der RUAG dem schweizerischen Gesetz entspricht und in Übereinstimmung mit dem International Financial Reporting Standard (IFRS) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

#### **C. Anträge an die Generalversammlung**

Die ordentliche Generalversammlung findet am 17. Mai 2013 statt. Der Verwaltungsrat beantragt

1. Geschäftsbericht, Jahresrechnung und Konzernrechnung der RUAG Holding AG für das Geschäftsjahr 2012 zu genehmigen, sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung Entlastung zu erteilen,
3. die Honorare und Nebenleistungen der Verwaltungsratsmitglieder unverändert zu belassen,
4. eine Dividende von 20 Millionen Franken auszuzahlen,
5. sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr wiederzuwählen,
6. PricewaterhouseCoopers AG, Bern, als Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2013 wiederzuwählen.

#### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 27. März 2013 das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 14. ordentliche Generalversammlung der RUAG Holding AG zuzustimmen.

# Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: [www.finma.ch](http://www.finma.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**Verwaltungsrat:** Anne Héritier Lachat (Präsidentin), Paul Müller (Vizepräsident), Eugenio Brianti, Yvan Lengwiler, Joseph L. Rickenbacher, Franz Wipfli, Jean-Baptiste Zufferey

**Direktor:** Patrick Raaflaub

**Externe Revisionsstelle:** EFK, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 durch den Bundesrat in Kürze

Nach Abschluss der Strategieperiode 2010 bis 2012 lässt sich mit Befriedigung feststellen, dass fünf von sieben strategischen Zielen der FINMA überwiegend oder vollständig realisiert wurden. Viele Massnahmen und Arbeiten wurden ergriffen, sind bereits umgesetzt und abgeschlossen oder stehen kurz vor ihrer Umsetzung.

Als lediglich „teilweise realisiert“ betrachtet die FINMA die strategischen Ziele (3) „Straffung und Optimierung der Regulierung“ und (5) „Etablieren einer griffigen Marktaufsicht und eines wirkungsvollen Enforcement“. Wie die FINMA zu Recht anführt, hat die Regulierungskadenz im Sinne eines internationalen Trends im Nachgang zur Finanzkrise eher zugenommen, was der Straffung der Regulierung entgegen wirkte. Eine Vereinfachung und Vereinheitlichung von Regulierungen und ihre Ausrichtung auf die integrierte Aufsicht sollten dennoch weiterhin angestrebt werden. Betreffend Marktaufsicht und Enforcement sieht die FINMA noch Steigerungspotenzial, insbesondere bei der Dauer der Verfahren. Hier dürfte es darauf ankommen, zwischen dem Gewicht, das die FINMA auf die Bewilligungsprozesse legt, und demjenigen der Marktaufsicht und des Enforcement ein ausgewogenes Verhältnis zu wahren.

Auch wenn mit der Umsetzung der „Too big to fail“-Vorlage samt Ausführungsverordnungen im Hinblick auf die Reduktion der systemischen Risiken ein wesentlicher Meilenstein erreicht wurde, so bleibt doch das Fernziel einer verbindlichen Lösung für geordnete grenzüberschreitende Abwicklungsverfahren systemrelevanter Institute bestehen.

Als Herausforderungen für die FINMA im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld sind die möglichen Risiken aus einer langanhaltenden Tiefzinsphase sowie die Auswirkungen des raschen Wandels der Rahmenbedingungen für die Finanzmarktakteure speziell zu erwähnen.

Mit ihren vom Bundesrat genehmigten strategischen Zielen für die Periode 2013-16 wird sich die FINMA diesen Herausforderungen stellen und sich als immer noch junge Organisation gezielt weiterentwickeln.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Nettoertrag (Mio. CHF)	<b>121,9</b>	107,0
Reingewinn (Mio. CHF)	<b>11,1</b>	9,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>48,6</b>	34,6
Reserven FINMAG (Mio. CHF) <sup>1)</sup>	<b>27,3</b>	17,6
Eigenkapitalquote in % <sup>2)</sup>	<b>-48</b>	-73
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>442</b>	396

### Anstaltsspezifische Kennzahlen

Betriebsaufwand	<b>110,8</b>	97,1
Personalaufwand	<b>87,9</b>	77,9

### Abgaben und Gebühreneinnahmen

Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	<b>102,4</b>	89,5
Gebühren (Mio. CHF)	<b>18,9</b>	16,5

<sup>1)</sup> Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

<sup>2)</sup> Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

## A. Zielerreichung 2012\*

Die strategischen Ziele der FINMA beziehen sich auf sieben Bereiche.

### (1) Reduktion der systemischen Risiken und Komplexitäten

Die FINMA hat einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Einführung eines kohärenten Regelwerks zur Stärkung der Stabilität im Finanzsektor geleistet. Weiter wurden zahlreiche Massnahmen umgesetzt, um systemische Risiken rascher zu erkennen und diesen besser zu begegnen. Auch sind die Kapitalausstattungen der Grossbanken heute wesentlich höher und qualitativ besser. Bezüglich Fortführung von systemrelevanten Funktionen im Krisenfall hat die FINMA im Dialog mit ausländischen Behörden wertvolle Grundlagen erarbeitet und eine glaubwürdige Stossrichtung eingeschlagen. Insgesamt ist das Ziel als realisiert zu betrachten.

## *(2) Verbesserung des Kundenschutzes*

In den vergangenen Jahren hat die FINMA den hohen Standard ihrer Bewilligungspraxis mit erhöhter Konsequenz umgesetzt und ein wirksameres Aufsichtskonzept implementiert. Das Aufsichtsinstrumentarium im Versicherungsbereich hat die FINMA mit der verbindlichen Einführung des SST (Schweizer Solvenztest) deutlich verbessert. Damit wurde die Robustheit vieler Finanzintermediäre gestärkt und somit der Kundenschutz erhöht. Weiter hat sich die FINMA für einen optimierten Kundenschutz im Vertrieb von Finanzprodukten an Privatkunden und im Bereich der kollektiven Kapitalanlagen eingesetzt. Insgesamt ist das Ziel als realisiert zu betrachten.

## *(3) Straffung und Optimierung der Regulierung*

In ihrer Tätigkeit hat die FINMA stets die Ziele der integrierten Aufsicht beachtet und auch die Harmonisierung der Regeln geprüft und, wo sinnvoll, vorgenommen. Beispiele dafür sind die neuen Insolvenzverordnungen für Banken, Versicherungen und kollektive Kapitalanlagen sowie die vereinheitlichte Geldwäschereiverordnung. Auch die Neuausrichtung des Prüfwesens wird eine teilweise Harmonisierung zwischen den verschiedenen Bereichen herbeiführen. Eine Vereinfachung oder Straffung der Regulierung kann dennoch nur bedingt ausgewiesen werden. In der Gesamtbetrachtung hat die Regulierungskadenz im Nachgang zur Finanzkrise von 2008 eher zugenommen, was der Straffung entgegenwirkte. Insgesamt ist das Ziel als teilweise realisiert zu betrachten.

## *(4) Steigerung von Effektivität und Effizienz in der Aufsicht*

Seit 2010 hat die FINMA die Aufsichtskonzepte in allen Bereichen grundlegend überprüft, weiterentwickelt und teilweise harmonisiert. Der risikobasierte Ansatz wurde noch konsequenter in die neuen Aufsichtskonzepte eingebaut, damit die FINMA dort Wirkung erzielt, wo es am wichtigsten ist. Neue Instrumente wurden bereichsspezifisch eingeführt und kommen schrittweise und, soweit sinnvoll, auch in weiteren Bereichen zur Anwendung. Zudem wurden in den Kerngebieten bereits verbesserte Prozesse implementiert und neue technologische Instrumente stehen zur Einführung bereit. Auch mit der geplanten Zusammenlegung bei der Revisionsaufsichtsbehörde des Bundes (RAB) der bisher getrennten Aufsicht über Prüfungsgesellschaften im Bereich der Rechnungs- und Aufsichtsprüfung wird eine für die Behörden und die beaufsichtigten Prüfungsgesellschaften effizientere Struktur geschaffen.

Mit diesen Initiativen hat die FINMA die Effizienz in der Aufsicht erhöht. Allerdings ist das Programm zur Verbesserung der internen Prozesse noch nicht abgeschlossen und etliche Massnahmen zur Effizienzsteigerung werden erst zu Beginn der nächsten Strategieperiode umgesetzt sein.

Insgesamt ist das Ziel als überwiegend realisiert zu betrachten.

## *(5) Etablieren einer griffigen Marktaufsicht und eines wirkungsvollen Enforcement*

Die Enforcementprozesse und die Enforcementorganisation wurden vollständig umgestaltet mit dem Ziel, ein einheitliches und professionelles Finanzmarktenforcement zu betreiben. Die Verfahren werden rascher und transparenter durchgeführt. Das Sanktionsspektrum wird weitgehend ausgeschöpft und die Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbereichen erfolgt effizienter. Steigerungspotenzial ist jedoch nach wie vor vorhanden, insbesondere bei der Dauer der Verfahren. Insgesamt ist das Ziel als teilweise realisiert zu betrachten.

## *(6) Positionierung für internationale Stabilität und enge Vernetzung der Märkte*

Der FINMA ist es gelungen, in den relevanten internationalen Gremien solide Arbeitsbeziehungen aufzubauen und ihre Reputation als kompetente und verlässliche Partnerin zu festigen. Der Einfluss der FINMA ist im Vergleich zu ihrer Grösse überproportional. Weiter konnten verschiedene für die Aufsichtstätigkeit wichtige Abkommen unterzeichnet werden. Die Anerkennung der Äquivalenz der Versicherungsaufsicht ist – auch wenn auf EU-Seite etwas verzögert – auf gutem Weg. Die Zunahme der Tätigkeiten und Gremien auf internationaler Ebene ist für die FINMA eine grosse Herausforderung. Die Kräfte müssen deshalb gezielt eingesetzt werden. Insgesamt ist das Ziel als realisiert zu betrachten.

## *(7) Stärkung der FINMA als Behörde*

Die FINMA nahm ihre Tätigkeit Anfang 2009 in turbulenten Zeiten auf. Mit der Integration der drei Vorgängerbehörden in die FINMA wurden drei spezialisierte Organisationen mit unterschiedlichen Organisations- und Aufsichtskulturen vereint. Die FINMA hat sich mit einem eigenen Profil etabliert. In der ersten Strategieperiode lag ein Schwergewicht der Entwicklungsmassnahmen bei der FINMA als Behörde und ihrer Aufsichtstätigkeit. Aus der fallweisen Zusammenarbeit der drei Vorgängerorganisationen wurde eine branchenbezogene intensive Zusammenarbeit unter den Mitarbeitenden mit Blick auf den gesamten Finanzmarkt. Mit der Einführung einer integrierten strategischen Führung hat die FINMA auch die Grundlage geschaffen, die künftigen Tätigkeitsschwerpunkte der Finanzmarktaufsicht, der Personal- und Ressourcenplanung sowie der Entwicklung der Organisationsführung über alle beaufsichtigten Bereiche hinweg mit einer ganzheitlichen und längerfristigen Orientierung anzugehen. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des HR-Managements ist die Entwicklung des Fachkarrieremodells als attraktive Alternative zur Führungskarriere speziell zu erwähnen. Insgesamt ist das Ziel als realisiert zu betrachten.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss Bericht vom 25. Februar 2013 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Recht entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

## **C. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 21. November 2012 die strategischen Ziele der FINMA für die Jahre 2013 bis 2016 genehmigt.

Gemäss Art. 21 Abs. 2 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR 956.1) finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA fand am 7. November 2012 statt.

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2012 der FINMA am 8. März 2013 genehmigt.

Der Bundesrat hat am 28. September 2012 Paul Müller zum Vizepräsidenten und Franz Wipfli zum Mitglied des Verwaltungsrates der FINMA gewählt. Am 19. Dezember 2012 hat er Günter Pleines zum Mitglied des Verwaltungsrates der FINMA gewählt.

# Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: [www.serv-ch.com](http://www.serv-ch.com)

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**Verwaltungsrat:** Wilhelm B. Jaggi (Präsident), Max Gsell (Vizepräsident), Thomas Daum, Cristina Gaggini, Caroline Gueissaz, Beda Moor, Beat Ochsé, Rolf Pfeningner, Pietro Veglio

**CEO:** Herbert Wight, Claudio Franzetti (a.i.)

**Externe Revisionsstelle:** KPMG AG, Zürich

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Die SERV konnte die Schweizer Exportwirtschaft auch 2012 wirkungsvoll unterstützen. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld ist bei der Entwicklung der versicherten Geschäfte ersichtlich. Es führte insbesondere zu einer weiteren Zunahme der Versicherungsnachfrage für Geschäfte in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und andere OECD-Kernländer. Die Anzahl Geschäfte hat von 807 auf 838 zugenommen. Insgesamt wurden Versicherungspolice und Grundsätzliche Versicherungszusagen in der Höhe von 4,836 Milliarden Franken ausgestellt. Die SERV ist in Bezug auf die Erreichung der strategischen Ziele auf Kurs.

Nachdem im Vorjahr erstmals ein negativer Unternehmenserfolg zu verzeichnen war, konnte die SERV 2012 wieder einen Gewinn von 50,2 Millionen ausweisen. Zu diesem Ergebnis haben im Wesentlichen die hohen Prämieneträge sowie der verglichen mit dem Vorjahr um 101,4 Millionen tiefere Schadenaufwand beigetragen. Dieser ist darauf zurück zu führen, dass bereits 2011 erhebliche Rückstellungen gemacht wurden und der Rückstellungsbedarf für gemeldete und erwartete Schäden 2012 dadurch tiefer ausfiel.

Um die Schweizer Exportwirtschaft optimal zu unterstützen, erweisen sich die im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen II des Bundes eingeführten Produkte (Bondgarantie, Fabrikationskreditversicherung und Refinanzierungsgarantie) als wichtige und nötige Ergänzung zum Standardangebot der SERV. Dank ihnen konnten 2012 Exportgeschäfte im Umfang von rund 1,925 Milliarden unterstützt werden.

Auf vielen Märkten der Schweizer Exportwirtschaft war das wirtschaftliche aber auch das politische Umfeld 2012 weiterhin schwierig. Durch die Übernahme politischer und wirtschaftlicher Risiken und die Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungen konnte die SERV den Exporteuren dank ihrer soliden Kapitalunterlegung wichtige flankierende Unterstützung leisten.

Das Subsidiaritätsprinzip wurde eingehalten und die ausserpolitischen Grundsätze der Schweiz wurden berücksichtigt.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Prämieneträge (Mio. CHF)	<b>63,8</b>	47,4
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	<b>50,2</b>	-55,2
Mittelbestand (Mio. CHF)	<b>1'993,5</b>	1'939,2
Mittelzufluss / -abfluss (Mio. CHF)	<b>54,3</b>	114,7
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	<b>30,6</b>	27,3
Personalbestand (in Anzahl VZÄ)	<b>37,5</b>	34,0

### Anstaltsspezifische Kennzahlen

Exposurebestand (Mio. CHF)	<b>8'164,5</b>	8'298,4
Neuexposure (Mio. CHF)	<b>4'835,6</b>	5'069,8
Neuexposure (Anzahl Policen)	<b>838</b>	807
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	<b>111,2</b>	18,4
Schadenaufwand (Mio. CHF)	<b>21,9</b>	123,3
Kapital (Mio. CHF)	<b>2'448,6</b>	2'398,4

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>0</b>	0
Gebühren	<b>0</b>	0

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die SERV hat 2012 Versicherungspolice (VP) und Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) in der Höhe von insgesamt 4,836 Milliarden Franken neu ausgestellt (Neuexposure). Bei den VP war eine Zunahme von 521,4 Mio. CHF auf 3,842 Milliarden festzustellen. Rückläufig war das Volumen der ausgestellten GV. Somit hat das Neuexposure gegenüber dem Vorjahr um 234,2 Millionen abgenommen. Von 807 auf 838 zugenommen – aber mit kleinerer Durchschnittsgrösse – hat die Anzahl neuer Geschäfte.

Den grössten Anteil am Neuexposure wies 2012 mit 42 Prozent die Chemie- und Pharmabranche auf. Ihr Neuexposure stieg um 301,2 Millionen auf 2,012 Milliarden. Im Vergleich zum Vorjahr überholte sie die MEM-

Branchen (Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie), die einen Rückgang von 436 Millionen verzeichneten und mit 1,956 Milliarden einen Anteil von 41 Prozent erreichten. Das Neuexposure des Fahrzeugbaus ging um 203 Millionen auf 482 Millionen zurück, was einem Anteil von 10 Prozent entspricht. Die anderen Branchen verzeichneten 2012 einen leichten Anstieg um 104 Millionen (entspricht 8 % des Neugeschäfts).

Erstmals entfiel der grösste Anteil, nämlich 52 Prozent des Neuexposures, auf die Versicherung von Geschäften mit privaten Käuferisiken. An zweiter Stelle mit 25 Prozent folgt das Geschäft mit staatlichen Schuldern. Mit einem Anteil von 22 Prozent entwickelte sich auch die Sparte „Private ohne Delkrede“ leicht rückläufig.

Der Rückgang bei den staatlichen Schuldnern ist hauptsächlich damit zu erklären, dass Regierungen immer weniger bereit sind, für Infrastrukturvorhaben staatliche Garantien zu gewähren und in Bereichen wie Stromerzeugung und Schienenverkehr vermehrt privat strukturierte oder privatisierte Akteure am Markt auftreten. Dies entspricht den Erwartungen, die mit dem Übergang von der ERG zur SERV dazu führten, die Versicherungsmöglichkeit des privaten Käuferisikos einzuführen.

Besonders stark nahm 2012 das Neuexposure der Länderkategorie 0 für Geschäfte in EU-Mitgliedsstaaten und weitere OECD-Kernländer zu.<sup>1</sup> Dies ist erstens auf die mit der aktuellen Wirtschaftskrise verbundenen Unsicherheiten zurück zu führen. Die SERV bemühte sich, ihren Kunden für Exporte, namentlich in südeuropäische Länder, Lösungen anzubieten, welche sie im Einklang mit ihrer Risikobeurteilung vertreten konnte. Zweitens sind zwei grosse Geschäfte nach Grossbritannien und Estland dieser Kategorie zuzuordnen. Drittens fallen die abgeschlossenen Bondgarantien und Fabrikationskreditversicherungen in diese Kategorie, weil bei diesen Produkten die schweizerischen Exporteure die Risikoträger sind.

Ende 2012 belief sich das Brutto-Exposure (ausstehendes Risiko) der SERV auf 8,165 Milliarden. Es hat damit gegenüber dem Vorjahr um 133,9 Millionen abgenommen. Dies hängt unter anderem mit der weiteren Zunahme der kurzfristigen Geschäfte zusammen, die innerhalb eines Jahres wieder aus dem Exposurebestand fallen. Die Gesamtverpflichtungen verteilen sich auf 238 Unternehmen, 153 davon sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die Produkte und Dienstleistungen der SERV sind im Vergleich zum Angebot der staatlichen Exportrisikoversicherungen (ECA) der anderen Länder konkurrenzfähig.

---

<sup>1</sup> Die OECD hat die OECD- und Eurozonen-Länder mit hohem Einkommen ab 1. Januar 2013 nicht mehr administrativ in der Länderkategorie 0 klassifiziert, sondern diese Länder gelten als nicht-klassifiziert um dem Missverständnis vorzubeugen, dass die Länderkategorie 0 fälschlicherweise mit dem tiefstem Risiko gleichgesetzt wird.

Dabei spielen die im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmassnahmen II des Bundes 2009 eingeführten Instrumente eine wichtige Rolle. Bondgarantie und Fabrikationskreditversicherung gehören bei vielen anderen ECAs zu den Standardprodukten.

Dieses zusätzliche Angebot entspricht einem grossen Bedürfnis der Exporteure, insbesondere im KMU-Bereich. Seit ihrer Einführung hat die SERV 429 Geschäfte (2012: 140 Geschäfte) mit einem der neuen Produkte versichert und Exporte in der Höhe von 4,418 Milliarden (2012: 1,925 Mrd. CHF) unterstützt. Das Risiko welches die SERV übernehmen musste, war dabei erheblich tiefer.

Wie in den vergangenen Jahren war auch 2012 festzustellen, dass immer mehr Exporteure die in der SERV-Verordnung als Regel vorgegebene schweizerische Wertschöpfung von mindestens 50 Prozent nicht erreichen und von der Ausnahmeklausel Gebrauch machen mussten. 2012 wurden die Regeln bezüglich Wertschöpfung eingehend analysiert und im Rahmen der SERV Marktbeobachtung mit den Wertschöpfungskriterien von ausländischen, öffentlich-rechtlichen ECAs verglichen. Dieser Vergleich zeigt, dass die ECAs kleinerer Volkswirtschaften grosszügigere und flexiblere Wertschöpfungsanforderungen anwenden als jene grösserer Länder. Grund dafür ist, dass kleinere Volkswirtschaften in der Regel eine geringere Fertigungstiefe im eigenen Land erreichen können und stärker auf die internationale Arbeitsteilung und Vernetzung angewiesen sind. Die kleineren Länder gewichten neben der Wertschöpfung auch Faktoren wie die Forschungs- und Entwicklungsleistung oder die Förderung und Erhaltung hochqualifizierter Arbeitsplätze stärker als grössere Länder.

Das Angebot der SERV ist für alle Sprachregionen zugänglich. Informationen zum Versicherungsangebot sind in Deutsch, Französisch, Englisch und teilweise Italienisch erhältlich. Für den Kontakt mit Neukunden hat die SERV für die Deutschschweiz und das Tessin einen eigenen Ansprechpartner. Zudem verfügt die SERV seit 2010 über einen Vertreter in Lausanne, welcher der Ansprechpartner für Kunden in der Westschweiz ist. Durch diese Präsenz konnte die Bekanntheit der SERV in der Westschweiz stark ausgebaut werden. 2012 wurde eine Kundenzufriedenheitsumfrage vorbereitet, welche 2013 durchgeführt wird.

Die SERV versichert grundsätzlich keine marktfähigen Risiken. Ausnahmen sind möglich, wenn der Exporteur den Nachweis erbringt, dass private Versicherer sein Geschäft nicht übernehmen können. Bei der Unterscheidung zwischen marktfähigen Risiken und nicht-marktfähigen Risiken orientiert sich die SERV gemäss Art. 5 SERV-Verordnung an der Praxis der Europäischen Union (vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission 2010/C 329/06). Diese hält im Wesentlichen fest, dass

die staatlichen Versicherer kurzfristige Exporte in OECD-Kernländer nicht versichern dürfen.

2012 fand der Kontakt mit den privaten Versicherern auf bilateraler Ebene statt. Die SERV bestätigt dabei jeweils, dass sie die Abgrenzung von marktfähigen und nicht-marktfähigen Risiken einhält, diese gegenüber den Privatversicherern aber nicht flexibler gestalten kann als die Europäische Union. Sie würde sonst Wettbewerbsnachteile erleiden, welche es ihr erschweren würden, ein konkurrenzfähiges Angebot für die schweizerischen Exporteure aufrecht zu erhalten. Es wird jedoch versucht, vermehrt Rückversicherungen mit privaten Versicherern abzuschliessen.

Die SERV hat die ausserpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz berücksichtigt. Sie prüft die Exportgeschäfte auf Aspekte der Umwelt, Sozialverträglichkeit, Menschenrechte, Korruption sowie der wirtschaftlich und finanziell nachhaltigen Entwicklung bei Exporten in einkommensschwache Länder. Die SERV verfügt zudem über einen vom SECO genehmigten Leitfaden, in dem festgehalten ist, wie potentielle Geschäfte besonderer Tragweite erkannt und behandelt werden sollen. Es handelt sich dabei um Geschäfte, bei denen sie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD neu WBF) über das SECO zu informieren und zu konsultieren hat und zu denen der Bundesrat Anweisungen erteilen kann. 2012 waren keine solchen Geschäfte zu verzeichnen.

Der jährliche Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft hat in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre stattgefunden. Ausführlich diskutiert wurde die Berücksichtigung der Auswirkungen von Geschäften auf die Menschenrechte. Projektbezogen werden diese von der SERV bereits geprüft. Sie geht dabei weiter, als es die OECD-Vorgaben verlangen, da sie verpflichtet ist, die ausserpolitischen Grundsätze der Schweiz zu berücksichtigen, welche die Menschenrechte einschliessen. Zudem ist bei den versicherten Geschäften nur selten ein Risiko von negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte vorhanden.

Die SERV hat die vom EVD/SECO geleiteten Delegationen bei den Verhandlungen zum Exportkreditarrangement, den OECD-Vereinbarungen über Exportkredite sowie den Verhandlungen multilateraler Umschuldungsprotokolle im Club de Paris unterstützt. 2012 wurde die Revision der Richtlinie Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung abgeschlossen. Daraufhin wurde der Prüfprozess der SERV mit externer Unterstützung überprüft und entsprechend der neuen Richtlinie angepasst. Dabei ist die explizite Aufnahme von sozialen Aspekten zu erwähnen. In der Exportkredit-Konsensusgruppe wurde ein Vorschlag der EU-Delegation unterstützt, das aktuelle Arrangement mit speziellen Bedingungen für den Schienenverkehr zu erweitern. Zusätzlich wurde eine leichte Änderung des 2011 eingeführten OECD-

Prämientarifs beschlossen. Die wichtigste Änderung betrifft die bessere Berücksichtigung unterschiedlicher Deckungssätze bei der Berechnung der Prämien. Zudem war die SERV Teil der SECO-Delegation beim ersten Treffen der neu ins Leben gerufenen „International Working Group on Export Credits“. Ziel dieser Verhandlungen ist, mit China, Brasilien und anderen Ländern, die nicht Mitglieder des Exportkreditarrangements sind, gemeinsame Standards für die Exportkreditversicherungen festzulegen.

## **2. Finanzielle Ziele**

2012 konnte die SERV wieder einen positiven Unternehmenserfolg von 50,2 Millionen ausweisen. Zu diesem Ergebnis haben im Wesentlichen die hohen Prämienträge sowie der verglichen mit dem Vorjahr um 101,4 Millionen tiefere Schadenaufwand beigetragen. Das ist darauf zurück zu führen, dass bereits 2011 erhebliche Rückstellungen gemacht wurden und der Rückstellungsbedarf für gemeldete und erwartete Schäden daher tiefer ausfiel. Zudem ist ein deutlicher Anstieg bei den verdienten Prämien auf 63,8 Millionen zu verzeichnen.

Die SERV hat auch 2012 eigenwirtschaftlich gearbeitet. Dies bedeutet, dass die 2012 verdienten Prämien den mit dem versicherten Geschäft verbundenen kalkulatorischen Jahresverlust sowie die Betriebsaufwendungen decken konnten (Eigenwirtschaftlichkeit auf Betriebsebene: 13,7 Mio.). Um die Eigenwirtschaftlichkeit auf Unternehmensebene zu ermitteln, werden den verdienten Prämien die Zinserträge aus Geldanlagen hinzuge-rechnet. Sie betrug 2012 30,6 Millionen.

Aufgrund von anerkannten Versicherungsfällen musste die SERV Schadenzahlungen im Umfang von 111,2 Millionen leisten. 63 Prozent davon entfielen auf Geschäfte im Iran. Es handelt sich dabei um Transferschäden, die eine Folge der internationalen Sanktionen darstellen, welche den Zahlungsverkehr mit dem Iran faktisch zum Erliegen gebracht haben. Weitere grössere Schadenzahlungen entfielen auf zwei Projekte aus der Solarindustrie in Spanien und Griechenland sowie auf ein Geschäft der Textilindustrie in Mexiko.

Der Mittelbestand (flüssige Mittel und Geldanlagen) betrug per Ende 2012 1,994 Milliarden. Das Gesamtkapital der SERV belief sich Ende 2012 auf 2,449 Milliarden. Davon waren 1,543 Milliarden (risikotragendes Kapital und Kernkapital) zur Unterlegung der eingegangenen Versicherungsrisiken gebunden. Die Ausgleichsreserve von 963,5 Millionen ist die Residualgrösse, welche aus dem Kapital abzüglich des risikotragenden und des Kernkapitals resultiert. Sie erhöht die Stabilität und Sicherheit der SERV in wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen und erlaubt auch in schwierigen Zeiten einer zunehmenden Nachfrage nach Versicherungen nachzukommen.

Der von Bundesrat festgelegte maximale Verpflichtungsrahmen von 12 Milliarden war Ende 2012 zu 70 Prozent ausgenutzt. Sollte bei der SERV eine starke Zunahme der Exposure festgestellt werden, würde das WBF dem Bundesrat rechtzeitig einen Antrag zur Erhöhung des Verpflichtungsrahmens stellen.

2012 gab die SERV eine externe Prüfung ihres Kreditrisikomodells in Auftrag. Dabei werden das Risikokapitalmodell sowie die beiden Ratingmodelle der SERV überprüft. Diese Evaluation soll Erkenntnisse über die Auswahl und Qualität der verwendeten Modelle sowie über die Qualität der Risikoanalyse- und Risikomanagementprozesse enthalten. Zudem sollen Empfehlungen in Bezug auf die Optimierung der Modelle gemacht werden, damit sie dem Geschäftsmodell der SERV bestmöglich entsprechen.

### **3. Personalpolitische Ziele**

Anfangs Juli 2012 musste die Führungsstruktur der SERV angepasst werden, weil der Direktor der SERV aus gesundheitlichen Gründen bis voraussichtlich im Frühjahr 2013 ausfällt. Der Leiter der Abteilung Finanzen und Risikomanagement hat als Direktor a.i. zusätzlich die Leitung der SERV übernommen. Das Versicherungsgeschäft wurde dem Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen und Planung anvertraut, der von seinen bisherigen Aufgaben entbunden wurde. Diese werden nun vom stellvertretenden Leiter dieser Abteilung wahrgenommen. Die interimistische Aufteilung der Aufgaben des Direktors unter den Mitgliedern des Führungsteams bewährt sich, auch dank der soliden organisatorischen und personellen Basis, auf die der Direktor die SERV gestellt hat.

Ende 2012 beschäftigte die SERV 41 Mitarbeitende, auf die sich 37,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) verteilen. Gegenüber Ende 2011 erhöhte sich der Personalbestand um vier Mitarbeitende, die VZÄ stiegen um 3,5. Lag die Fluktuation 2011 noch bei 0 Prozent, betrug sie 2012 8 Prozent.

2012 führte die SERV eine Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage durch. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mitarbeitenden der SERV insgesamt sehr zufrieden sind. Verantwortlich dafür sind einerseits die Befriedigung durch die Tätigkeit an sich und deren Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Andererseits werden die Arbeitsbedingungen als positiv bewertet.

Seit 2010 ist die SERV ein Lehrbetrieb und bildet Lernende zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann (für die Branche Dienstleistung und Administration) aus. Pro Ausbildungsjahr stellt die SERV einen Lernenden an, so dass letztes Jahr drei Lernende ihre Ausbildung absolvieren konnten.

### **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die SERV hat 2012 weder eine Gesellschaft gegründet, noch hat sie sich an einer Gesellschaft beteiligt. Die

langjährige Kooperation mit der Geschäftsstelle des Schweizer Wirtschaftsverbandes für Chemie, Pharma und Biotech „scienceindustries“ (bis 2010 SGCI) im Zusammenhang mit der Ausstellung von Globalpolicen für die Mitgliedsfirmen des Verbandes wurde 2012 fortgesetzt.

### **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (KPMG) hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Mittelflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis für das Geschäftsjahr 2012 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung sowie der Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Sie bestätigt, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem (IKS) existiert.

### **C. Anträge an den Bundesrat**

Dem Bundesrat wurde der Geschäftsbericht 2012 der SERV einschliesslich die Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates zur Erreichung der strategischen Ziele 2011-14 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 12. Februar 2013 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 10. April 2013 den Geschäftsbericht 2012 der SERV einschliesslich die Jahresrechnung genehmigt und den Bericht des Verwaltungsrates der SERV zur Erreichung der strategischen Ziele 2011-14 sowie den Bericht der Revisionsstelle vom 12. Februar 2013 zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

# Swisscom AG

Internet: [www.swisscom.ch](http://www.swisscom.ch)

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX Swiss Exchange

Bundesbeteiligung: 56,77%

**Verwaltungsrat:** Hansueli Loosli (Präsident), Richard Roy (Vizepräsident), Hugo Gerber (Personalvertreter), Michel Gobet (Personalvertreter), Thorsten Kreindl, Catherine Mühlemann, Theophil Schlatter, Barbara Frei, Hans Werder (Staatsvertreter)

**CEO:** Carsten Schloter

**Externe Revisionsstelle:** KPMG AG, Muri (Bern)

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Im Jahr 2012 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates **erreicht**.

Alle Erwartungen des Bundesrates betreffend Leistungsfähigkeit, Marktposition, Wertentwicklung, Rentabilität, finanzielle Stabilität, Sozialpartnerschaft, Unternehmensführung, Ethik und Nachhaltigkeit sowie Grundversorgung wurden erfüllt.

In der Schweiz nahm der Nettoumsatz leicht zu, d.h. es gelang Swisscom, die Preiserosion im Kerngeschäft durch Mengenwachstum in neuen Geschäftsfeldern – vorab mobile Datendienste und Digital-TV – vollständig zu kompensieren. Swisscom behauptete eine führende Marktstellung in sämtlichen Geschäftsfeldern (Festnetztelefonie, Mobilfunk, Breitband, Digitalfernsehen, IT-Dienstleistungen und Broadcasting). Nur die Rentabilität der Tochterfirma IT Services lag nicht auf branchenüblichem Niveau.

In Italien hat sich die Lage von Fastweb nach dem empfindlichen Rückschlag im Vorjahr stabilisiert. Es konnten in einem schwierigen Umfeld Kunden und Marktanteile gewonnen werden. Dennoch nahm der Umsatz (in Euro) um 2,6 Prozent ab. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb ergab keinen neuerlichen Anpassungsbedarf.

Das Geschäftsjahr 2012 war geprägt durch eine nochmalige Steigerung der Investitionen auf knapp 2,2 Milliarden Franken, den Erwerb von Mobilfunklizenzen für 370 Millionen nicht eingeschlossen. Damit trug Swisscom dem rasanten Anstieg des transportierten Datenvolumens und den ständig zunehmenden Ansprüchen der Kunden an Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Netzwerkinfrastruktur Rechnung.

Die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur wird auch in Zukunft eine zentrale Herausforderung für Swisscom bleiben, sowohl in der Schweiz als auch in Italien. Gleichzeitig zeigen sich immer deutlicher die Grenzen des herkömmlichen Geschäftsmodells mit Anschlussgebühr plus festem Tarif pro Kilobyte, SMS oder Gesprächsminute. Swisscom ist gefordert, ein zukunftssicheres Geschäftsmodell zu entwickeln und Wege zu finden, den Übergang vom alten zum neuen Geschäftsmodell möglichst kundenfreundlich und ertragsneutral zu bewältigen.

Kennzahlen	2012	2011
<b>Finanzen und Personal</b>		
Umsatz (Mio. CHF)	<b>11'384</b>	11'467
Reingewinn (Mio. CHF)	<b>1'762</b>	694
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>20'094</b>	19'450
Eigenkapitalquote in %	<b>20,7</b>	22,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>19'514</b>	20'061
<b>Unternehmensspezifische Kennzahlen</b>		
Aktienkurs per 31. Dezember (CHF)	<b>393.80</b>	355.90
Dividende (CHF)	<b>22</b>	22
Total Shareholder Return in %	<b>16,8</b>	-8,8
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	<b>8'071</b>	8'309
Nettoverschuldung ÷ EBITDA	<b>1,8</b>	1,8
<b>Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen</b>		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>0</b>	0
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die Marktleistung von Swisscom in der Schweiz war gut: Der Nettoumsatz stieg um 0,3%, d.h. die Preiserosion im ICT-Markt konnte durch Mengenwachstum vorab bei mobilen Datendiensten und beim Digital-TV wettgemacht werden. Swisscom verteidigte eine führende Marktposition in den Bereichen Konnektivität (Festnetz, Mobilfunk, Breitband), Kommunikation (Digital-TV, Broadcasting) und IT-Services. Bezüglich Kundenzufriedenheit lag Swisscom auch im Berichtsjahr mit deutlichem Abstand vor den Konkurrenten. Swisscom positioniert sich als Anbieter mit der besten Netz- und Servicequalität. Die Kundschaft honoriert diese Strategie mit im Branchenvergleich überdurchschnittlichen Preisen.

In Italien verbesserte sich die Marktleistung klar: Fastweb konnte überdurchschnittlich viele Neukunden gewinnen. Die Marktanteile stiegen sowohl im Geschäfts-

kunden- als auch im schwierigen Privatkundensegment. Dieser operative Erfolg schlug sich allerdings (noch) nicht im finanziellen Ergebnis nieder. Der Nettoumsatz nahm (in Lokalwährung) um 2,6 Prozent ab. Grund war der geplante Rückzug aus dem wenig profitablen Hubbing-Geschäft (Interkonnektion zwischen Telekom-Anbietern). Auch im Privatkundengeschäft ging der Umsatz infolge des intensiven Preiswettbewerbs zurück, konnte aber durch höhere Umsätze bei den Geschäftskunden kompensiert werden. Die Rentabilität verharrte auf sehr tiefem Niveau (EBIT-Marge in Lokalwährung: 0,6%).

Die Investitionen in die Modernisierung und in den Ausbau der Schweizer Netzinfrastruktur betragen über 1,2 Milliarden Franken. Per Ende Jahr waren 552'000 Haushalte und Geschäfte mit Glasfasern erschlossen. Nach erfolgreichen Pilotversuchen wurde die flächendeckende Einführung der 4. Mobilfunk-Generation (LTE) in Angriff genommen.

Swisscom stellte die Grundversorgung in der ganzen Schweiz gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelde-rechts ohne Abgeltungen sicher und gewährleistete den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem Netz.

Swisscom engagiert sich auch jenseits der Grundversorgung für den barrierefreien Zugang aller Bevölkerungs-teile zur digitalen Welt. Mit der Initiative „Schulen ans Internet“, mit Kursen und besonderen Schutzmassnahmen für Jugendliche fördert Swisscom aktiv die Kompe-tenz im praktischen Umgang mit neuen Medien und das Bewusstsein für die damit verbundenen Risiken.

Im Bereich Nachhaltigkeit erhielt Swisscom im Berichts-jahr wieder mehrere internationale Auszeichnungen für herausragende Leistungen. Swisscom bezieht 100% der elektrischen Energie aus einheimischen erneuerbaren Quellen und ist der grösste einzelne Abnehmer von Wind- und Solarenergie in der Schweiz.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die Jahresrechnung weist einen Rückgang des Netto-umsatzes auf Konzernstufe um 0,7 Prozent auf knapp 11,4 Milliarden Franken aus. Das Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) reduzier-te sich um 4,4 Prozent auf rund 4,4 Milliarden. Der Rein-gewinn, der im Vorjahr durch die Wertberichtigung des Goodwills auf der Beteiligung an Fastweb mit rund 1,2 Milliarden belastet worden war, stieg um 154 Prozent auf 1,76 Milliarden, was ungefähr dem Niveau von 2010 entspricht.

Der Aktienkurs stieg um 10,7 Prozent auf 393,80 Fran-ken (am Bilanzstichtag). Die Performance der Swisscom-Aktie lag zwar hinter dem SMI-Index zurück, der im glei-chen Zeitraum um 14,9 Prozent zulegen, übertraf jedoch deutlich den europäischen Branchenindex „STOXX Eu-rope 600 Telecommunications“, der um 10,7 Prozent nachgab (in Euro).

Die Dividende für das Geschäftsjahr 2012 liegt bei 22 Franken pro Aktie, d.h. auf dem Niveau des Vorjahres. Der Bund darf somit 2013 mit einem Beteiligungsertrag von rund 650 Millionen rechnen. Die Gesamtdite (Aktienkursentwicklung plus Dividende) erreichte im internationalen Branchenvergleich überdurchschnittliche 16,8 Prozent.

Swisscom baute die Nettoverschuldung im Berichtsjahr um 238 Millionen auf 8'071 Millionen am Bilanzstichtag ab. Die Verschuldungsquote blieb mit 1,8 x EBITDA gleich wie im Vorjahr. Aufgrund der soliden finanziellen Verfassung geniesst Swisscom uneingeschränkten Zu-gang zu den Geld- und Kapitalmärkten zu attraktiven Konditionen. Das Credit Rating liegt im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A stabil; Moody's: A2 stabil).

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Swisscom ist ein attraktiver Arbeitgeber mit einer fort-schrittlichen Personalpolitik. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist hoch. Der Personalbestand in der Schweiz nahm im Berichtsjahr um 359 (-2,2%) auf 16'269 Vollzeitstellen ab. Im Rahmen des Stellenabbaus von 480 Vollzeitstellen musste bei 173 Vollzeitstellen den weit reichenden Sozi-alplan in Anspruch nehmen. Indirekt sicherte Swisscom durch die hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz.

Swisscom ist der grösste Ausbildner von ICT-Fach-kräften in der Schweiz. Mit Lehrbeginn 2012 werden 818 Lernende als Informatiker, Mediamatiker und Telematiker sowie in verschiedenen kaufmännischen Berufen ausgebildet. Hinzu kommen 92 Lernende im Bereich Elektroinstallation bei der Tochterfirma Cablex.

Swisscom fördert mit besonderen Programmen die Ge-sundheit, Chancengleichheit und Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich mit flexiblen Arbeits-zeitmodellen und verschiedenen Betreuungsdienstleis-tungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die strategisch wichtigste Beteiligung von Swisscom ist Fastweb, der führende alternative Netzbetreiber Italiens. Das Unternehmen wurde im Jahr 2007 mehrheitlich und 2011 vollständig übernommen. Die gesamte Investiti-onssumme belief sich auf 4,6 Milliarden Euro.

Fastweb wurde mit der Absicht erworben, durch Wachs-tum im vergleichsweise noch wenig gesättigten italieni-schen Breitbandmarkt den Umsatzrückgang im Schwei-zer Geschäft zu kompensieren. Dies ist bisher nicht erreicht worden. Zwar ist der Umsatz von Fastweb seit der Übernahme durch Swisscom um rund einen Fünftel gewachsen, und Jahr für Jahr wurde ein Betriebsergeb-nis in der Grössenordnung von 500 Millionen Euro er-wirtschaftet. Dennoch haben sich im Nachhinein die ursprünglichen Wachstumserwartungen als zu ambitio-

nier erwiesen. Das führte 2011 zu einer Wertberichtigung der Beteiligung an Fastweb im Umfang von 1,55 Milliarden Franken.

Im Berichtsjahr hat sich die Lage von Fastweb stabilisiert. Operativ war eine klare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen: Der Kundenbestand nahm um 10,8 Prozent zu, der Marktanteil stieg sowohl im kompetitiven Geschäftskundensegment als auch im schwierigen Privatkundensegment. Auch wenn sich die verbesserte Marktleistung (noch) nicht im finanziellen Ergebnis niederschlug, wurde die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb gemäss internationalen Rechnungslegungsstandards bestätigt.

Der Bundesrat ist überzeugt, dass eine massvolle Diversifikation der geographischen Märkte von Swisscom sinnvoll und notwendig ist, und erachtet die damit einhergehenden Risiken angesichts des im internationalen Branchenvergleich eher bescheidenen Auslandsanteils von rund 20 Prozent am Umsatz als vertretbar. Der Bundesrat erwartet aber, dass Fastweb mittelfristig einen positiven Beitrag zur Wertschöpfung des Konzerns leistet.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (KPMG AG) gelangt zum Urteil, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2012 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

## **C. Anträge an die Generalversammlung**

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 13. Mai 1998 über die Statuten der Swisscom werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von ihnen bevollmächtigte Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG hat am 4. April 2013 in Fribourg stattgefunden. Der Verwaltungsrat hatte beantragt,

1. den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Swisscom AG sowie die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2012 zu genehmigen;
2. den Entschädigungsbericht 2012 im Sinne einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine ordentliche Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung zu erteilen;
5. Hansueli Loosli als Präsident sowie Michel Gobet, Thorsten Kreindl, Richard Roy und Theophil Schlatter

als Mitglieder des Verwaltungsrats für eine Amtsdauer von zwei Jahren (im Falle von R. Roy ein Jahr) wiederzuwählen;

6. KPMG AG, Muri bei Bern, für das Geschäftsjahr 2013 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

## **D. Beschlüsse des Bundesrates und der Generalversammlung**

Der Bundesrat hat am 27. März 2013 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Gleichzeitig hat der Bundesrat Hans Werder als Staatsvertreter im Verwaltungsrat von Swisscom AG für eine Amtsdauer von zwei Jahren wiedergewählt.

Die Generalversammlung der Swisscom AG hat am 4. April 2013 die Anträge des Verwaltungsrates gutgeheissen.

# SBB AG

Internet: [www.sbb.ch](http://www.sbb.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

**Verwaltungsrat:** Ulrich Gygi (Präsident), Olivier Steimer (Vizepräsident), Andrea Hämmerle (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Andreas Hunziker, Conrad Löffel, Peter Siegenthaler, Hans-Jürg Spillmann, Alexandra Post Quillet

**CEO:** Andreas Meyer

**Externe Revisionsstelle:** Ernst & Young, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Im Jahr 2012 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates **insgesamt erreicht**.

Gut ist die Leistungsbilanz insbesondere im Personenverkehr und bei den Immobilien. Beim Güterverkehr besteht weiterhin Handlungsbedarf. Trotz einem erfreulichen Rechnungsabschluss 2012 bleibt die finanzielle Situation der SBB herausfordernd.

Der Konzerngewinn von 423 Millionen Franken wurde wesentlich getragen von den positiven Ergebnissen im Personenverkehr und bei den Immobilien. Der Free Cash Flow reichte für einmal aus, um die kommerziellen Investitionen aus den eigenen Mitteln zu erwirtschaften und die hohe verzinsliche Verschuldung um gut 300 Millionen auf rund 7,7 Milliarden abzubauen. Weitere Beschaffungswellen bei den Betriebsmitteln (vor allem Rollmaterial) sowie im Energiebereich der Infrastruktur stehen jedoch an und erhöhen den finanziellen Druck auf die SBB.

Der Personenverkehr verzeichnete erstmals seit der Inbetriebnahme der Bahn 2000 eine rückläufige Verkehrsleistung (-1,2 %). Während der Regionalverkehr um weitere 1,6 Prozent wuchs, sank die Verkehrsleistung im Fernverkehr um 2,1 Prozent. Die Pünktlichkeit der Züge liegt leicht unter den Vorgaben; die Kundenzufriedenheit entspricht jedoch den Erwartungen..

Im Güterverkehr bewegte sich das Defizit von SBB Cargo bei abnehmender Verkehrsleistung auf Vorjahresniveau. Strategische und operative Massnahmen zur Ergebnisverbesserung sind in Umsetzung, um den geforderten Turnaround im Jahr 2013 zu erreichen.

Die Ziele im Infrastrukturbereich hat die SBB nur teilweise erreicht. Betrieb und Erhalt der stark belasteten Infrastruktur haben auch 2012 beträchtliche Mittel beansprucht.

Die personellen Ziele wurden erreicht. Die Trendwende bei der Personalszufriedenheit konnte bestätigt werden: Die Zufriedenheit des Personals stieg zum zweiten Mal in Folge auf nunmehr 62 Punkte.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>8'169</b>	8'022
Konzerngewinn (Mio. CHF)	<b>423</b>	339
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>34'877</b>	33'881
Eigenkapitalquote in %	<b>30,9</b>	30,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>29'240</b>	28'585

### Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalszufriedenheit (Punkte, max. 100)	<b>62</b>	60
Beförderte Personen (pro Tag)	<b>967'000</b>	977'000
Kundenpünktlichkeit (%)	<b>88,0</b>	89,8
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	<b>269</b>	214
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	<b>-51</b>	-46
Verzinsliche Verschuldung (Mio. CHF)	<b>7'653</b>	7'965

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) <sup>1)</sup>	<b>2'103</b>	2'059
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0

<sup>1)</sup> Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Das seit Jahren anhaltende Wachstum im Personenverkehr ist erstmals rückläufig (-1,2%). Dabei sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen: Während der abgeltungsberechtigte Regionalverkehr um weitere 1,6 Prozent wuchs, sank die Verkehrsleistung im gewinnorientierten Fernverkehr um 2,1 Prozent. Vor allem der Freizeit- und Tourismusverkehr büsste ein, der Pendler- und Geschäftsreiseverkehr ist weiter gewachsen, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Die Abschwächung der Nachfrage ist auf ein schwieriges konjunkturelles Umfeld (u.a. auch Frankenstärke), eine höhere Preissensitivität im Freizeitverkehr sowie auf fehlende Wachstumsimpulse durch Angebotsausbauten zurückzuführen.

Der Güterverkehr war mit der europäischen Konjunkturschwäche sowie mit mehreren Sperrungen der Gotthard-Achse konfrontiert. Die Division SBB Cargo erzielte mit -51 Millionen erneut ein Defizit (Vorjahr -46 Mio.). Trotz Umsatzrückgang erwirtschaftete der Geschäftsbereich Schweiz (inkl. Import-Exportverkehre) dank Sanierungsmassnahmen ein Defizit auf Vorjahresniveau (-43 Mio.). SBB Cargo International erzielte ein Jahresergebnis von -11 Millionen (Vorjahr -2 Mio.). Massnahmen wurden ergriffen und sind in Umsetzung, um die geforderte Gewinnschwelle im Jahr 2013 zu erreichen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und mit den Ansprüchen der Kunden weiter entwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau leicht rückläufig. Mit einer marktorientierten Bewirtschaftung ihrer Immobilien erreicht SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB die Ziele nur teilweise erreicht. „Infrastruktur Netz“ erzielte im Vergleich zum Vorjahr sowohl ein tieferes Jahrergebnis wie auch einen Rückgang der Produktivität. Dieser Rückschritt ist auf die deutlich gestiegenen Aufwendungen für den Infrastrukturunterhalt zurückzuführen. Zudem ist als Folge der Kältewelle im Februar und des starken Schneefalls im Dezember die Anzahl Störungen gestiegen, welche durch die Infrastruktur verursacht wurden und zu Verspätungen von mehr als 3 Minuten führten.

Bei der Pünktlichkeit ist ein leichter Rückgang auf hohem Niveau festzustellen. Im Personenverkehr erreichten 88,0 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 89,8%). Die Anknüpfungspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz sank von 95,8 auf 94,6 Prozent. Die Gründe für den Rückgang der Pünktlichkeitswerte waren Anlagenausfälle aufgrund der Witterung im Winter, Unterbrüche am Gotthard und Bautätigkeiten auf den Infrastrukturnetzen. Die Kunden waren insgesamt zufrieden mit der SBB. Im Personenverkehr erreichte die Kundenzufriedenheit das hohe Vorjahresniveau, während im Güterverkehr sowie bei den Bahnhöfen die Vorgaben verfehlt wurden.

Das Sicherheitsniveau der SBB ist unverändert hoch. Im Rahmen des Sicherheitsmanagements werden laufend Massnahmen zur Verbesserung der Situation geprüft und umgesetzt. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Lärmschutz und Energiesparprogramm) erzielt werden. Ende 2012 verfügten 46,8 Prozent der SBB-Bahnhöfe über einen niveaugleichen Einstieg sowie über einen stufenfreien Zugang zu den Perrons.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die Jahresrechnung weist eine Zunahme des Konzerngewinns um 84 Millionen auf 423 Millionen aus. Dieses

erfreuliche Ergebnis erzielte die SBB in einem Umfeld mit abgeschwächtem Wachstum im Personenverkehr und Verkehrsverlusten im Güterverkehr. Der Personenfernverkehr leistete mit 239 Millionen den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt von den Immobilien mit einem Gewinn von 192 Millionen. Grösste Verlustquelle war SBB Cargo mit einem Ergebnis von -51 Millionen. SBB Immobilien leistete eine Ausgleichszahlung von 150 Millionen an die Infrastruktur und einen wesentlichen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse SBB. Die Vorgaben zur Produktivität wurden nur teilweise erreicht.

Der Free Cash Flow reichte im Jahr 2012 aus, um die kommerziellen Investitionen aus den eigenen Mitteln zu finanzieren und die hohe verzinsliche Verschuldung um gut 300 Millionen auf rund 7,7 Milliarden abzubauen. Es resultierte ein Free Cash Flow nach Finanzierung der öffentlichen Hand von 906 Millionen (Vorjahr -5,2 Mio.). Diese positive Entwicklung darf indessen nicht darüber hinweg täuschen, dass weitere Beschaffungswellen bei den Betriebsmitteln (vor allem Rollmaterial) sowie beim Energiebereich der Infrastruktur anstehen. Zur Erreichung der finanziellen Stabilität muss es der SBB deshalb gelingen, ein tragfähiges Verhältnis zwischen Investitionen, Erträgen und Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 655 Vollzeitstellen (2,3%) zu. Die Gesamtarbeitsverträge SBB und SBB Cargo sind seit 2011, derjenige von SBB Cargo International seit dem 1. Mai 2012 in Kraft. Insgesamt absolvierten 1'337 Lernende (rund 5% des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Die Sanierung der Pensionskasse SBB erzielte im Berichtsjahr weitere Fortschritte. Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB stieg im Jahresverlauf von 96.4 auf 99.1 Prozent an. Die aktiven Versicherten und die SBB leisten weiterhin Sanierungsbeiträge von 2,5 Prozent, bis die Kasse nachhaltig saniert ist.

Nach den unbefriedigenden Umfrageergebnissen 2010 mit einer Personalzufriedenheit von 58 Punkten hat die SBB im Frühling 2011 ein Massnahmenpaket zur Stärkung der Führung, Kommunikation und Prozesse eingeleitet. Heute zeigt sich, dass die eingeleiteten Massnahmen wirksam sind. Die Umfrage vom Herbst 2012 ergab eine Personalzufriedenheit von 62 Punkten. Verbessert hat sich auch das Vertrauen in die erweiterte Konzernleitung von 44 auf 51 Punkte. Der Bundesrat erwartet, dass die SBB die Massnahmen zur Verbesserungen der Personalzufriedenheit konsequent umsetzt und der Befindlichkeit des Personals Sorge trägt.

#### **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr nur wenige Änderungen (namentlich die Erweiterung des Angebots der Gesellschaft Lyria Richtung Südfrankreich, Liquidation der italienischen Vertriebs Tochter von SBB Cargo AG, Reduktion der Beteiligung an „Switzerland Travel Center“ STC von 57 % auf 24 %). Die Ziele sind erreicht.

#### **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle empfiehlt mit Bericht vom 8. März 2013 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2012 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

#### **C. Anträge an die Generalversammlung**

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichneten Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 6. Mai 2013 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung 2012 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzverlust per 31. Dezember 2012 von –1'117,0 Millionen. auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2012 423,0 Mio.; Verlustvortrag Vorjahr –1'578,9 Mio.; Entnahme Reserve gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur und Art. 36 PBG für Personenverkehr von insgesamt 39,0 Mio.);
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2012, abgeschlossen per 31. Dezember 2012, Entlastung zu erteilen;
4. die bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrates Ulrich Gygé, Olivier Steimer, Andreas Hunziker, Conrad Löffel, Peter Siegenthaler, Hans-Jürg Spillmann, und Daniel Trolliet in ihrem Amt bis zur ordentlichen Generalversammlung 2015 zu bestätigen. Die Amtsdauer der im 2012 gewählten Verwaltungsratsmitglieder (Andrea Hämmerle, Alexandra Post Quillet) läuft bis zur ordentlichen Generalversammlung 2014;
5. Ernst & Young für eine Amtsdauer von einem weiteren Jahr als Revisionsstelle zu wählen.

#### **D. Beschlüsse des Bundesrates und der Generalversammlung**

Der Bundesrat hat am 27. März 2013 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG zuzustimmen.

# Post

**Internet:** www.post.ch

**Sitz:** Bern

**Rechtsform:** Anstalt des Bundes

**Verwaltungsrat:** Peter Hasler (Präsident), Dominique Freymond (Vizepräsident), Andreas Schläpfer (Vizepräsident), Susanne Blank (Personalvertreterin), Michel Gobet (Personalvertreter), Nicola Thibaudeau, Marco Durrer, Adriano P. Vassalli, Philippe Milliet

**CEO:** Susanne Ruoff

**Externe Revisionsstelle:** KPMG AG, Muri b. Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Im Jahr 2012 hat die Post die strategischen Ziele des Bundesrates **erreicht**.

Sie hat die Grundversorgung in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben der A- und B-Briefpost wurden eingehalten, und die Zufriedenheit der Geschäfts- und Privatkunden befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Ebenso gelang es der Post, ihre Marktanteile im Kerngeschäft gesamt-haft gesehen zu halten.

Die hohen Personalzufriedenheitswerte und die tiefe Fluktuationsrate zeigen, dass die Post eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen Personalpolitik ist.

Der Vorgabe der Eigenwirtschaftlichkeit konnte die Post auch im vergangenen Jahr nachkommen. Der Konzerngewinn fällt mit 859 Millionen Franken um 45 Millionen tiefer als im Vorjahr. Ebenfalls tiefer liegt der Betriebsertrag. Der Betriebsaufwand blieb auf Vorjahresniveau. Ausser „Poststellen und Verkauf“ können alle Bereiche ein positives Ergebnis vorweisen.

Die Vorgaben zu den Kooperationen und Beteiligungen sind grösstenteils erfüllt. Deren Ergebnismarge, insbesondere bei den Auslandsbeteiligungen, liegt jedoch deutlich unter derjenigen des Gesamtkonzerns.

Der Bundesrat hat auf Antrag des Verwaltungsrats der Post beschlossen, eine Gewinnausschüttung an den Bund im Umfang von 200 Millionen vorzunehmen. Im Weiteren wird der Gewinn für die Sanierung der Pensionskasse der Post sowie den Aufbau von Eigenkapital verwendet.

Der Bundesrat hat die neue Postgesetzgebung 2012 in Kraft gesetzt. Die damit verbundenen Veränderungen der Unternehmensstruktur der Post (Umwandlung in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft und Ausgliederung von PostFinance in eine Tochtergesellschaft) stellen aus personeller und organisatorischer Sicht hohe Anforderungen an den Konzern.

Die Post sieht sich mit einer Stagnation ihrer klassischen Geschäftsfelder sowie einer Veränderung des Kundenverhaltens konfrontiert. Sie hat daher unter Einbezug der technologischen Entwicklungen neue bzw. innovative Produkte und Lösungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu entwickeln.

Kennzahlen	2012	2011
<b>Finanzen und Personal</b>		
Umsatz (Mio. CHF) <sup>1)</sup>	<b>8'582</b>	8'599
Konzerngewinn (Mio. CHF)	<b>859</b>	904
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>120'016</b>	108'254
Eigenkapitalquote in %	<b>4,7</b>	4,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>44'605</b>	44'348
<b>Unternehmensspezifische Kennzahlen</b>		
Personalzufriedenheit (Skala 0 - 100)	<b>75</b>	75
Gewinnausschüttung an Bund (Mio. CHF)	<b>200</b>	200
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	<b>2'291</b>	2'334
Pakete (Mio. Sendungen)	<b>111</b>	107
Neugeldzufluss (Mrd. CHF)	<b>11,6</b>	8,2
Postauto - Reisende (Mio. Personen)	<b>129</b>	124
<b>Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen</b>		
Bundesbeitrag (Mio. CHF) <sup>2)</sup>	<b>219</b>	186
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0

<sup>1)</sup> Total Betriebsertrag

<sup>2)</sup> Beiträge an PostAuto und für indirekte Presseförderung

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die Post hat ihre Dienstleistungen auch im vergangenen Jahr in hoher Qualität erbracht. So wurden 97.9 Prozent aller A-Post-Briefe und 98.8 Prozent aller B-Post-Briefe rechtzeitig zugestellt. Auch bei der Paketzustellung sind die Werte mit 97.7 (Priority) bzw. 97.9 Prozent (Economy) hoch.

Die Kundenzufriedenheit erzielte mit einem Index von 79 Punkten (max. 100 Punkte) ebenfalls einen guten Wert. Überaus zufrieden waren die Privatkunden mit den Bereichen Poststellen und Verkauf sowie PostFinance, welche die Dienstleistungen der Grundversorgung erbringen. Die Post erwirtschaftet jedoch über 80 Prozent ihres Umsatzes mit den Geschäftskunden. Diese sind tendenziell etwas weniger zufrieden mit der Post,

wobei die Post auch hier gute und in den letzten Jahren gesamthaft verbesserte Werte verzeichnen kann.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich gegenüber den Vorjahren etwas schlechter einzustufen. Dies gründet jedoch hauptsächlich auf der Erstarkeung des Franken gegenüber dem Euro. Werden die Preise der Post mit dem umliegenden Ausland auf einer kaufkraftbereinigten Basis verglichen, befindet sich die Schweiz an erster Stelle.

Die Post vermochte ihre Marktanteile in den verschiedenen Bereichen grundsätzlich zu halten. Sie hat im vergangenen Jahr zwar 1.9 Prozent weniger adressierte Briefe, und 1.8 Prozent weniger Zeitungen transportiert. Diese Rückgänge erklären sich mit der zunehmenden E-Substitution sowie den abnehmenden Zeitungsabonnements. Die Menge der unadressierten Sendungen nahm um 51.3 Prozent zu, was auf die Übernahme der Direct Mail Company-Gruppe zurückzuführen ist. Der Anstieg bei den Paketen um 4.1 Prozent liegt im zunehmenden Online-Handel begründet.

Seit 2008 deckt die Post ihren gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien. Die Wind-, Wasser- und Solarkraft sowie Biomasse stammen seit 2012 ausschliesslich aus der Schweiz. Weitere Elemente der Nachhaltigkeitsstrategie der Post sind der Einsatz von Hybridpostautos und Brennstoffzellenbussen, Eco-Drive-Kurse für Postauto- und Lastwagenchauffeure, Energieeffizienzmassnahmen bei den Gebäuden sowie das Angebot eines klimaneutralen Versands von Postsendungen.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die Post erzielte 2012 einen Konzerngewinn von 859 Millionen Franken. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt damit 45 Millionen. Der Betriebsertrag reduzierte sich um 17 Millionen auf 8.6 Milliarden, was einer Abnahme von 0.2 Prozent entspricht. Grundsätzlich haben alle Bereiche zum guten Ergebnis der Post beigetragen. Das Betriebsergebnis (890 Mio.) wird wesentlich von PostFinance (627 Mio.), PostLogistics (152 Mio.) und PostMail (178 Mio.) geprägt. Der Bereich „Poststellen und Verkauf“ musste zwar noch ein Ergebnis von -120 Millionen ausweisen, konnte aber dank erfolgreichem Kostenmanagement im Vergleich zum Vorjahr um 31 Millionen verbessert werden.

Die Post erzielt über 80 Prozent ihres Umsatzes im Wettbewerb, d.h. der Beitrag des Monopols beträgt weniger als einen Fünftel.

Die im vergangenen Jahr getätigten Investitionen von insgesamt 443 Millionen konnten vollumfänglich selbst finanziert werden. Ebenso vermochte die Post ihren Unternehmenswert auch im vergangenen Jahr zu steigern.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Die Post ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen Personalpolitik. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist hoch. Der Personalbestand in der Schweiz nahm 2012 um 257 Vollzeitstellen zu. Zu Rückgängen ist es insbesondere beim Poststellennetz und der Briefverarbeitung gekommen. In den Bereichen PostFinance und PostLogistics wurden demgegenüber neue Stellen geschaffen. Insgesamt absolvierten im vergangenen Jahr 2'015 Personen (5.3 Prozent des Personalbestandes) eine Ausbildung bei der Post. Die Post fördert mit besonderen Programmen die Gesundheit, die Chancengleichheit und die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich mit flexiblen Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit ein. Bedingten Restrukturierungsmassnahmen einen Abbau von Arbeitsplätzen, werden Kündigungen wenn immer möglich vermieden, indem nach internen Lösungen gesucht wird. Findet sich keine vertretbare Alternative, werden betroffene Arbeitnehmende bei der Stellensuche professionell und über einen längeren Zeitraum unterstützt.

Die Pensionskasse der Post weist Ende 2012 einen Deckungsgrad von 98.8 Prozent aus. Die Post beabsichtigt, auch für das Jahr 2012 aus dem Gewinn eine Einlage in die Pensionskasse vorzunehmen. Der Bundesrat unterstützt die Post in ihrem Bestreben, einen angemessenen Deckungsgrad der Pensionskasse zu erreichen; er erwartet jedoch, dass sich die Versicherten massgeblich an der Sanierung der Pensionskasse beteiligen und es ist zu prüfen, wie sich die Umwandlung der Pensionskasse Post in eine Sammelstiftung auf den Konzern und die einzelnen Postkonzerngesellschaften auswirken würde.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Gemäss den strategischen Zielen des Bundesrates geht die Post Kooperationen ein und erwirbt Beteiligungen, wenn diese das Kerngeschäft in der Schweiz stärken und ein ausreichender Gewinn erwartet werden kann. Dabei bleibt die Schweiz der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit und der damit verbundenen Investitionen. Die finanziellen Risiken werden auf einem tiefen Niveau gehalten, und es erfolgen im Ausland keine Investitionen in Netzinfrastrukturen. Die Konzerngesellschaften tragen rund 20 Prozent zum Betriebsertrag des Konzerns bei. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 34 Millionen in Beteiligungen investiert. Die Ergebnismarge (Betriebsergebnis/Betriebsertrag) der Beteiligungen ist erneut gesunken und ist mit 2.2 Prozent im Vergleich zur Ergebnismarge (Betriebsergebnis/Betriebsertrag) des Gesamtkonzerns (10.4 Prozent) tief. Der Bundesrat gibt daher erneut seiner Erwartung zur Rentabilitätssteigerung der Beteiligungen, insbesondere im Ausland, Ausdruck.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (KPMG AG) gelangt zum Schluss, dass die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 der Post ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) ergibt, und dem Postorganisationsgesetz entspricht.

## **C. Anträge an den Bundesrat**

Der Verwaltungsrat der Post beantragt dem Bundesrat den Bilanzgewinn des Stammhauses von 732 Mio. CHF wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung an den Bund: 200 Millionen
- Arbeitgeberbeitragsreserve der Pensionskasse der Post: 100 Millionen
- Reserven Stammhaus Post: CHF 432 Millionen

## **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 27. März 2013 den Geschäftsbericht inkl. die Jahresrechnung der Post 2012 genehmigt und beschlossen, den Anträgen des Verwaltungsrates zur Gewinnverwendung zuzustimmen. Er hat sodann den Bericht des Verwaltungsrates der Post über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates im Jahr 2012 sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen. Schliesslich hat er den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

# Skyguide AG

Internet: [www.skyguide.ch](http://www.skyguide.ch)

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99.97%

**Verwaltungsrat:** Guy Emmenegger (Präsident), Bernhard Müller (Vizepräsident), Reto Hunger (Personalvertreter), Urs Althaus, Urs Sieber, Jean-Yves Bonvin, Hans-Peter Strodel

**CEO:** Daniel Weder

**Externe**

**Revisionsstelle:** PriceWaterhouseCoopers, Pully

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Im Jahr 2012 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates **insgesamt erreicht**.

Skyguide bewirtschaftet den komplexesten und am intensivsten genutzten Luftraum Europas. Im zivilen Luftverkehr wurde eine sehr gute Pünktlichkeit erreicht. Gemäss dem von Eurocontrol ermittelten «Safety Maturity Index» war das Sicherheitsniveau gut und wurde weiter verbessert. Die Luftwaffe konnte alle geplanten Einsätze durchführen. Allerdings blieb die personelle Situation bei der militärischen Flugsicherung angespannt.

Trotz des unerwarteten Verkehrsrückgangs gelang es Skyguide zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal seit 2006, ein positives Betriebsergebnis in Höhe von rund 30 Millionen zu erwirtschaften. Dazu haben neben den fortgesetzten Anstrengungen zur Kostenreduktion vor allem die erstmals in vollem Umfang fliessenden Abgeltungen des Bundes im Umfang von rund 68 Millionen beigetragen.

Skyguide darf als fortschrittlicher, verantwortungsbewusster Arbeitgeber gelten, der mit den Arbeitnehmerorganisationen eine offene und konstruktive Sozialpartnerschaft pflegt. Die Identifikation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der Unternehmung ist hoch.

Die Schwachstelle von Skyguide stellten auch im Berichtsjahr die im internationalen Vergleich sehr hohen Gebühren dar. Zum Teil sind diese auf vom Unternehmen nicht beeinflussbare Ursachen wie z.B. den Wechselkurs (die Gebühren werden in Euro berechnet) zurückzuführen. Um die Kosteneffizienz unter den gegebenen Voraussetzungen zu steigern, so dass Flugsicherung in der Schweiz auch in einem international sich öffnenden Sektor auf lange Sicht kompetitiv bleibt, muss Skyguide vermehrt unkonventionelle Wege einschlagen. So plant das Unternehmen in den nächsten Jahren u.a., die Kontrollzentren Genf und Dübendorf betrieblich so zu vernetzen, dass sie wie ein einziges «virtuelles Center Schweiz» funktionieren. Diesen innovativen Ansatz bringt Skyguide auch in die laufenden Diskussionen um die Gestaltung des einheitlichen Luftraums über Europa ein, an dem die Schweiz über das bilaterale Luftfahrtabkommen mit der EU teilnimmt.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>441,2</b>	429,6
Betriebsergebnis <sup>1)</sup>	<b>30,2</b>	28,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>611,4</b>	596,3
Eigenkapitalquote in %	<b>53,2</b>	53,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>1'376</b>	1'330

### Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierter Flüge (Mio.)	<b>1,172</b>	1,193
Pünktlichkeit (% der Flüge)	<b>96,7</b>	96,9
Ø Verspätung pro Überflug (Min.)	<b>0,11</b>	0,14
Eurocontrol Safety Maturity Index	<b>82</b>	78
Ø En Route Unit Rate (EUR)	<b>98,7</b>	96,5

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>67,7</b>	51,7
Gebühren (Mio. CHF)	<b>352,7</b>	355,3

<sup>1)</sup> Gemäss strategischen Zielen des Bundesrates muss Skyguide ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erwirtschaften.

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die Kernaufgabe, die Skyguide im Auftrag der schweizerischen Eidgenossenschaft durchführt, ist die sichere und effiziente Abwicklung des zivilen Luftverkehrs in dem von ihr kontrollierten Luftraum – der zu 40 Prozent über dem Territorium der Nachbarstaaten liegt – sowie die Unterstützung der Luftwaffe beim Erfüllen ihres luftpolizeilichen und sicherheitspolitischen Auftrages. Beide Funktionen hat Skyguide im Jahr 2012 gemäss den Erwartungen des Bundesrates erfüllt.

Im zivilen Bereich konnte Skyguide die bereits sehr hohe Pünktlichkeit nochmals steigern: 96,7% der kontrollierten Flüge verkehrten ohne Verspätung. Gemäss übereinstimmender Beurteilung der verschiedenen Aufsichtsinstanzen (Bundesamt für Zivilluftfahrt, Civil Aviation Safe-

ty Officer, Eurocontrol) bewegt sich die Qualität des Safety-Managements und die Sicherheitskultur von Skyguide auf einem hohen Niveau. Im Berichtsjahr ereigneten sich in der Schweizer Luftfahrt keine gefährlichen Vorfälle im Verantwortungsbereich von Skyguide. Das Unternehmen arbeitet konsequent an der weiteren Verbesserung der Sicherheit. Im Berichtsjahr wurde eine umfassende Sicherheitsüberprüfung des Flughafens Zürich in Zusammenarbeit mit der Betreibergesellschaft, dem Luftfahrtunternehmen Swiss und der Luftwaffe abgeschlossen. Es wurden dabei mehrere Massnahmen identifiziert, mit denen die Sicherheit dieses komplexen Systems noch gesteigert werden könnte.

Im militärischen Bereich wurde die enge Zusammenarbeit mit der Luftwaffe fortgeführt und im Rahmen des neuen Leistungsvertrages, der zeitgerecht am 1. Januar 2013 in Kraft trat, punktuell optimiert. Trotz knapper personeller Kapazitäten auf den Luftwaffenbasen und in der Einsatzzentrale konnte die Luftwaffe alle geplanten Einsätze durchführen. Skyguide und die Luftwaffe bemühen sich gemeinsam, den Personalengpass mit verstärkten Anstrengungen zur Rekrutierung und Ausbildung von militärischen Flugverkehrs- und Einsatzleitenden zu beheben.

Skyguide hat sich im Berichtsjahr für eine zweckmässige Umsetzung des Staatsvertrages vom 2. Dezember 2010 zwischen der Schweiz, Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten zur Schaffung eines gemeinsamen funktionalen Luftraumblocks (FABEC) eingesetzt. Dieser besitzt ein grosses Potenzial zur Verbesserung der Kapazität, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Luftfahrt im verkehrsreichsten Teil Europas. Der Notwendigkeit einer verstärkten Koordination unter den beteiligten Flugsicherungen steht das Gebot der Wahrung der souveränitätspolitischen Interessen der beteiligten Staaten gegenüber. Skyguide schlug als innovativen Ansatz, um diese beiden Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen, vor, die bisher autonom operierenden Kontrollzentren auf der Grundlage europaweit harmonisierter technischer Standards zu vernetzen. Die dadurch gewonnene Interoperabilität, Flexibilität und Redundanz würde sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die Sicherheit erhöhen, ohne die regionale Verankerung der Flugsicherungsorganisationen in Frage zu stellen. Dieselbe Strategie verfolgt Skyguide im eigenen Luftraum mit der Schaffung des «Virtual Center Switzerland», d.h. der vollständigen betrieblichen Verschränkung der beiden Kontrollzentren Genf und Dübendorf.

## **2. Finanzielle Ziele**

Trotz des unerwarteten Verkehrsrückgangs erwirtschaftete Skyguide im Berichtsjahr ein Betriebsergebnis von 30 Millionen, bei einem Umsatz von 441 Millionen. Neben den fortgesetzten Anstrengungen zur Kostenreduktion trugen dazu massgeblich die erstmals im vollen Umfang von rund 68 Millionen fliessenden Abgeltungen

des Bundes für nicht kostendeckende Dienstleistungen auf Regionalflugplätzen und in delegierten ausländischen Lufträumen bei.

Alle Investitionen konnten aus dem betrieblichen Cash Flow finanziert werden. Die Nettoverschuldung lag deutlich unter dem vom Bundesrat vorgegebenen Schwellenwert. Der Versicherungsschutz gegen Haftpflichtrisiken wird vom Verwaltungsrat als angemessen beurteilt.

Nicht erreicht wurde die Zielsetzung, international vergleichbare Gebühren zu erheben. Die Einheitsgebühr für Streckenflüge lag mit 98,7 Euro rund ein Drittel über dem Durchschnitt der FABEC-Partner. Eine wichtige Ursache war der unverändert starke Franken.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Skyguide darf als fortschrittlicher und verantwortungsbewusster Arbeitgeber gelten. Die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeitenden ist hoch. Die offene und konstruktive Sozialpartnerschaft mit den verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen wird vom Verwaltungsrat als grosser Vorzug im internationalen Umfeld gewertet. Mit besonderen Massnahmen wird die Gesundheit am Arbeitsplatz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Chancengleichheit aller Mitarbeitenden gefördert. Die Löhne sind wettbewerbsfähig, die Sozialleistungen attraktiv.

Der Personalbestand nahm im Berichtsjahr um rund 3,4 Prozent auf 1'376 Vollzeitstellen zu. Insgesamt absolvierten 107 Lernende (zwei mehr als im Vorjahr) eine Ausbildung bei Skyguide, darunter 91 Fluglotsen und Flugsicherungsfachleute. Besonders die Ausbildung von militärischen Flugverkehrs- und Einsatzleitenden wurde in Abstimmung mit der Luftwaffe intensiviert.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Der Fokus der internationalen Zusammenarbeit von Skyguide liegt auf dem FABEC. Inwieweit dies künftig auch Beteiligungen an einer gemeinsam mit den FABEC-Partnern betriebenen operativen Einheit umfassen könnte, ist aus heutiger Sicht offen. Die bestehenden Beteiligungen von Skyguide stehen alle im Einklang mit den strategischen Zielen des Bundesrates; diesbezüglich ergaben sich keine Änderungen im Berichtsjahr.

Wo es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, sucht Skyguide aktiv nach Möglichkeiten für verstärkte Kooperationen. So wird derzeit zusammen mit der Deutschen Flugsicherung geprüft, ob nicht voll ausgelastete Trainingskapazitäten wie z.B. der Tower-Simulator in Dübendorf gemeinsam genutzt werden könnten.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die externe Revisionsstelle (PriceWaterhouseCoopers AG) gelangt zum Schluss, dass die konsolidierte Jahres-

rechnung der Skyguide AG für das Geschäftsjahr 2012 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

### **C. Anträge an die Generalversammlung**

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 9. Dezember 2011 zum Erlass der Strategischen Ziele für Skyguide 2012-2015 werden die Aktionärsinteressen der Eigenschaft gegenüber Skyguide durch das UVEK und das VBS gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Skyguide AG findet am 7. Mai 2013 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 zu genehmigen sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzgewinn von 7,267 Millionen wie folgt zu verwenden:  
Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0,304 Millionen  
Zuweisung an die übrigen Reserven: 5,800 Millionen  
Vortrag auf neue Rechnung: 1,163 Millionen;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung zu erteilen;
4. PricewaterhouseCoopers AG, Zürich (Niederlassung Pully) für die Dauer von einem Jahr als statutarische Revisionsstelle wiederzuwählen.

### **D. Beschluss des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 27. März 2013 das UVEK und das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Skyguide AG zuzustimmen.

# Schweizerisches Nationalmuseum

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**Museumsrat:** Markus Notter (Präsident), Isabelle Graesslé (Vizepräsidentin), Rolf Fehlbaum, Irène Herrmann, Catherine Labouchère, Pio Pellizzari, Iwan Rickenbacher, Marc Wehrlin

**Direktor:** Andreas Spillmann

**Externe Revisionsstelle:** KPMG AG, Zürich

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Das Schweizerische Nationalmuseum hat die Strategischen Ziele 2010-2013 im Jahr 2012 vorgegebenen Aufgaben zur Zufriedenheit des Eigentümers erfüllt.

Die Besucherzahlen 2012 zeigen, dass die Ausstellungen in den Häusern des Schweizerischen Nationalmuseums auch im Berichtsjahr auf wachsenden Besucherzuspruch gestossen sind. Das Landesmuseum Zürich konnte seine Position als stark im öffentlichen Interesse stehendes historisches Museum weiter ausbauen. Auch das Château de Prangins und das Forum Schweizer Geschichte Schwyz verzeichneten im Berichtsjahr über den Erwartungen liegende Besucherzahlen.

Nachdem im Vorjahr alle juristischen Hürden genommen und die Finanzierung gesichert werden konnte, wurde mit dem Spatenstich am 2. März 2012 ein weiterer Meilenstein der Erweiterung und Sanierung des Landesmuseums Zürich erreicht. Die Arbeiten schritten gemäss Zeitplan des Bundesamtes für Bauten und Logistik voran.

Der Fokus war in 2012 auf die neue Dauerausstellung im Château de Prangins gerichtet. Im Berichtsjahr fanden die baulichen Bereitstellungsarbeiten und kuratorischen Konzeptumsetzungsarbeiten statt, um die Ausstellung in der zweiten Märzhälfte 2013 planmässig zu eröffnen.

Die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Dritt Museen wurde durch gemeinsam konzipierte Ausbildungsmodule, zahlreiche Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Publikationen, Objektausleihen und Ausstellungsprojekte sichtbar gemacht.

Schliesslich ist hervorzuheben, dass das SNM auch im dritten Jahr als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit eine ausgeglichene Rechnung ausweist und eine Personalpolitik verfolgt, welche die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ermöglicht.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>50,2</b>	46,7
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	<b>0,5</b>	-0,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>15,0</b>	10,7
Eigenkapitalquote in %	<b>39,2</b>	50,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>123</b>	131,4

### Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	<b>213'377</b>	177'193
Museumsbesuchende Prangins	<b>38'567</b>	34'430
Museumsbesuchende Schwyz	<b>27'828</b>	14'613
Anzahl Neuinventarisierungen	<b>6'546</b>	8'766
Anzahl Leihgaben	<b>446</b>	1'078
Erträge aus Museumsbetrieb (Mio. CHF)	<b>2,23</b>	2,04
Spenden und Sponsoring (Mio. CHF)	<b>5,24</b>	1,82

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>25,4</b>	25,6
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	<b>16,8</b>	16,8
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0

## A. Zielerreichung 2012

### 1. Strategische Schwerpunkte

*Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) leistet durch seine Sammlungstätigkeit und seine Ausstellungen einen Beitrag zur Sicherstellung des materiellen und immateriellen Gedächtnisses des Landes. Es macht die Sammlungsbestände in attraktiver Form zugänglich, sorgt für die Kenntnis und das Verständnis der schweizerischen Kulturgeschichte und baut seine Sammlung schweizerischen Kulturguts von der Urgeschichte bis in die Gegenwart aus.*

Das SNM verzeichnet auch für das Jahr 2012 erfreuliche Besucherzahlen. Zum sechsten Mal in Folge durfte das Landesmuseum Zürich einen Besucherzuwachs melden und baut so seine Position als meist besuchtes histori-

ches Museum der Schweiz weiter aus. Mit 38'567 Besuchenden zählte das Château de Prangins im 2012 zwölf Prozent mehr Besuchende im Vergleich zum Vorjahr. Der Besucherzuwachs im Forum Schweizer Geschichte Schwyz lag im 2012 vorwiegend dank der im Oktober 2011 neu eröffneten Dauerausstellung mit 27'828 Besuchenden, 90 Prozent mehr wie im Vorjahr, über den Erwartungen.

Begonnen wurde das Berichtsjahr im Landesmuseum Zürich mit der Ausstellung „C'est la vie. Pressebilder seit 1940“. Zu sehen waren Bilder aus den Westschweizer Pressebildarchiven ASL und PDL, die politische Ereignisse, Alltagsepisoden, Prominentenschnappschüsse und Porträts von Alltagshelden festhalten. Die nachfolgende Wechselausstellung „Postmodernism. Style and Subversion 1970–1990“, eine Ausstellung des Victoria and Albert Museum London, wurde mit wichtigen Schweizer Vertretern der Postmoderne, etwa Mario Botta, Trix und Robert Haussmann oder Yello, ergänzt und neu inszeniert. Die beliebte Ausstellung brachte neue Besuchersegmente ins Museum. Die ab September gezeigte Ausstellung „Kapital. Kaufleute in Venedig und Amsterdam“ beleuchtete die bedeutende Rolle der Städte Venedig ab dem 13. Jahrhundert und Amsterdam im 17. Jahrhundert in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Westens. Das für die Ausstellung entwickelte und von Schulen stark nachgefragte Spiel „Rialto“ vermittelte auf anschauliche Weise Wissen zu den Themen Handel, Investition, Risiko, Gewinn und Verlust. Mit der im Château de Prangins im Frühling eröffneten Ausstellung „Archäologie. Schätze aus dem Schweizerischen Nationalmuseum“ waren erstmals die archäologischen Highlights aus der Zeit von 100'000 v. Chr. bis 800 n. Chr. aus der Sammlung des SNM in einer Gesamtschau in der Romandie zu sehen. Die hierzu für Schulen konzipierten Workshops stiessen auf grossen Anklang. Die Ausstellung „Swiss Press Photo 12“ präsentierte ab Jahresende die besten Werke von Schweizer Pressefotografen im Château de Prangins, nachdem sie im Frühling bereits in Zürich zu sehen war. Ende Oktober, nach der mehrmonatigen Präsentation der Ausstellung „Mani Matter (1936–1972)“, wurde im Forum Schweizer Geschichte Schwyz eine Ausstellung mit dem Titel „Von Spielzeugen und Spielen“ eröffnet, die einen Bogen vom 18. ins 21. Jahrhundert, von der Holzpuppe bis zum elektronischen Computerspiel, spannte. Mit der Ausstellung „Weihnachten und Krippen“ wurden zum Jahresende im Landesmuseum Zürich Krippen aus aller Welt sowie Krippenfiguren aus der Sammlung des SNM präsentiert. Das weihnachtliche, auf Kinder zugeschnittene Begleitprogramm fand bei den jüngsten Besuchenden ein positives Echo.

Die erfreulichen Besucherzahlen zeigen, dass die abwechslungsreiche Palette von thematischen Ausstellungen im historischen Kontext einerseits und von Sammlungs- ausstellungen andererseits kombiniert mit einem

attraktiven Rahmenprogramm auf Interesse stösst. Bewährt hat sich auch, eigene erfolgreiche Ausstellungen gleich an mehreren Standorten des SNM zu präsentieren: So etwa „Mani Matter (1936–1972)“ oder „C'est la vie. Pressebilder seit 1940“.

Die Dauerausstellungen des SNM in Zürich, Prangins und Schwyz begleiteten, die unterschiedlichen Ansprüche der Besuchergruppen berücksichtigend, zahlreiche Programme wie Führungen, Workshops, Vorträge, Veranstaltungen und Gesprächspodien. Das Museum gewinnt als ausserschulischer Erlebnis- und Lernort eine immer grössere Bedeutung. Dem trägt das SNM mit Einführungsmodulen für das Lehrpersonal und mit neu entwickelten Unterrichtsmaterialien Rechnung. Die Ausstellung zum historischen Garten im Château de Prangins wurde von der Jury des Prix Expo der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) in die Shortlist der fünf besten Ausstellungen im 2012 aufgenommen. Zu erwähnen ist weiter, dass im Château de Prangins im 2012 die intensiven baulichen und kuratorischen Vorbereitungsarbeiten für die im Frühling 2013 bevorstehende Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Noblesse oblige! Leben auf dem Schloss im 18. Jahrhundert“ erfolgten. Im Landesmuseum Zürich kann seit Mitte April 2012 unter dem Titel „Fernsehen und Studio“ in einem Fernsehstudio die eigene Medienkompetenz ausprobiert und trainiert werden. Das Studio wird besonders von Jugendlichen rege genutzt. Schliesslich entstand in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ein Angebot für Armeeeingehörige zur Vertiefung des historischen Wissens zur Schweiz.

Zur Sammlungsarbeit ist das Inventarisieren der eigenen Bestände, deren Erforschung und Dokumentation, die Ausleihe der Bestände an Drittmuseen, die regelmässige Aktualisierung des Sammlungskonzeptes sowie die ergänzende Erweiterung der Sammlung des SNM zu zählen. Im Jahr 2012 wie bereits im Vorjahr sind infolge ausserordentlicher Anstellungen von Praktikant/innen grössere Sammlungsbestände inventarisiert worden. Die Anzahl der Leihgaben schwankt jährlich aufgrund der unterschiedlichen Nachfragen von Partnerinstitutionen für ihre Forschungs- und Ausstellungsprojekte.

Im vergangenen Jahr fanden durch Kauf oder Schenkungen neue Objekte Eingang in die Bestände des SNM.

Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungsinstitutionen auf nationaler und internationaler Ebene ist ein zentraler Aspekt der Arbeit des SNM, gilt es doch das Wissenschaftsnetzwerk immer wieder aufs Neue zu verankern. Im Berichtsjahr konnten einige mehrjährige europäische Forschungsprojekte abgeschlossen und veröffentlicht werden (vgl. Kap. 4). Mitarbeitende des SNM sowie zahlreiche Forschende aus dem In- und Ausland haben Objekte aus den Sammlungen des SNM in wissenschaftlichen Zeitschriften, Monographien, Tagungsbänden und Ausstellungskatalogen publiziert. In

Zusammenhang mit Ausstellungsprojekten sind einige Bestände besonders gezielt bearbeitet worden. So etwa für die neue Dauerausstellung im Château de Prangins, für die Nachforschungen in den Sammlungsbereichen Möbel, Tapeten, Grafik und Gemälde erforderlich waren.

Hingewiesen werden darf auch in diesem Jahr auf einen weiteren Meilenstein des Sanierungs- und Erweiterungsprojekts des Landesmuseums Zürich. Nachdem im 2011 alle juristischen Hürden genommen und die Finanzierungen gesichert werden konnten, wurde in Anwesenheit der Behördenvertreter von Bund, Kanton und Stadt am 2. März 2012 der Spatenstich begangen. Die hierauf folgenden Arbeiten - Baustelleneinrichtung, Aushub, Werkleitungs- und Spundwandaarbeiten, Räumung des Kunstgewerbeschulflügels per Ende 2012 - schritten planmässig voran. Die Grundsteinlegung wird für April 2013 erwartet.

## **2. Finanzielle Ziele**

*Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und Ergebnisverantwortung aus und unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse.*

Der Museumsrat hat die Jahresrechnung 2012 des SNM am 14. März 2013 genehmigt. Das Jahresergebnis weist einen Ertragsüberschuss von 545'000 Franken vor Zuweisung/Entnahme aus den Fonds im Eigenkapital aus. Das positive Resultat ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: Ertragsseitig tragen die höheren Einnahmen aus dem Museumsbetrieb zur Resultatverbesserung bei, kostenseitig vorwiegend die zeitlichen Verschiebungen beim Bau der neuen permanenten Ausstellung im Château de Prangins sowie die nicht voll ausgeschöpften Budgets für Ankäufe von Sammlungsobjekten.

Mit dem Ergebnis wurde der Fonds „Ankäufe“ mit 140'000 Franken aus Kreditresten der budgetierten Ankäufe gespiesen. Der Fonds „Ausstellungen“ wurde mit Kreditresten von 223'000 Franken aus den budgetierten Wechsausstellungen sowie einer Ergebnisverwendung von 150'000 Franken geäufnet. Ausserdem wurden 10'000 Franken aus dem Fonds „Dokumentation & Konservierung“ für ein mehrjähriges Projekt eingesetzt. Der Restbetrag von 42'000 Franken floss in den Bilanzüberschuss.

Die Umsatzsteigerung auf 50,2 Millionen ist durch die oben erwähnte Erhöhung der Einnahmen aus dem Museumsbetrieb sowie die Erhöhung im Bereich Spenden und Sponsoring begründet. Neben Beiträgen an die Wechsausstellungen, konnte eine bedeutende Erbschaft von über 4,3 Millionen verzeichnet werden. Diese ist auf Wunsch des Erblassers Dr. Karl Killer ausschliesslich für Ankäufe zu verwenden. Zu diesem Zwecke wurde der Fonds „Dr. Karl Killer“ im Fremdkapital geäufnet.

Die Zunahme der Bilanzsumme von 10,7 Millionen auf neu 15 Millionen sowie die Verschlechterung der Eigenkapitalquote von 50 auf neu 39,2 Prozent sind eine Folge der oben erwähnten Erbschaft.

Im Jahr 2012 erhielt das SNM einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von 25,4 Millionen. Aufgrund der Tatsache, dass die vom SNM genutzten Immobilien in der Regel im Eigentum des Bundes sind und die Verrechnung der Mietkosten im Umfang von 16,8 Millionen direkt zwischen dem GS EDI und dem BBL stattfindet, werden die Mietkosten ertragsseitig als Beitrag an die Unterbringung ausgewiesen.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

*Das SNM verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere auch im Hinblick auf die Chancengleichheit und Mehrsprachigkeit, und stellt sicher, dass die hohe Fachkompetenz in der Museumsgruppe geschaffen und nachhaltig erhalten werden kann. Im Rahmen seiner Möglichkeiten stellt das SNM geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung.*

Das SNM hatte per Ende 2012 einen Personalbestand von 123 FTE. Grund für den Rückgang sind insbesondere unbesetzte Stellen per Ende 2012.

Die Geschlechterverteilung lag bei 66 Prozent Frauen und 34 Prozent Männern, in Kaderpositionen bei 53 Prozent Frauen und 47 Prozent Männern. Der Sprachanteil von 83,6 Prozent deutschsprachigen, 14 Prozent französischsprachigen und 2,4 Prozent italienischsprachigen Mitarbeitenden bleibt im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert.

Das SNM ermöglichte insgesamt 15 Praktikantinnen und Praktikanten einen vertieften Einblick in einen Museumsbetrieb. Zudem schlossen zwei Lernende ihre Lehre mit Erfolg ab. Ende 2012 war ein Lernender beschäftigt.

Das SNM hat die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gefördert. Die Anzahl der Teilnehmenden aus Beschäftigungsprogrammen der IV, regionalen Arbeitsvermittlungszentren und Sozialämtern konnte in den letzten drei Jahren kontinuierlich gesteigert werden auf zuletzt 22 Teilnehmende im Jahr 2012. Insgesamt beschäftigte das SNM 2012 sechs Mitarbeitende mit einer teilweisen IV-Rente.

Die Personalstrategie der Bundesverwaltung 2011 bis 2015 wurde durch Begleitmassnahmen im Rahmen der Personalentwicklung und Rekrutierung gelebt.

Die von der Kassenkommission PUBLICA beschlossene Senkung des Umwandlungssatzes bei der beruflichen Vorsorge wurde nach Genehmigung der Anschlussverträge durch die SNM-internen Instanzen vom Bundesrat per Mitte 2012 in Kraft gesetzt. Ein wesentlicher Bestandteil der Anschlussverträge war die arbeitnehmer- und arbeitgeberseitige Erhöhung der Sparbeiträge, die monatlich vom Lohn abgezogen werden.

#### **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die Mitarbeitenden der Konservierungsforschung haben zusammen mit den Konservatoren und Restauratoren des Sammlungszentrums verschiedene europäische Forschungsprojekte betreffend präventive Konservierung abgeschlossen. So das Projekt „BAHAMAS“ mit dem Thema „Biological patina for archaeological and artistic metal artefacts“, dessen Erkenntnisse nun im Rahmen eines KTI-Innovationsprojektes weiterentwickelt werden. Als Resultat des Projektes MUSECORR „Protection of cultural heritage by real-time corrosion monitoring“ ist ein Datenlogger entwickelt worden, der seit dem Herbst für den Handel produziert wird.

Die Zusammenarbeit mit den Ausbildungsinstitutionen im Fachbereich Konservierung-Restaurierung wurde 2012 intensiviert. Insgesamt neun Studentinnen aus dem In- und Ausland wurden im Rahmen von mehrwöchigen Praktika ausgebildet. Im Weiteren wurden drei Masterarbeiten von der Haute école de conservation-restauration Arc (HECR Arc) in Neuenburg und der Hochschule der Künste Bern (HKB) betreut. Im Rahmen der kulturwissenschaftlichen Forschung betreuten Mitarbeitende der Bereiche historische Fotografie, Textilien, Archäologie und Numismatik diverse universitäre Arbeiten. In der archäologischen Sammlung fanden zudem Ausbildungsmodulare zur Materialkunde sowie dem Dokumentieren von Objekten statt.

Für den Schweizerischen Verband für Konservierung und Restaurierung (SKR), den Verband der Museen der Schweiz (VMS/ICOM), die Hochschule der Künste Bern (HKB) und die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur wurden spezielle Ausbildungsmodulare für die Kulturgüterhaltung und die Museologie erarbeitet und durchgeführt.

Verschiedene Mitarbeitende waren in Kommissionen von Hochschulen und Museen sowie als Experten und Berater tätig.

#### **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat die Jahresrechnung 2012 des Schweizerischen Nationalmuseums geprüft. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen. Sie bestätigt zudem, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

#### **C. Anträge an den Bundesrat**

Der Museumsrat hat dem Bundesrat den Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2012 einschliesslich die Jahresrechnung zur Genehmigung, sowie den Bericht der Revisionsstelle vom 14. März 2013 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

#### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Am 10. April 2013 hat der Bundesrat den Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2012 einschliesslich die Jahresrechnung genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis genommen und den Museumsrat für seine Tätigkeit im Jahr 2012 entlastet.

# Pro Helvetia

Internet: [www.prohelvetia.ch](http://www.prohelvetia.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

**Stiftungsrat:** Mario Annoni (Präsident), Marco Francioli, Guillaume Juppin de Fondaumière, Claudia Knapp, Johannes Schmid-Kunz, Nicole Seiler, Peter Siegenthaler, Anne-Catherine Sutermeister, Felix Uhlmann

**Direktor:** Andrew Holland

**Externe Revisionsstelle:** EFK, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Pro Helvetia unterstützte 2012 über 3000 Auftritte von Schweizer Künstlerinnen und Künstlern in 92 Ländern. Sie führte neu den Schweizer Auftritt an der Biennale in Venedig durch und gleiste die Gastlandauftritte der Schweiz an den Buchmessen in Moskau und Leipzig auf. Durch den Ausbau ihrer Promotionsaktivitäten, ihr Aussenstellennetz in neun Ländern und die Lancierung von zwei internationalen Austauschprogrammen in Russland und im Dreiländereck trug die Stiftung zum kulturellen Austausch und zur Präsenz Schweizer Kunstschaffende im Ausland bei.

Am 1. Januar 2012 trat das Kulturförderungsgesetz (KFG) in Kraft. Es hatte Auswirkungen auf die Stiftung Pro Helvetia: Zum einen erweiterte es erheblich deren Aufgabenportfolio. Zum anderen verlieh es der Stiftung eine neue Struktur: Der Stiftungsrat wurde zu einem strategischen Gremium verkleinert und eine Fachkommission geschaffen. Der Bundesrat setzte der Stiftung erstmals für die Zeitspanne 2012-2015 strategische Ziele.

Die Administrativkosten wurden auf 11,7 Prozent gesenkt und erfüllen damit das strategische Ziel des Bundesrates von max. 15 Prozent. Der kleine Überschuss im Ergebnis von 398'000 Franken sollte bis 2015 in zusätzliche Projekte investiert und damit wieder abgebaut werden. Zudem wurden die personal- und vorsorgepolitische Ziele weitgehend erreicht.

Der Bundesrat stellt fest, dass die Stiftung Pro Helvetia ihre Ziele im ersten Jahr nach Inkrafttreten des KFG weitgehend erreicht hat. Einige der mit dem KFG an die Stiftung übertragenen Aufgaben wurden noch nicht umgesetzt. Der Bundesrat erwartet, dass Pro Helvetia diese Aufgaben angeht. Zudem soll die Stiftung darauf achten, ihre Aufgaben in der Schweiz mit besonderer Aufmerksamkeit wahrzunehmen.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	34	33
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	24	19
Eigenkapitalquote in %	34,5	-6,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	68,3	65,7

### Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Bearbeitete Gesuche	3'457	3'342
Zustimmungsquote (%)	49,2	53
Administrativkosten nach ZEWO (%)	11,7	14,5
Anteil Mittel für Auslandaustausch (%)	66	63
Beitrag pro Projekt (Durchschnitt in CHF)	14'600	13'700

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	34	33
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

*Pro Helvetia positioniert sich national und international als fachlich kompetente Kulturförderinstitution. Sie fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen und mit anderen Ländern und öffnet Türen für Schweizer Kunstschaffende zu neuen Weltgegenden und Märkten. Zudem integriert sie die durch das KFG zugewiesenen neuen Aufgaben in ihr Portfolio und setzt die transversalen Themen der Kulturbotschaft („Kultur digital“, „Lebendige Traditionen“) um.*

Die Stiftung Pro Helvetia blickt auf ein erfolgreiches erstes Jahr mit neuer gesetzlicher Grundlage zurück. Die **Nachfrage nach Schweizer Kultur** blieb trotz internationaler Finanz- und Eurokrise ungebrochen. Über 3000 Auftritte von Schweizer Künstlerinnen und Künstlern in 92 Ländern wurden von der Stiftung ermöglicht und unterstützt. Einen wichtigen Anteil leisten dabei auch die Kulturzentren und Verbindungsbüros im Ausland, deren Programme sowohl bei der Kritik wie auch beim Publi-

\* Strategische Ziele:

[www.prohelvetia.ch/fileadmin/user\\_upload/customers/prohelvetia/Die\\_Stiftung/Dokumente/Reglemente/Reglemente\\_DE/Strategische\\_Ziele\\_2012-2015\\_def\\_DE.pdf](http://www.prohelvetia.ch/fileadmin/user_upload/customers/prohelvetia/Die_Stiftung/Dokumente/Reglemente/Reglemente_DE/Strategische_Ziele_2012-2015_def_DE.pdf)

kum auf Resonanz stossen. Als Beispiel sei dafür das Swiss Institute in New York (SINY) genannt, das als erstes ausländisches Kulturzentrum überhaupt einen Beitrag der Stadt New York erhielt.

Trotz dem tiefgreifenden Wandel in Ägypten, ist es dem **Verbindungsbüro** in Kairo dank flexibler Programmierung gelungen, ein vielfältiges Jahresprogramm zu gestalten. Es griff vermehrt virulente kulturpolitische Fragen auf, wie Unabhängigkeit der Kultur, Dezentralisierung oder kulturelles Gedächtnis. Das Büro in Polen konzentrierte sich im Hinblick auf seine Schliessung im Jahr 2013 auf die Stärkung bestehender kultureller Kooperationen zwischen der Schweiz und den Ländern Mittel- und Osteuropas. Der Umzug des Büros in Südafrika von Kapstadt nach Johannesburg erschloss neue Netzwerke und stimulierte den Austausch mit wichtigen Partnern. Das Büro in China hat sich in seinem zweiten Jahr etabliert und New Delhi dehnte seine Aktivitäten auf den ganzen Subkontinent aus.

Um neue Märkte für Schweizer Kulturschaffende zu erschliessen, lancierte Pro Helvetia 2012 zwei neue **Austauschprogramme**: eines in Russland und eines am Oberrhein. Ersteres legt den Fokus auf die engere Zusammenarbeit von russischen und schweizerischen Kulturinstitutionen. Letzteres soll die trinationale Kulturarbeit zwischen der Nordwestschweiz, dem Elsass und Baden-Württemberg stärken. Beteiligt sind 12 politische Trägerschaften aus Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, Belfort, Colmar, Mulhouse, Strasbourg, Lörrach, Baden-Baden, Freiburg im Breisgau und Karlsruhe.

Das Jahr 2012 war nicht nur für die Ausland- sondern auch für die **Inlandaktivitäten** der Stiftung ein wegweisendes Jahr. Pro Helvetia setzte die strukturellen Erfordernisse des KFG erfolgreich um. Um ihre Fördermassnahmen auf die aktuellen Bedürfnisse der Schweizer Kulturlandschaft abzustimmen, arbeitete sie eng mit Kantonen und Städten zusammen und veranstaltete Hearings mit Kulturverbänden. Sie erneuerte die kooperativen Fördervereinbarungen mit 17 Schweizer Tanz- und Theatercompagnien aus verschiedenen Sprachregionen und unterzeichnete neu mehrjährige Verträge mit den Jazzfestivals in Schaffhausen, Willisau und Cully sowie den Stanser Musiktagen. Mit der Interessengemeinschaft für Volkskultur (IGV) vereinbarte Pro Helvetia eine dreijährige Leistungsvereinbarung zur Förderung des Bestands und der Weiterentwicklung der Schweizer Volkskultur. Ein Hauptanliegen dieser Vereinbarung ist die Unterstützung von jungen Talenten. Zudem finalisierte die Stiftung im Rahmen des Impulsprogramms „Kulturvermittlung“ ihre Kriterien für die ab dem Jahr 2012 neu zugewiesene Aufgabe der Kunstvermittlungsförderung.

Die Stiftung konnte ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen KFG noch nicht alle neuen Aufgaben umsetzen:

- **Priorität** genoss die **Nachwuchsförderung**. Im Laufe des Jahres klärte die Stiftung mit Kunstschaffenden, Institutionen, Kantonen und Städten die Bedürfnisse in den einzelnen Kunstsparten ab und startete mit ersten Projekten, um talentierten Kunsthochschulabgängern den Einstieg in den nationalen und internationalen Markt zu ermöglichen. Die Nachwuchsförderung wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut.
- In der **Fotografie** und der **Medienkunst** nutzte die Stiftung das Jahr 2012, um gemeinsam mit externen Experten eine systematische Förderung zu entwickeln, welche ab Sommer 2013 Schritt für Schritt eingeführt wird und ab dem Jahr 2016 vollständig zum Tragen kommt. Die Stiftung initiierte im Jahr 2012 eine flächendeckende Analyse zum Stand des Designs in der Schweiz. Im Zentrum stand dabei die Frage, welches die wirksamsten Hebel sind, um den ausgezeichneten Ruf des Schweizer Designs in der Welt weiter zu stärken. Zudem sollen Modelle entwickelt werden, die Kultur- und Wirtschaftsförderung optimal kombinieren, um das grosse Innovationspotential des Schweizer Designs nachhaltig zur Geltung zu bringen.

Die vom Bundesamt für Kultur (BAK) an Pro Helvetia übergebenen Aufgaben der Kulturpromotion im Ausland, namentlich die Schweizer Präsenz an **Buchmessen** sowie die **Biennalen**, wurden vollumfänglich ins Portfolio der Stiftung integriert. In Zusammenarbeit mit den drei Schweizer Verlegerverbänden SBVV, ASDEL und SESI wurden Auftritte an 19 Messeorten weltweit unterstützt, von Frankfurt, Paris, Bologna über Beirut bis São Paulo. Zudem bereitete die Stiftung die Schweizer Gastlandauftritte an den Buchmessen in Moskau 2013 und Leipzig 2014 vor. Erfolgreich verlief auch die erstmalige Durchführung des Schweizer Auftritts an der Architekturbieniale Venedig im Schweizer Länderpavillon mit dem Architekten und ETH-Professor Miroslav Šik. Das ergänzende Begleitprogramm „Salon Suisse“, das der internationalen Vernetzung von Schweizer Kunst und Architektur diente, wurde von der Fachwelt wie vom Publikum als bereichernde Neuerung in Venedig wahrgenommen.

Die Umsetzung des transversalen Themas **„Kultur digital“** wurde im Jahr 2012 aufgegleist. Pro Helvetia wird ab dem Jahr 2013 drei Achsen dafür vorsehen. Dazu gehört als Erstes die Unterstützung von Vorhaben, welche die klassischen Formen der Verbreitung von Kunst durch die Möglichkeiten der Digitalen Kultur ausweiten (z.B. Literatur im Netz, Musikinformationszentren, etc.), als Zweites die Lancierung eines dreijährigen Impulsprogramms zur Förderung von mobilen Applikationen und als Drittes die Entwicklung einer systematischen Förderung der Medienkunst zusammen mit Städten und Kantonen.

Das zweite transversale Thema **„Lebendige Traditionen“** wird im Jahr 2013 angegangen. Im Jahr 2012 ar-

beitete die Stiftung aktiv in der Arbeitsgruppe "Kulturelle Vielfalt" der UNESCO mit und steckte erste mögliche Tätigkeitsfelder mit Fokus auf die peripheren Regionen ab.

## **2. Finanzielle Ziele**

*Pro Helvetia zeichnet sich in ihrer Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und Ergebnisverantwortung aus und unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse. Die Stiftung soll über die Geltungsdauer der strategischen Ziele ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.*

### **2.1 Wirtschaftlichkeit**

Pro Helvetia kann auch finanziell auf ein positives erstes Geschäftsjahr in der neuen Struktur zurückblicken. Sie senkte ihren Administrationskostenanteil auf 11,7 Prozent und hat damit das strategische Ziel des Bundesrates (15 Prozent) erfüllt. Gründe dafür sind eine strikte Ausgabenpolitik, eine schlankere und effiziente Administration sowie die gestaffelte Einführung der neuen Aufgaben. Zudem setzte die Stiftung die Abläufe zwischen Geschäftsstelle, Fachkommission, unabhängigen Experten sowie Stiftungsrat neu auf und konnte dadurch Kosten sparen. Weitere Einsparungen konnten durch die vollständige Umstellung auf die elektronische Gesuchseingabe über [www.myprohelvetia.ch](http://www.myprohelvetia.ch) erreicht werden. Darüber hinaus konnte die Stiftung durch den Abschluss von mehrjährigen Leistungsvereinbarungen anstelle der Behandlung einer Vielzahl von Einzelgesuchen weitere Mittel freispielen.

### **2.2. Rechnungsergebnis**

Pro Helvetia orientiert sich ab der Jahresrechnung 2012 neu am Rechnungslegungsstandard IPSAS. Dabei erhöhte sich die Bilanzsumme, weil einzelne Positionen nach ihrem effektiven Wert berechnet werden. Mit diesen Neubewertungen konnte gleichzeitig das Bilanzdefizit eliminiert werden, so dass Pro Helvetia nun ein positives Eigenkapital ausweist.

Die Stiftung erzielt im Jahr 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis mit einem kleinen Überschuss von 398'000 Franken. Dieser Überschuss wird bis ins Jahr 2015 in zusätzliche Projekte investiert und damit wieder abgebaut.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

*Pro Helvetia verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere auch im Hinblick auf die Chancengleichheit und Mehrsprachigkeit, und stellt sicher, dass die hohe Fachkompetenz, die zur Erfüllung der Aufgaben nötig ist, geschaffen und nachhaltig erhalten werden kann. Die Stiftung stellt geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung und harmo-*

*nisiert ihre Anstellungsbedingungen im Aussennetz mit dem EDA.*

### **3.1 Programmatische Ziele**

Der Personalbestand der Stiftung hat sich aufgrund der Übernahme von Aufgaben, die bis Ende 2011 beim BAK angesiedelt waren (namentlich die Biennalen), erhöht. Zusätzlich führte die grosse Nachfrage nach Schweizer Kultur in China zu einer Erhöhung der Personalressourcen um 60 Stellenprozent.

Die Geschlechterverteilung ist gleichbleibend wie im Vorjahr: 67 Prozent Frauen, 33 Prozent Männer. 20 Prozent der Mitarbeitenden kommen aus der Westschweiz und 9 Prozent aus dem Tessin. Das Durchschnittsalter sank um rund drei Jahre auf 43,1 Jahre. Pro Helvetia bildet seit sechs Jahren KV-Lernende aus (1 Person pro Jahr) und bietet zudem pro Jahr 5 Praktikumsplätze an.

### **3.2. Situative, spezifische Ziele**

- Die *Amtszeitbeschränkung* für Kaderstellen auf zehn Jahre wurde auf 2012 hin eingeführt, zwei Drittel der bisherigen Amtszeit werden angerechnet.
- Die *Anstellungsbedingungen* der lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussennetz, vor allem in China und Indien, wurden mit dem EDA harmonisiert.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

*Pro Helvetia betreibt eine kooperative, subsidiäre Förderpolitik und spricht sich mit dem Bund, den Kantonen und den Städten ab. Bei ihren Aktivitäten im Ausland folgt sie den in der Rahmenvereinbarung EDI/EDA betreffend der Kulturarbeit im Ausland vom 09.12.2011 festgelegten Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation.*

Pro Helvetia beteiligte sich im Jahr 2012 aktiv am nationalen Kulturdialog und nutzte ihre Fenster bei den **städtischen** und **kantonalen** Kulturbeauftragtenkonferenzen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Bei verschiedenen anderen Projekten, wie die kooperativen Fördervereinbarungen in Tanz und Theater, die Kantonstage von Basel oder Luzern in Moskau 2012 resp. 2013, die Gamewoche Berlin oder das Impulsprogramm „Kulturvermittlung“, arbeitete die Stiftung eng mit Kantonen und Städten zusammen.

Für die Gamelounge des Swisshouse an den olympischen Sommerspielen 2012 in London kooperierte Pro Helvetia mit Präsenz Schweiz und der Wirtschaftsförderung der Stadt Zürich und ermöglichte so ein Programm mit rund 20 Spielen von Schweizer Designern. Zusammen mit der Schweizer Botschaft in Mexiko realisierte die Stiftung im Jahr 2012 den Schweizer Schwerpunkt am Festival Cervantino und mit der Schweizer Vertre-

tung in Prag plante sie für das Jahr 2013 das kulturelle Programm für „Swiss Spring“ zum 20-jährigen Jubiläum der Anerkennung Tschechiens durch die Schweiz.

Im Rahmen ihrer Austauschprogramme pflegt die Stiftung einen regelmässigen Austausch mit dem EDA: „Triptic“, das Programm am Oberrhein, initiierte die Stiftung auf Anregung der schweizerischen Generalkonsulate in Strassburg und Stuttgart. In Russland ist das Büro der lokalen Programmkoordination in der Schweizer Botschaft in Moskau domiziliert und pflegt einen regelmässigen Austausch mit der Vertretung. Begonnen haben auch die Vorbereitungen für das Austauschprogramm Italien-Schweiz 2014 im Vorfeld der **Weltausstellung in Milano**. Das Programm konzentriert sich auf Architektur und Design und bezieht sowohl das Tessin und die Lombardei wie auch die Nachbarkantone Graubünden und Wallis mit ein.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Eidg. Finanzkontrolle EFK hat die Jahresrechnung der Pro Helvetia geprüft und dieser mit Bericht vom 22. Februar 2013 ein einwandfreies Zeugnis ausgestellt. Die EFK empfiehlt die Rechnung zu genehmigen.

## **C. Anträge an den Bundesrats**

Der Stiftungsrat der Pro Helvetia hat dem Bundesrat den Geschäftsbericht einschliesslich der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 zur Genehmigung vorgelegt.

## **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Am 10. April 2013 hat der Bundesrat den Geschäftsbericht 2012 der Pro Helvetia einschliesslich der Jahresrechnung genehmigt und den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

## **E. Übrige Ereignisse von Bedeutung**

Im Jahr 2012 hat ein Direktionswechsel stattgefunden. Andrew Holland wurde am 11. Oktober vom Stiftungsrat zum neuen Direktor gewählt und hat sein Amt am 1. November übernommen.

## Würdigung der Ergebnisse 2012 durch den Bundesrat in Kürze

Das Geschäftsjahr 2012 des Schweizerischen Heilmittelinstituts Swissmedic hat mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abgeschlossen. Swissmedic verzeichnet 2012 zwar ein Defizit, dies ist jedoch zu einem guten Teil auf erhöhte Pensionskassenverpflichtungen in der Zukunft zurückzuführen und stellt die finanzielle Gesundheit der Institution nicht in Frage.

Sowohl die strategischen Ziele der Vierjahresperiode 2011-2014 als auch die spezifischen Ziele der Leistungsvereinbarung 2012 wurden erreicht.

Die Fortschritte von Swissmedic bei der Fristeinhaltung der Zulassungsverfahren sind zu begrüssen. Die Ergebnisse entsprechen den Zielvorgaben des Institutsrats und den Erwartungen des EDI.

Dank der Erhöhung der personellen Ressourcen der Abteilung Strafrecht konnte der Rückstand in der Verfahrensbearbeitung weitgehend abgebaut und die Rolle von Swissmedic bei der Bekämpfung der Heilmittelkriminalität gestärkt werden. Swissmedic hat auch an der Vorbereitung des Gesetzesentwurfs im Hinblick auf die Ratifizierung des Medicime Übereinkommens mitgearbeitet, welches der verstärkten Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Medikamenten dient.

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Swissmedic und dem Paul-Ehrlich Institut in Deutschland im Bereich der biologischen Arzneimittel ist Teil der Politik einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Ländern der EU.

Das personalpolitische Ziel, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Fachkompetenz von Swissmedic zu erhalten und entwickeln, konnte erreicht werden.

Auf gesetzgeberischer Ebene hat Swissmedic mit dem Bundesamt für Gesundheit auch bei der Botschaft zur Revision des Heilmittelgesetzes zusammengearbeitet, die gegenwärtig im Parlament beraten und 2013 eine der wichtigsten Herausforderungen darstellen wird. Die geplanten Reformen in diesem Rahmen betreffen auch das Institut selbst; so sehen sie vor, dass der Bundesrat künftig die strategischen Ziele des Instituts und die Gebührenverordnung genehmigt.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>82,1</b>	80,0
Reingewinn /-verlust (Mio. CHF)	<b>-4,4</b>	-0,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>95,3</b>	81,7
Eigenkapitalquote in %	<b>37,6</b>	49,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>357,3</b>	335,9

### Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuchseingänge	<b>11'024</b>	10'762
Fristeinhaltung (in %)	<b>92,2</b>	91,8
Anzahl Bewilligungen	<b>4'924</b>	4'960
Anzahl Vigilanzmeldungen	<b>7'822</b>	7'147
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	<b>31</b>	18

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>15,2</b>	15,6
Gebühren (Mio. CHF)	<b>66,7</b>	64,1

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

*Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) bezg. Gesetzes- und Ordnungsänderungen*

Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf die Revisionsvorlage des Heilmittelgesetzes und die Ratifizierung des Medicime Übereinkommens des Europarats. In beiden Gesetzgebungsprojekten hat das Institut seine Arbeitspakete im Rahmen der rollenden Zeitplanung des federführenden BAG fristgerecht abgeliefert.

*Öffentlichkeit aktiv über Heilmittel informieren*

Auch 2012 wurden Fachpersonen und Öffentlichkeit mittels Rundschreiben und Publikationen auf der Homepage von Swissmedic zeitnah über neu erkannte Heilmittelrisiken informiert. In den zweimal jährlich publizierten Vigilance News wurden ausgewählte Signale der Pharmacovigilance und deren Konsequenzen beschrieben. Erforderliche Korrekturmassnahmen bei Medizinprodukten (z.B. Information über Produktmängel und -rückrufe) wurden wöchentlich auf der Homepage von Swissmedic publiziert.

\* Strategische Ziele: [Leistungsauftrag 2011-2014](http://www.swissmedic.ch/org/00006/index.html?lang=de) verfügbar unter <http://www.swissmedic.ch/org/00006/index.html?lang=de>

Die Sensibilisierung bezüglich der Gefahren illegaler Heilmittel wurde auch 2012 fortgesetzt, und im zweiten Halbjahr war erstmals ein Rückgang der illegalen Importe von Arzneimitteln erkennbar.

#### *Swissmedic auf nationaler Ebene als vertrauenswürdige Behörde etabliert*

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens organisierte Swissmedic am 20. und 21. September 2012 das „International Regulatory Symposium“. Zirka 350 Teilnehmende aus dem In- und Ausland folgten den Referaten und Podiumsdiskussionen. Die zahlreichen Rückmeldungen der Teilnehmenden waren ausschliesslich positiv.

Im April 2012 führte Swissmedic in Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und Beratungsunternehmen empiricon eine Kundenumfrage durch. Die Umfrage war als kombinierte Papier/Online-Befragung auf Deutsch und Französisch angelegt. Rund 3'000 Firmen, Verbände, Behörden und Einzelpersonen verteilt über alle Swissmedic-Stakeholdergruppen hatten die Gelegenheit, den Fragebogen auszufüllen. Der Rücklauf lag bei 32 Prozent. Die Gesamtzufriedenheit wurde mit einem Wert von 66 von 100 Punkten positiv beurteilt. Handlungsbedarf besteht bei den Themen Dienstleistungsqualität, Reklamation/Problembehandlung, Kommunikation, Issue-Management und Organisation. Massnahmen zur Adressierung dieses Handlungsbedarfs wurden definiert und sollen 2013 und 2014 umgesetzt werden.

#### *Internationale Zusammenarbeit intensivieren*

Anfang Mai 2012 haben Swissmedic und das Paul Ehrlich Institut in Deutschland eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der biologischen Arzneimittel zwischen den beiden Behörden erleichtern und fördern soll. Die mexikanische Arzneimittelbehörde (COFEPRIS) publizierte im Oktober 2012 - nach vorangehenden engen Konsultationen mit Swissmedic - eine Vereinbarung zur einseitigen Anerkennung von Swissmedic-Zulassungen innovativer Heilmittel. Am 22. November 2012 wurde die Schweiz von der EU-Kommission als erstes Land auf der sogenannten „List of Third Countries“ aufgenommen und somit von den neuen Anforderungen der EU-Kommission zum Import von Wirkstoffen für Arzneimittel in die EU entbunden. Vom 26. bis 29. November 2012 fand der 7. Heads of Agencies Summit in Manaus, Brasilien, statt. Am Rande dieses Treffens wurde von Swissmedic und der brasilianischen Health Surveillance Agency (ANVISA) eine Vereinbarung zur engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Heilmittel unterzeichnet.

#### *Qualitätsniveau bei Betriebsbewilligungen und Betriebsinspektionen halten*

Durch die Führung eines wirkungsvollen Betriebsbewilligungssystems, das auf regelmässigen und gezielten Inspektionen durch Swissmedic und die Inspektorate der

Kantone beruht, kann eine umfassende Überwachung der rund 1'200 Hersteller und Vertrieber von Wirkstoffen, Arzneimitteln und Transplantatprodukten in der Schweiz gewährleistet werden. Mit der Einführung eines neuen Inspektionstypus kann die Arbeit des Bereichs Marktüberwachung im Rahmen von Verwaltungsverfahren gezielt mit Inspektionskompetenz unterstützt werden. Gleichzeitig wurde durch kontinuierliche Information und die Entwicklung sowie Anpassung von Richtlinien sichergestellt, dass nach wie vor alle Inspektorate der Schweiz die sich laufend weiterentwickelnden internationalen Vorgaben berücksichtigen und umsetzen.

#### *Zulassungen für Arzneimittel werden mit dem Ziel erteilt, bei gleich bleibender Qualität die Transparenz, Effizienz und Konsistenz kontinuierlich zu verbessern*

Eine der wichtigsten Herausforderungen im Bereich Zulassung ist die Fristeinhaltung aller Gesuchstypen, ohne die Qualität der Begutachtungsarbeit zu gefährden. Im ersten Halbjahr 2012 wurde eine intensive Analyse des Bereiches durchgeführt, um das Gesuchs- und Ressourcenmanagement zu stärken. Die Analyse ergab Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen: Verbesserung der Planung und Steuerung der Gesuchsbearbeitung, organisatorische und prozessuale Optimierungen in den Abteilungen Case Management und Clinical Review sowie konsequente Anwendung von Art. 13 Heilmittelgesetz (HMG). Von den hierzu definierten 20 Massnahmen wurden einzelne bereits bis Ende 2012 umgesetzt. Zusammen mit der Auswirkung der Kapazitätsaufstockung konnten so die Fristen über alle Gesuchstypen zu 92% eingehalten werden, und dies, obwohl die Anzahl Gesuchseingänge im Berichtsjahr weiter zugenommen hat. Im Zusammenhang mit der neuen Gebührenverordnung wurde das neue Verfahren mit Voranmeldung entwickelt: Es ermöglicht Swissmedic als Zulassungsbehörde, durch frühzeitige Bekanntgabe des Einreichungstermins durch die Gesuchstellerin (5-8 Monate im Voraus), die benötigten personellen Ressourcen zu einem frühen Zeitpunkt zu planen und damit einen um 20 Prozent schnelleren Ablauf der Begutachtung sicherzustellen. Dieses Verfahren kann ab 1. Januar 2013 angewendet werden.

Eine weitere wichtige Entwicklung stellt die Planung und Vorbereitung des neuen IT-Systems „PRIME“ dar. Dieses neue System löst unter anderem das jetzige Datenbank-System sowie das Planungsinstrument für Ressourcen ab.

#### *Prozesse, Strukturen und Systeme Vigilanz optimieren und ausbauen*

2012 konnte als erster wichtiger Schritt zur Verbesserung der Vigilancesysteme ein Portal implementiert werden, das dem elektronischen Austausch von Meldungen zu unerwünschten Arzneimittelwirkungen zwischen Swissmedic und den Pharmafirmen dient. Dadurch wird die Sicherheit der übermittelten Daten verbessert und ein

rascherer Austausch der Information gewährleistet. Im 2013 wird das System weiter ausgebaut, so dass ab Mitte 2014 den meldepflichtigen Fachpersonen ebenfalls ein elektronischer Meldeprozess zur Verfügung stehen wird.

### *Risikobasierte Marktkontrolle mit Fokus auf Minderung der Gesundheitsrisiken*

Die Meldungen aus dem Markt haben gegenüber 2011 auch 2012 erneut um rund 10 Prozent zugenommen. Um sicherheitsrelevante Signale zu erkennen und rasch korrigierende Massnahmen einzuleiten, werden alle eingehenden Meldungen risikobasiert beurteilt. Bei schwerwiegenden Qualitätsproblemen wurden innert weniger Tage ein Marktrückruf und die Information der Fachpersonen veranlasst. Bei der Beurteilung von Massnahmen musste 2012 aufgrund zunehmender Lieferengpässe wichtiger Arzneimittel vermehrt auch die Sicherstellung der Versorgung mitberücksichtigt werden. In 86 Fällen wurde die Arzneimittelinformation angepasst.

### *Durch effiziente und risikobasierte Strafverfolgung die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Verordnungen unterstützen und kriminelle Gefährdung der Heilmittelsicherheit ahnden*

Per 1.1.2012 wurden die personellen Ressourcen der Abteilung Strafrecht von 5,5 auf 7,5 Vollzeitstellen erhöht. So konnten alle durch das Institut geführten Strafverfahren einer untersuchungsleitenden Person zugeteilt und die erheblichen Rückstände in der Verfahrensbearbeitung weitgehend abgebaut werden. Nach wie vor erscheint es jedoch als notwendig, im Bereich der Heilmittelkriminalität Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs durchführen zu können. Die konkrete Ausgestaltung des Vollzugs wird im Rahmen der Ratifikation des Medicrime Übereinkommens zu regeln sein.

## **2. Finanzielle Ziele**

Gemäss Heilmittelgesetz (HMG) finanziert Swissmedic seine Ausgaben aus Abgeltungen des Bundes (rund 20%) und Einnahmen aus Gebühren und Abgaben (rund 80%). Das Institut führt eine eigene Rechnung und kann angemessene Reserven bilden, um Investitionen und allfällige spätere Verluste zu decken (Art. 68 und 77-79 HMG).

Die Rechnung 2012 schliesst mit einem Verlust von 4,35 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Defizit von 2,67 Millionen. Die Verschlechterung ist auf die Bildung von zusätzlichen Rückstellungen für Pensionskassenverpflichtungen gemäss Rechnungslegungsstandard IAS 19 zurückzuführen. Die Rückstellungen führten zu keinem Geldabfluss, wirken sich aber in den langfristigen Verbindlichkeiten in der Bilanz aus (Verschiebung von Eigenkapital zu langfristigem Fremdkapital). Die Reserven belaufen sich per Ende 2012 auf 21,3 Millionen und

betragen damit gut die Hälfte der im Leistungsauftrag festgelegten Obergrenze von 40 Millionen.

Im Berichtsjahr konnten die Vorbereitungsarbeiten zur revidierten Heilmittel-Gebührenverordnung planmässig abgeschlossen werden. Die revidierte Verordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Sie wird zu höheren Einnahmen aus Verfahrensgebühren führen und den Kostendeckungsgrad verbessern.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Das übergeordnete Ziel der Personal- und Vorsorgepolitik von Swissmedic ist es, über die zur Erreichung der Unternehmensziele notwendigen Führungs- und Fachkompetenzen zu verfügen.

*Swissmedic stellt durch ihre Personalpolitik sicher, dass die hohe Fachkompetenz, die zur Erfüllung der Aufgaben nötig ist, geschaffen und nachhaltig erhalten wird*

Swissmedic wird im Arbeitsmarkt als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin wahrgenommen. Die zusätzlich bewilligten Stellen konnten mit passend qualifizierten Personen besetzt werden (Zunahme Personalbestand um rund 6%). Die Fluktuationsrate beträgt 5.5 Prozent.

*Swissmedic stellt im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung*

Swissmedic investiert konsequent in die Personalentwicklung sowie in die Aus- und Weiterbildung. Im Labor bietet das Institut vier Lehrstellen für Biologie- und Chemielaboranten an. Akademische Nachwuchskräfte können insbesondere im Bereich Recht Praktika absolvieren. Zwei Personen machten davon Gebrauch.

Dank des konsequent betriebenen Gesundheitsmanagements fallen die Absenzen der Mitarbeitenden mit sechs Krankheitstagen pro Vollzeitstelle geringer aus als im schweizerischen Durchschnitt. Im Berichtsjahr hat Swissmedic vier Langzeitkranke bei der Wiedereingliederung begleitet und sechs Personen mit Leistungseinschränkungen beschäftigt.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Zur Erfassung und Beurteilung von Meldungen zu unerwünschten Wirkungen von Arzneimitteln hat Swissmedic ein Pharmacovigilance-Netzwerk mit sechs regionalen Zentren (Universitätsspitäler aller Landesteile sowie Regionalspital im Tessin) aufgebaut. Die Zusammenarbeit ist konstruktiv, ermöglicht die Nutzung des in den Universitätsspitalen vorhandenen pharmakologischen Wissens für eine Erstevaluation der Meldungen und bietet den meldenden Fachpersonen eine regionale Ansprechstelle.

Die Zusammenarbeit mit den Inspektoraten der Kantone ist gut eingespielt und erfolgt reibungslos. Alle Inspekto-

rate sind nach ISO 17 020 akkreditiert, was eine einheitliche Vorgehensweise in der ganzen Schweiz sicherstellt.

Die Dienstleistungsvereinbarung (DLV) mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) ist in Kraft, und Swissmedic erbringt in diesem Rahmen technische Dienstleistungen im Inspektionsbereich. Dies betrifft Transplantate, Heroinabgabe und Diagnoselaboratorien.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (Eidgenössische Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung von Swissmedic (Art. 74 Bst. a HMG) geprüft und erachtet diese als ordnungsgemäss. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die EFK prüfte ebenfalls die Berichterstattung über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung (Art. 74 Bst. b HMG) sowie die Planungs- und Kontrollsysteme (Art. 74 Bst. c HMG). Diese beiden Prüfungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

## **C. Stellungnahme des Bundesrates**

Die Berichterstattung von Swissmedic über das Jahr 2012 erfolgte nach geltenden Normen (Heilmittelgesetz, Leistungsauftrag 2011-2014). Demgemäss liegen die Eignerkompetenzen – darin eingeschlossen jene über die Berichterstattung – beim EDI.

Der Vorsteher des EDI hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2012 von Swissmedic genehmigt und den Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung und über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung zur Kenntnis genommen. Gestützt darauf hat er dem Institutsrat für das Jahr 2012 Entlastung erteilt.

# Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: [www.ige.ch](http://www.ige.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**Institutsrat:** Felix Hunziker-Blum (Präsident), Claudia Bolla-Vincenz, Roman Boutellier, Alexandra Frei, Jean-Pierre Maeder, Vincenzo Pedrazzini, Matthias Ramsauer (GS EJPD), Sara Stalder, Beat Weibel

**Direktor:** Roland Grossenbacher

**Externe Revisionsstelle:** EFK, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Für die vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) erbrachten Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche Spezialgesetzgebung und das zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt ausschliesslich von den Anmeldezahlen ab, so dass über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus keine Zielvorgaben bestehen. Im Bereich der Ministerialaufgaben war das IGE im Jahr 2012 für kein aktuelles Legislatur- oder Jahresziel des Bundesrates federführend zuständig. Die Folgearbeiten zu den Zielen des Vorjahres kamen planmässig voran. Eine strukturelle Finanzierungslücke soll durch eine moderate Gebührenerhöhung geschlossen werden. Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erreicht.

Kennzahlen	2011/12	2010/11
<b>Finanzen und Personal</b>		
Umsatz (Mio. CHF)	<b>43,5</b>	43,8
Reinverlust (Mio. CHF)	<b>-6,4</b>	-0,3
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>103,9</b>	109,9
Eigenkapitalquote in %	<b>56,3</b>	59,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>211</b>	209
<b>Anstaltsspezifische Kennzahlen</b>		
Markeneintragungen	<b>14'348</b>	14'154
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	<b>12'873</b>	13'256
Patenterteilungen national	<b>433</b>	628 <sup>1)</sup>
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	<b>50'167</b>	43'053
<b>Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen</b>		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>0</b>	<b>0</b>
Gebühren (Mio. CHF)	<b>36,0</b>	<b>35,6</b>

<sup>1)</sup> Eine Änderung in der Methodik der Datenerhebung bei den nationalen Patenten wurde zwecks besserer Vergleichbarkeit auch auf das Vorjahr angewandt.

## A. Zielerreichung 2012

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln. Für diese *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und ausschliesslich von den Anmeldezahlen für Eintragungen und Registeränderungen ab, die vom IGE nicht beeinflusst werden können. Zudem unterliegt auch die Höhe der vom IGE vereinnahmten Gebühren der Genehmigung durch den Bundesrat. Entsprechend besteht im Bereich der Monopolaufgaben des IGE wenig Raum für strategische Zielvorgaben über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus. Im Bereich der *Ministerialaufgaben*

des IGE, der Politikvorbereitung zuhanden des Bundesrates und des Parlaments, verfügen der Bundesrat und das zuständige EJPD über ein umfassendes Weisungsrecht gegenüber dem IGE. Gestützt darauf können sie dem IGE nicht nur mittel- und kurzfristige Zielvorgaben machen, sondern jederzeit direkt Einfluss auf die Arbeit des Instituts nehmen und diesem Aufträge erteilen.

Aufgrund anders gelagerter politischer Prioritäten enthält der Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2011–2015 vom 15. Juni 2012 (BBI 2012 7155) kein Ziel, für dessen Erreichung das IGE innerhalb der Bundesverwaltung federführend zuständig wäre. Auch der Bundesrat sah im Jahr 2012 kein Ziel in der primären Verantwortung des IGE vor. Jedoch fanden die beiden im Vorjahr massgeblichen Ziele eine Fortsetzung, über welche hier berichtet wird.

- *Verbesserung des Schutzes der „Marke Schweiz“*

Nach umfangreichen Vorarbeiten der Rechtskommission des Nationalrates in den Jahren 2010 und 2011 berieten im Berichtsjahr beide Räte die sogenannte „Swissness-Vorlage“ – bestehend aus einer Revision des Markenschutzgesetzes (MSchG) und einem neuen Wappenschutzgesetz (WSchG) – im Plenum.

Die Vorlage soll den Schutz der Bezeichnung „Schweiz“ und des Schweizerkreuzes im In- und Ausland stärken, um deren Wert zu erhalten: Die Revision des Markenschutzgesetzes enthält Kriterien zur präziseren Bestimmung der geografischen Herkunft von Produkten und Dienstleistungen sowie Instrumente zur einfacheren Erlangung und Durchsetzung des Schutzes von Herkunftsangaben. Die Totalrevision des Wappenschutzgesetzes erlaubt neu die Verwendung des Schweizerkreuzes auf Schweizer Produkten (was heute nur für Dienstleistungen zulässig ist). Das Schweizer Wappen bleibt grundsätzlich der Eidgenossenschaft vorbehalten.

Weite Teile der Vorlage sind unbestritten. Unterschiedliche Ansichten bestehen demgegenüber zu den Anforderungen an die Schweizer Herkunft für Lebensmittel und Industrieprodukte.

- *Anpassung des Urheberrechts an die technische Entwicklung*

Entsprechend dem betreffenden Jahresziel 2012 des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements hatte der Bundesrat am 30. November 2011 den Bericht zur unerlaubten Werknutzung über das Internet in Erfüllung des Postulates 10.3263 Savary verabschiedet.

Der Bericht war zum Schluss gekommen, dass die Situation aktiv zu verfolgen ist, um einen allfälligen Handlungsbedarf zeitig zu erkennen. Dazu setzte die Vorsteherin des EJPD am 8. August 2012 eine Arbeitsgruppe zur Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten (AGUR12) ein. An ihrer ersten Sitzung stellte die Arbeitsgruppe einen

Konsens in folgenden fünf Punkten fest. 1. Das Internet stellt für die Vermarktung kultureller Inhalte eine Chance dar. 2. Illegale Angebote im Internet bestehen und führen zu Wettbewerbsverzerrungen. 3. Die legalen Angebote auf individueller und kollektiver Ebene sind zu verbessern. 4. Die illegalen Angebote sind zu bekämpfen. 5. Die Aufklärung zur Verbesserung der Urheberrechtskompetenz ist zu intensivieren. Die AGUR12 will auf dieser Grundlage in fünf Sitzungen jeweils ein Schwerpunktthema diskutieren.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die Jahresrechnung 2011/12 schloss mit einem Defizit von 6,4 Millionen Franken um 1,8 Millionen schlechter ab als budgetiert. In diesem Ergebnis ist eine Sonderabrechnung in einem Informatikprojekt in der Höhe von 3,2 Millionen enthalten. Das verbleibende Defizit von rund 3 Millionen offenbart eine strukturelle Finanzierungslücke. Um diese zu schliessen, hat der Institutsrat am 7. November 2012 eine moderate Gebührenerhöhung beschlossen, die noch vom Bundesrat genehmigt werden muss. Sie soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Bis sie ihre Wirkung voll entfalten kann, werden die Reserven des Instituts voraussichtlich auf unter 40 Millionen absinken.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte trotz laufend steigender Anforderungen bei fast gleichbleibendem Personalbestand aufrechterhalten werden. Der Frauenanteil in Kaderpositionen blieb konstant, der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung (insb. auch Männer) nahm weiter zu. Zur Abfederung der Folgen des Grundlagenwechsels bei PUBLICA per 1. Juli 2012 ergriff das Institut gemäss der Empfehlung der Kassenkommission die gleichen Massnahmen wie die allgemeine Bundesverwaltung.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 7. September 2012 fest, dass die Jahresrechnung für das am 30. Juni 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 7. November 2012 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2011/12 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Rechnungsperiode 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012 einstimmig.

### **C. Anträge an den Bundesrat**

Der *Rechenschaftsbericht* des Direktors nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des Instituts zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2012 zur Genehmigung unterbreitet.

### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Am 27. März 2013 hat der Bundesrat den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2012 genehmigt und dem Institutsrat die Décharge erteilt.

# Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: [www.revisionsaufsichtsbehoerde.ch](http://www.revisionsaufsichtsbehoerde.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**Verwaltungsrat:** Thomas Rufer (Präsident), Dr. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin), Dr. Renato Fassbind, Prof. Conrad Meyer, Prof. Dr. Daniel Oyon

**Direktor:** Frank Schneider

**Externe Revisionsstelle:** EFK, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 durch den Bundesrat in Kürze

Das Umfeld, in dem sich die RAB bewegt, ändert sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene weiterhin rasant.

Auf nationaler Ebene hat der Bundesrat am 15. Juni 2012 im Grundsatz entschieden, die bisher getrennte Aufsicht über Revisionsunternehmen und Prüfungsgesellschaften zusammenzulegen und in zwei Etappen bei der RAB zu bündeln. Als Folge dieses Entscheids wurde bereits am 1. September 2012 die Aufsicht über die Rechnungsprüfung von börsenkotierten Banken, Versicherungen und kollektiven Kapitalanlagen von der FINMA an die RAB übertragen.

Auch auf internationaler Ebene ist ein Wandel spürbar. Hier bestehen zahlreiche regulatorische Initiativen, die das Gesicht der Revision in Zukunft verändern werden. Die RAB hat sich im Berichtsjahr mit diesen Initiativen auseinandergesetzt. Zu nennen ist insbesondere die Reform des Prüfwesens der Europäischen Kommission.

Der Grundauftrag der RAB besteht weiterhin darin, die Qualität von gesetzlichen Revisionsdienstleistungen sicherzustellen. Dies geschieht einerseits mit einem Zulassungssystem und andererseits mit der Aufsicht über die 21 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen. Die Tätigkeit der RAB hat in den letzten fünf Jahren zu deutlichen Qualitätsverbesserungen geführt. Die kritische Grundhaltung der Prüfer ist jedoch weiterhin in vielen Fällen nicht ausreichend. Dies macht sich in den wiederkehrenden Mängeln in der Durchführung der Prüfung bemerkbar. Die kritische Grundhaltung der Prüfer wird daher im Fokus der RAB bleiben. Gefordert sind aber auch die Revisionsunternehmen, welche unternehmensintern einen Rahmen schaffen müssen, der eine solche skeptische Grundhaltung fördert.

Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die RAB ihre strategischen Ziele im Jahr 2012 erreicht hat.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	5,0	5,5
Reingewinn (Mio. CHF)	0,0	1,0 <sup>1</sup>
Bilanzsumme (Mio. CHF)	5,9	6,9
Eigenkapitalquote in %	76,0	64,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	20	18

### Anstaltsspezifische Kennzahlen

Gesamtanzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11'643	11'278
Anzahl staatlich beaufsichtigter Revisionsunternehmen	21	21

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	5,0	5,5

<sup>1</sup> Der Reingewinn 2011 wurde für die Bildung der Reserve nach Art. 35 Abs. 3 RAG verwendet.

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

#### • Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen von Publikumsgesellschaften und die Abwicklung der internationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Für die Festlegung der strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages ist der Verwaltungsrat der RAB verantwortlich.

#### • Stärkung der RAB als Behörde

Die RAB ist erst seit fünfeinhalb Jahren operativ tätig, wird aber von der Öffentlichkeit, dem Berufsstand, den Mitgliedern der Revisionsausschüsse von Publikumsgesellschaften, den Investorinnen und Investoren sowie

\* Strategische Ziele:

von anderen Behörden bereits als unabhängige, professionelle und glaubwürdige Aufsichtsbehörde über die Revisionsbranche wahrgenommen.

Durch ein bereits seit 2007 weitgehend elektronisch ablaufendes Zulassungsverfahren sparen die betroffenen Personen und Unternehmen viele Kosten und Zeit im Umgang mit der Behörde („E-Government“).

- *Aufsicht und Standardsetting*

Der Kern der Tätigkeit der RAB bildet die Aufsicht über die Revisionsstellen von Publikumsgesellschaften. Die RAB hat im Rahmen ihrer Inspektionstätigkeit weitere Verbesserungen der Prüfqualität festgestellt. Sie identifiziert bei ihren Überprüfungen allerdings auch regelmässig ähnlich gelagerte Feststellungen in den Bereichen der kritischen Grundhaltung der Prüfer, der Gruppenprüfungen, der Umsatzerfassung und der mandatsbegleitenden Kontrollen. Eine internationale Studie zeigt, dass viele dieser Feststellungen auch in anderen Ländern zu beobachten sind. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, diese wiederkehrenden Feststellungen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf globaler Stufe anzugehen.

Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie sichergestellt, dass diese von den Betroffenen konsequent und nachhaltig beseitigt wurden. Die RAB berücksichtigt dabei auch qualifizierte Hinweise von Dritten (Medien, Whistleblower etc.). Bei schwerwiegendem Fehlverhalten hat sie angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Auf nationaler Ebene arbeitet die RAB weiterhin eng mit der Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA) und der SIX Exchange Regulation (SER) zusammen. Die RAB überprüft seit dem 1. September 2012 neu auch die Rechnungsprüfung bei börsenkotierten Banken, Versicherungen und kollektiven Kapitalanlagen. Die entsprechenden Spezialistinnen und Spezialisten wurden rechtzeitig rekrutiert, so dass die ersten Überprüfungen der Revision von Banken und Versicherungen bereits 2012 durchgeführt werden konnten. Die RAB berücksichtigt bei ihrer Aufsicht international anerkannte Standards. Daher sollen einzelne Aspekte der Rechnungsprüfung bei global systemrelevanten Finanzinstituten (d.h. bei den beiden Schweizer Grossbanken) jährlich überprüft werden.

Die RAB nimmt national und international aktiv am Standardsetting des Berufsstandes teil und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte der Revision die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Die RAB setzt nur national und international anerkannte Standards durch und ist bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. Im Jahr 2012 hat sie keine Rundschreiben oder dergleichen veröffentlicht.

- *Recht und Internationales*

Im Bereich ihrer internationalen Anerkennung hat die RAB auch im Jahr 2012 Fortschritte erzielt. Mit der US-

amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) haben zwei gemeinsame Überprüfungen im Hinblick auf die Anerkennung der jeweiligen Aufsichtstätigkeit stattgefunden. Die Zusammenarbeit zwischen den zwei Behörden hat sich weiter positiv entwickelt. Die RAB strebt langfristig ein möglichst weit gehendes Abstellen des PCAOB auf die Arbeit der Schweizer Aufsichtsbehörden an, um Doppelspurigkeiten und die Präsenz einer ausländischen Aufsichtsbehörde in der Schweiz zu minimieren. Um das hierfür notwendige gegenseitige Vertrauen zu schaffen, wird die Zusammenarbeit mit dem PCAOB weiter intensiviert.

Die EU hat die RAB bereits als gleichwertige Aufsichtsbehörde anerkannt. Die genaue Ausgestaltung der Zusammenarbeit muss allerdings mit den einzelnen Aufsichtsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten ausgehandelt werden. Die RAB hat mit der niederländischen und der französischen Revisionsaufsichtsbehörde zwei weitere Absichtserklärungen abgeschlossen. Grenzüberschreitende Inspektionen in der Schweiz können damit vermieden werden, und Schweizer Revisionsunternehmen müssen sich im Ausland nicht mehr registrieren lassen oder können Erleichterungen in Anspruch nehmen.

Im Rahmen der operativen Zusammenarbeit mit ausländischen Revisionsaufsichtsbehörden wurde die Aufsicht über die zunehmend international und regional operierenden Revisionsnetzwerke optimiert. Doppelspurigkeiten werden durch die Schaffung sog. „Colleges of Supervisors“ vermieden.

Die RAB hat sich auch 2012 aktiv in die Diskussionen im Rahmen des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) und anderer internationaler Gremien eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Grosses Gewicht wird dabei auf die gegenseitige Anerkennung und das Abstellen auf die Arbeit der Aufsichtsbehörde im jeweiligen Heimatstaat der Revisionsunternehmen gelegt.

- *Zulassungsregister*

Im Bereich der Zulassung gilt das Augenmerk weiterhin der ab 2013 anstehenden Erneuerung der Zulassung für Revisionsunternehmen. Diese soll über eine modernisierte IT-Plattform abgewickelt werden.

Kern der Zulassungserneuerung bildet die risikoorientierte Überprüfung des Qualitätssicherungssystems in den Revisionsunternehmen. Dabei wird insbesondere differenziert zwischen Revisionsunternehmen, die ausschliesslich eingeschränkte Revisionen durchführen und solchen, die auch im Bereich der ordentlichen Revision tätig sind.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsich-

tigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget von rund 5.0 Millionen Franken für das Jahr 2012 wurde eingehalten. Die vom Gesetz verlangte Reservenbildung in der Höhe von höchstens einem Jahresbudget ist vorerst abgeschlossen (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2012: 4.5 Mio.). Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist gleichgeblieben, sodass eine verlässliche Budgetierung der Aufsichtskosten sichergestellt ist; insbesondere wurden bei der Aufsichtsabgabe grössere Schwankungen vermieden.

### **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Die RAB ist auf dem Markt weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt. Dies gilt auch für die vorsorgepolitische Seite der Anstellungsverhältnisse. Zur Abfederung der Folgen des Grundlagenwechsels bei PUBLICA per 1. Juli 2012 ergriff die RAB gemäss der Empfehlung der Kassenkommission die gleichen Massnahmen wie die allgemeine Bundesverwaltung.

Der Personalbestand bewegt sich in Übereinstimmung mit dem Zulassungszyklus für Revisionsunternehmen (alle 5 Jahre) am unteren Ende der Zielgrösse von 20 bis 25 Personen (Vollzeitstellen).

### **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 4. März 2013 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Verordnung entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

## **C. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht einschliesslich Jahresrechnung und Revisionsbericht sowie den Kurzbericht der RAB über die Erreichung ihrer strategischen Ziele für das Jahr 2012 zur Kenntnis genommen.

# Eidgenössisches Hochschul- institut für Berufsbildung EHB

Internet: [www.ehb-schweiz.ch](http://www.ehb-schweiz.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**EHB-Rat:** Ruth Gisi (Präsidentin), Vincenzo Nembrini, Dr. Madeleine Salzmann, Karl Zimmermann, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Claudia Sassi, Claude-Alain Vuille, Jean-Pascal Lüthi

**Direktorin:** Dr. Dalia Schipper

**Externe Revisionsstelle:** BDO AG, Bern

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Die Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen, die Berufsentwicklung und die Forschung in der Berufsbildung bildeten auch 2012 den Schwerpunkt der EHB-Aktivitäten.

Grundsätzlich ist die Marktführerschaft des EHB in der Ausbildung Berufsbildungsverantwortlicher nicht in Frage gestellt. Die Konkurrenzierung durch zusätzliche Ausbildungsangebote namentlich in der deutschen Schweiz ist aber spürbar. Änderungen im Ausbildungskonzept, welche den Bedürfnissen von Berufsfachschulen und Studierenden entgegenkommen, sollen die Position des EHB festigen.

Das Umfeld in der Weiterbildung ist sehr kompetitiv. Das EHB begegnete dieser Herausforderung mit der Fokussierung des Angebots.

In der Berufsbildungsforschung nimmt das EHB national eine führende Stellung ein und stösst auch auf internationaler Ebene auf zunehmende Resonanz.

Das EHB fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die personalpolitischen Ziele konnten erreicht und bezüglich Lernende sowie Frauenanteil im Kader sogar deutlich übertroffen werden.

Das Jahresergebnis ist erneut negativ; dies trotz Kostenoptimierungen und Einsparungen bei Honoraren Dritter.

Der Bundesrat hält fest, dass das EHB mehrheitlich seinem Leistungsauftrag nachkommt, auf die Marktlage reagiert und die Aufbauphase abgeschlossen hat. Bezüglich der finanziellen Situation muss das Institut vermehrt Anstrengungen unternehmen, um mit den Bundessubventionen auszukommen.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	<b>39,1</b>	39,9
Reinverlust (Mio. CHF)	<b>-1,0</b>	-0,3
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>6,7</b>	8,1
Eigenkapitalquote in %	<b>18,1</b>	27,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>167</b>	162

### Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	<b>200</b>	196
Abschlüsse: Zertifikate	<b>555</b>	571
Abschlüsse Zusatzausbildungen (CAS/DAS)	<b>305</b>	182
Reformbegleitungen/-implementierungen	<b>162</b>	157
Forschungsprojekte	<b>38</b>	28

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>33,1</b>	31,5
Betriebliche Erlöse (Mio. CHF)	<b>6,0</b>	5,7

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

#### (1) Ausbildung

- Die erforderlichen Akkreditierungen und Anerkennungsverfahren sind abgeschlossen.
- Das EHB ist Marktführer im Bereich der Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen.
- Die Bildungsangebote basieren auf wissenschaftlich erprobten Methoden. Der Umgang mit Leistungsheterogenität ist in den Ausbildungen eingebaut.
- Ausländische Spezialistinnen und Spezialisten sind als Dozierende für den Master of Science in Berufsbildung gewonnen.

Ende 2012 waren 19 von insgesamt 26 Studiengängen vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

\* Leistungsauftrag des EHB (diese Version wurde bis 2012 verlängert):

anerkannt. Bei sieben Studiengängen ist das Verfahren noch im Gang.

Die Marktführerschaft des EHB im Bereich der Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen ist nicht ange-tastet, trotz steigender Konkurrenz vor allem in der deut-schen Schweiz. In Kooperationen mit Pädagogischen Hochschulen konnte das gemeinsame Angebot für die Ausbildung von Lehrpersonen Sek II (Berufsmaturität) weiter ausgebaut werden. Das EHB hat 755 Diplome resp. Zertifikate verliehen. In Ausbildung waren 1'575 Studierende. Gegenüber dem Vorjahr sind ausser im Tessin, wo Studiengänge nur eröffnet werden, wenn der Kanton ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten meldet, keine signifikanten Veränderungen zu verzeich-nen.

Die Profile und die breite Erfahrung der Dozierenden bieten Gewähr für die Abstützung des Unterrichts in der Wissenschaft und für den Praxisbezug.

Der Umgang mit Leistungsheterogenität (Umgang mit unterschiedlich befähigten Lernenden) in ihren vielfältigen Facetten wird thematisiert und in Themenstellungen wie der Früherfassung, Förderdiagnostik und der indivi-duelle Beratung angegangen.

Im Berichtsjahr wirkten auch im Studiengang MSc in Berufsbildung renommierte ausländische Lehrbeauftragte oder Referentinnen und Referenten mit.

## (2) Weiterbildung

- *Eine hochstehende Ausbildung von Prüfungsexper-tinnen und -experten sowie von Berufsbildnerinnen und -bildner in überbetrieblichen Kursen wird ange-boten.*
- *Bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote im Be-reich der integrativen Fördermassnahmen sind entwickelt und am Markt eingeführt.*
- *Die Weiterbildungsdienstleistungen sind auch auf die höhere Berufsbildung ausgerichtet.*
- *Langzeitweiterbildungen sind entwickelt und einge-führt (MAS, DAS, CAS etc.).*

Es wurden gesamtschweizerisch 8'627 Prüfungsexper-tinnen und -experten aus- bzw. weitergebildet.<sup>1</sup> Die Ge-samtzufriedenheit (94,9 % beurteilten die Kurse als gut bis sehr gut) ist konstant hoch.

In allen drei Sprachregionen besteht im Bereich der Integrativen Fördermassnahmen ein breites Angebot von Kursen, Tagungen und Zusatzausbildungen auf Stufe Certificate of Advanced Studies (CAS) und Diploma of Advanced Studies (DAS). Insgesamt wurden diese von 1000 Teilnehmenden besucht.

<sup>1</sup> Gemäss Art. 5 Abs. 4 Bst. a EHB-Gebührenreglement (412.106.16) werden für die Angebote zur Ausbildung von Expertinnen und Experten keine Gebühren erhoben.

Ein grosser Teil der Weiterbildungskurse richtet sich ebenfalls an die Berufsbildungsverantwortlichen der höheren Berufsbildung. Bei spezifisch dafür konzipierten Zusatzausbildungen wurden 13 CAS und 58 DAS verlie-hen.

Das EHB bietet rund 30 Langzeitweiterbildungen (Zu-satzausbildungen) auf Stufe CAS und DAS an. Auch 2012 wurde das Angebot den Bedürfnissen angepasst und in allen Landesteilen wurden neue Langzeitweiter-bildungen konzipiert.

Im umkämpften Weiterbildungsmarkt ist es für das EHB schwierig, die Weiterbildungsangebote kostendeckend anzubieten, wie dies das Gebührenreglement vorsieht. Um mit den Mitbewerbern mithalten zu können, stellt das EHB seine Aktivitäten zur Zeit mit einer Basisfinanzie-rung sicher, welche in beschränktem Rahmen aus Bun-desmitteln alimentiert wird. Das EHB wird diese Strategie jedoch überdenken und Massnahmen treffen.

## (3) Forschung und Entwicklung

- *Die Forschung unterstützt die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen.*
- *Das EHB ist in nationale Forschungsprojekte ein-gebunden.*

Der Wissenstransfer der Sparte Forschung und Entwick-lung umfasst gemeinsame Projekte mit Dozierenden und/oder Studierenden, die Durchführung von Lehrver-anstaltungen, die Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterialien und Evaluationen.

Die Vernetzung mit nationalen und internationalen For-schungsprojekten schreitet voran. Zu erwähnen sind zum Beispiel die Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz im Bereich der Forschung zur natur-wissenschaftlich-technischer Fachdidaktik, oder die Projektpartnerschaft im Leading House „Dual-T“.

Zudem konnte das EHB in zahlreichen Publikationen die Forschungsergebnisse der Fachwelt präsentieren.

## (4) Zentrum für Berufsentwicklung

- *Die Verbundpartner sind bei Berufsreformen unter-stützt.*
- *Instrumente zur Begleitung und Evaluation von Berufsreformen sind entwickelt.*

Das EHB hat im Auftrag der Organisationen der Arbeits-welt 13 Projekte bei der Begleitung von Reformen und 102 Projekte bei der Implementierung durchgeführt.

Acht Berufsverbände wurden bei der Revision ihrer Bil-dungsverordnungen und 15 Organisationen der Arbeits-welt bei der Entwicklung ihrer Ausbildungskonzepte auf Stufe höhere Berufsbildung unterstützt.

Die Unterstützungsangebote bei Implementierungen werden je nach Bedarf angepasst und reichen von Ver-

anstaltungsorganisationen bis zur Durchführung von Kursen unterschiedlicher Inhalte und Dauer.

#### (5) Betriebliche Leistungsziele

- *Ein Indikatorensystem zur Messung der Zielerreichung ist entwickelt.*
- *Ein hochschulkonformes Qualitätssicherungs- und -entwicklungssystem ist eingeführt.*
- *Ein Risikomanagementsystem ist erarbeitet.*
- *Ein Raumbewirtschaftungskonzept ist implementiert.*

Mit einem Ampelreporting berichtet die Hochschulleitung dem EHB-Rat über den Grad der Zielerreichung.

Das EHB verwendet das EFQM-Modell und hat die Stufe Committed to Excellence erreicht.

Das Risikomanagement ist implementiert und wird in sechs Schritten abgewickelt. Als vordringliche Massnahme wird die systematische Überprüfung sämtlicher Abläufe und Prozesse im EHB in Angriff genommen.

Die Bewirtschaftung der vorhandenen Infrastruktur ist anspruchsvoll, weil den Kundenbedürfnissen Rechnung getragen werden muss und die Veranstaltungen nicht gleichmässig über das Jahr und die Wochentage verteilt werden können. Die Einnahmen aus Raumvermietungen in allen Regionen betragen im Berichtsjahr 63000 Franken.

## 2. **Finanzielle Ziele**

Das EHB erhielt 33,1 Millionen Franken Subventionen und erwirtschaftete zusätzlich 6 Millionen betriebliche Erlöse. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Verlust von 1,023 Millionen ab. Nach Genehmigung der Jahresrechnung durch den Bundesrat und nach Verrechnung des Jahresverlustes mit den Reserven erreicht das Eigenkapital des EHB per 31.12.12 einen Stand von 1,203 Millionen, was einer Eigenkapitalquote von 18,1 Prozent entspricht.

Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, dass das EHB das vierte Jahr in Folge mit einem negativen Ergebnis abschliesst und weist darauf hin, dass die Strategischen Ziele 2013 – 2016 des Bundesrates für den EHB-Rat ein ausgeglichenes Ergebnis voraussetzen.

## 3. **Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

- *Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird gefördert.*
- *Der Frauenanteil im Kader ist erhöht (Zielgrösse mindestens 25 %).*
- *Der eigene wissenschaftliche Nachwuchs wird gefördert.*
- *Das EHB beschäftigt mindestens acht Lernende.*

- *Die Werte bei periodischen Umfragen zur Mitarbeiterzufriedenheit erreichen überdurchschnittliche Werte verglichen mit denen der allgemeinen Bundesverwaltung.*

Das EHB ist Mitglied von Child Care. Eltern, die am EHB arbeiten, erhalten kostenlose und umfassende Beratung und Unterstützung bei der Suche nach einer optimalen Lösung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Erstmals ist der Anteil der Frauen in Führungsfunktion mit 53,3 Prozent grösser als derjenige der Männer. Das vereinbarte Ziel wurde deutlich übertroffen.

Die Anzahl Lernende stieg 2012 weiter an. Es sind zur Zeit 11 Lernende in Ausbildung, was einem Anteil am gesamten Personalbestand von 5,1 Prozent entspricht.

Das EHB förderte sechs Dissertationen. Eine Dissertation wurde erfolgreich abgeschlossen.

Die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung 2012 haben sich gegenüber der Befragung 2010 leicht verbessert. Während die Kommunikation zwischen Mitarbeitenden und dem oberen Kader in gewissen Punkten noch verbessert werden kann, beurteilen die Mitarbeitenden die Work-Life-Balance als gut.

Das EHB ist ein attraktiver Arbeitgeber, der seine Mitarbeitende unterstützt und fördert. Dies zeigen auch die Umfragewerte, die über dem Bundesdurchschnitt liegen.

## 4. **Kooperationen und Beteiligungen**

- *Aktive institutionelle Kooperationen mit nationalen und internationalen Partnern sind eingegangen worden.*

Ausgewählte Beispiele:

Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule (Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaft) zur Erweiterung der Expertise im Bereich der Agrar- und der Grünen Berufe.

Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung zur Durchführung des Bildungsforschungskongresses.

Mitarbeit in sechs EU-Projekten im Bereich der Berufsbildung (Leonardo da Vinci).

Aufnahme des EHB in die Erasmus-Universitäts-Charta EUCX, welche den Austausch von Studierenden und Dozierenden zwischen europäischen Hochschulen ermöglicht.

## B. **Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle (BDO AG, Bern) hat die Jahresrechnung 2012 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 19. Februar 2013 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt, die Rechnung zu genehmigen.

### **C. Anträge an den Bundesrat**

Der EHB-Rat legte dem Bundesrat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2012 zur Genehmigung sowie den Bericht der Revisionsstelle vom 19. Februar 2013 zur Kenntnisnahme vor.

### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2012 am 10. April 2013 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des EHB-Rates Décharge erteilt.

Auf Ende 2012 trat Jean-Pascal Lüthi als Mitglied des EHB-Rates zurück. Die Ersatzwahl erfolgt im 2013.

# SIFEM AG

Internet: [www.sifem.ch](http://www.sifem.ch)

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

**Verwaltungsrat:** Jean-Daniel Gerber (Präsident), Michel Juvet (Vizepräsident), Julia Balandina-Jaquier, Hugo Fasel, Ivo Germann (Bundesvertreter), Susanne Grossmann, Iain Tulloch

**Geschäftsführerin:** Obviam DFI AG, Bern

**Externe Revisionsstelle:** BDO AG, Zürich

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

Die Prioritäten der SIFEM AG lagen 2012 auf der vollständigen Operationalisierung der noch jungen Gesellschaft sowie dem Ausbau der Investitionstätigkeit zugunsten von KMU und schnell wachsenden Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Erfolgsrechnung nach IFRS weist erneut einen Reinverlust in der Höhe von 17,2 Millionen Franken aus, **womit die finanziellen Ziele des Bundesrats nur teilweise erreicht wurden**. Zwar führte die Performance des Investitionsportefeuille zu einem Nettoertrag von 2,8 Millionen Franken, damit konnten aber die Managementkosten (CHF 5,9 Mio.) sowie die Währungsverluste (CHF 10,6 Mio.) und die von IFRS vorgeschriebenen kalkulatorischen Zinskosten auf dem Bundesdarlehen (CHF 3,5 Mio.) nicht gedeckt werden. Die Rendite (Internal Rate of Return) sank gegenüber dem Vorjahr von 11,2 auf 10,2 Prozent, zeigt aber, dass die Investitionen über die Gesamtlaufzeit gesehen rentabel sind. Die Rückflüsse aus abgeschlossenen Investitionen erreichten mit 43,7 Millionen Franken (USD 47,9 Mio.) den höchsten Stand seit Ausbruch der Finanz- und Verschuldungskrise. Die neu eingegangenen finanziellen Zusagen beliefen sich auf 26,5 Millionen Franken (USD 29 Mio.).

Erfreulich ist die Entwicklungswirkung der SIFEM AG, welche 2012 mittels einer unabhängigen Evaluation umfassend untersucht wurde. Die Evaluation bestätigt, dass die SIFEM AG in der Berichtsperiode **sämtliche der operationalisierten Entwicklungsziele vollständig erreicht bzw. übertroffen** hat. Sie wertet auch die Relevanz des Mandats von SIFEM positiv, ist sehr zufrieden mit der Geschäftsführerin Obviam bezüglich der Umsetzung des Mandats und weist nach, dass die SIFEM in den Partnerländern in bedeutendem Umfang und auf effiziente Weise Entwicklungseffekte erzielt. Dazu gehören insbesondere, aber nicht allein der Beitrag zur direkten und indirekten Schaffung von Arbeitsplätzen, deren Zahl auf insgesamt knapp 7'000 pro Jahr beziffert wird. Sodann macht die Evaluation auch strategische und operative Empfehlungen, die nach sorgfältiger Prüfung und im Dialog mit dem Verwaltungsrat in die Erarbeitung der strategischen Ziele der SIFEM AG für die Periode 2014-17 einfließen werden.

Kennzahlen	2012	2011 <sup>1)</sup>
------------	------	--------------------

### Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	--	
Reinverlust (Mio. CHF)	<b>-17,2</b>	-13,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>509,5</b>	463,6
Eigenkapitalquote in %	<b>28,4</b>	34,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	<b>0,2</b>	0,2

### Unternehmensspezifische Kennzahlen<sup>2)</sup>

Rendite - Internal Rate of Return (%)	<b>10,22</b>	11,19
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in (%)	<b>147</b>	161
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	<b>29,0</b>	57,1
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	<b>47,9</b>	26,8
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (in Mio. USD) - Total Active Commitments	<b>461,3</b>	436,3
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten in Mio. USD) - Residual Value	<b>282,9</b>	271,7

### Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	<b>0</b>	0
Gebühren (Mio. CHF)	<b>0</b>	0
Erhöhung Bundesdarlehen (Mio. CHF)	<b>29,7</b>	29,7

<sup>1)</sup> Die Vergleichbarkeit der hier ausgewiesenen Kennzahlen 2011 mit denjenigen im Kurzbericht 2011 ist aufgrund der Umstellung auf IFRS nicht gewährleistet.

<sup>2)</sup> In Absprache mit der Finanzverwaltung verwendet die SIFEM AG mit der Umstellung auf IFRS den USD als Basiswährung für die Messung ihrer Investitionsleistung.

## A. Zielerreichung 2012\*

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der laufenden Periode bis Ende 2013 formulieren in einer mittel- bis langfristigen Perspektive die Erwartungen des Bundesrats an die SIFEM AG. Demnach soll die SIFEM AG mittels Aktienbeteiligungen (Risikokapital) oder Darlehen vorwiegend in lokale oder regionale Fonds zugunsten von KMU, schnell

wachsenden Unternehmen und Finanzintermediären in Entwicklungs- und Schwellenländern investieren. Dadurch verschafft sie diesen Unternehmen Zugang zu langfristiger Finanzierung und Know-how und trägt zum nachhaltigen Wachstum dieser Firmen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

Der vorliegende Bericht orientiert sich einerseits an den Resultaten der eingangs erwähnten Evaluation in Bezug auf die Entwicklungswirkung der SIFEM AG, andererseits dem im Anhang zu den strategischen Zielen formulierten Jahreszielkatalog und den mittelfristigen Vorgaben.

### (1) *Entwicklungspolitische Ziele*

- *Insgesamt positive Entwicklungswirkung*

Die SIFEM AG verwendet hierzu ein unter den internationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen anerkanntes Messverfahren. Grossmehrheitlich (zu 91%) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine „gute“ oder „sehr gute“ Entwicklungswirkung attestiert. Damit ist der Zielwert übertroffen. Die wesentlichen Elemente der Entwicklungswirkung sind die Beschaffung von Arbeitsplätzen (vgl. unten), die Schaffung und Stärkung von Risikokapitalmärkten für KMU und schnell wachsende Firmen, die Verbesserung der Betriebsführung der Portfolio-Unternehmen und deren Zugang zu Fremdkapital sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten.

- *Beschäftigungswirkung*

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds verzeichnen 70 Prozent der Portfolio-Unternehmen ein Stellenwachstum. Im Durchschnitt trug die SIFEM AG pro Jahr zur Schaffung von knapp 7'000 neuen Stellen bei. Damit sind die Zielwerte übertroffen. Der Zuwachs liegt durchschnittlich im zweistelligen Prozentbereich (15-18%). Insgesamt beschäftigen die von der SIFEM AG und anderen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen unterstützten Portfolio-Unternehmen über 220'000 Angestellte in den Zielländern.

Die Evaluation beziffert die Zahl der seit 2003 direkt durch die SIFEM AG geschaffenen Arbeitsplätze auf rund 46'000. Sie weist zudem nach, dass die Schaffung von Stellen im Quervergleich sehr effizient (kostengünstig) geschieht und die Beschäftigung in den SIFEM-Portfolio-Unternehmen in einem Dreijahresdurchschnitt um ein Vielfaches stärker zunahm als in der Gesamtwirtschaft der meisten Zielländer.

- *Mobilisierung von privatem Kapital*

Die SIFEM strebt eine Maximierung von privaten Investitionen in die Zielländer und an die Zielkunden an. Wenn immer möglich, teilt sie deshalb die politischen und kommerziellen Risiken, wie auch die Rückflüsse aus den

Investitionen mit privaten Investoren. Im Durchschnitt mobilisierte jeder während der Zielperiode durch die SIFEM AG investierte Franken private Investitionen im Umfang von 3,82 Franken. Je nach wirtschaftlichem Umfeld und Investitionstyp variiert dieser Wert stark. Bei 60 Prozent der während der Zielperiode getätigten Investitionen ist das Verhältnis von privaten Investitionen zu den von der SIFEM AG eingesetzten Mitteln grösser als zwei. Damit ist der Zielwert übertroffen.

- *Soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Investitionen*

Sämtliche Portfolio-Unternehmen haben sich verpflichtet, die von der SIFEM AG vorgegebenen und regelmässig überprüften Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten, was die erwähnte Evaluation tatsächlich auch bestätigt hat. Darüber hinaus hat die SIFEM AG im vergangenen Jahr ein neuartiges Nachhaltigkeits-Beurteilungssystem erarbeitet, das in die Risikobeurteilung (*siehe unten*) integriert wird und u.a. dazu dient, Nachhaltigkeitsrisiken der Investitionen zu bewerten bzw. proaktiv anzugehen.

### (2) *Unternehmensbezogene Ziele*

- *Angemessenes Risikomanagement*

Nach Massgabe des Obligationenrechts hat die SIFEM AG ein umfassendes Risikomanagement zu gewährleisten. Das bisherige System wurde im Berichtsjahr durch ein umfassendes und vom Revisor geprüfetes neues Risikobeurteilungswerkzeug ergänzt. Es erlaubt erstmals eine qualitative und quantitative Risikobewertung der Investitionsprojekte bzw. des Gesamtportefeuilles über die Zeit hinweg. Damit hilft es mit, die verschiedenen Risikodimensionen noch besser und zugleich instrumentenspezifisch zu steuern. Gleichzeitig wird es die Grundlage bilden für den Risikodialog mit dem SECO und die strategische Risikobeurteilung im Verwaltungsrat.

- *Verhältnismässiger Betriebsaufwand*

Die Betriebskosten beliefen sich 2012 auf 5,9 Millionen Franken Dies entspricht 1,34 Prozent der ausstehenden Verpflichtungen<sup>3</sup> der SIFEM AG und somit unter dem vom Bundesrat festgesetzten Verwaltungskostendach von 1,5 Prozent.

## 2. *Finanzielle Ziele*

- *Positives Betriebsergebnis*

Die Erwartung des Bundesrates, dass die SIFEM mittelfristig ein positives Betriebsergebnis erreicht, hat sich 2012 nicht erfüllt. Gemäss der erstmals nach IFRS erstellten Jahresrechnung 2012 resultierte ein Reinverlust von 17,2 Millionen Franken. Zwar führte die Performance

---

<sup>3</sup> D.h. die einbezahlten und noch nicht einbezahlten Engagements minus die beendeten Verpflichtungen.

des Investitionsportefeuille zu einem Ertrag von 2,8 Millionen Franken, damit konnten aber die Management- und Administrationskosten (CHF 5,9 Mio.) sowie die Währungsverluste (CHF 10,6 Mio.) und die von IFRS vorgeschriebenen kalkulatorischen Kosten für das Bundesdarlehen (CHF 3,5 Mio.) nicht gedeckt werden.

Während die IFRS-Buchhaltung Marktschwankungen direkt übernimmt, wird das Investitionsportfolio im Abschluss nach Obligationenrecht (OR) weit unter dem Marktwert gehalten. Dadurch wird die genaue Messung der Resultate aus der Investitionstätigkeit verunmöglicht und die Volatilität der Jahresergebnisse zu einem gewissen Mass eingeschränkt. In der OR-Jahresrechnung verbuchte die SIFEM AG im 2012 einen Gewinn von 9,9 Millionen Franken (USD 12,6 Mio.), im Vergleich mit einem Verlust von 11,3 Millionen Franken (USD 12,0 Mio.) im Jahr 2011. Aufgrund der Bewertungsregeln nach OR können Gewinne erst bei ihrer Realisierung ausgewiesen werden. Der Anstieg in den Rückflüssen erklärt daher den gesamten Jahresgewinn 2012 im OR-Abschluss. Da für statutarische Zwecke die Geschäftszahlen gemäss OR zu verwenden sind, beruhen die in Ziffer C dargestellten Anträge an die Generalversammlung auf der OR-Jahresrechnung.

Die beiden für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM AG anerkanntesten Kennzahlen sind die Rendite (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Die Rendite vergleicht die Wertentwicklung unter Berücksichtigung der Investitionsdauer mit dem ausstehenden Betrag. Beim Wertmultiplikator werden hingegen ohne Berücksichtigung der zeitlichen Dimension alle bisher erhaltenen Rückflüsse (*siehe unten*) plus der aktuelle Marktwert des Investitionsportfolios durch das eingesetzte Kapital dividiert. Obwohl die Jahre seit Ausbruch der Finanz- und Verschuldungskrise für die SIFEM AG sehr herausfordernd waren, blieben beide Indikatoren im positiven Bereich. Beide sind zwar über die letzten Jahre etwas abgeflacht, doch ist dieses Abflachen weitgehend durch das Wachstum des Investitionsportfolios zu erklären. Bei einer Rendite von über 10 Prozent und einem Wertmultiplikator von knapp 1,5 steht die SIFEM AG im Vergleich mit in ähnlichen Märkten tätigen, privaten Investoren gut da.

- *Jährliche Nettorückflüsse aus abgeschlossenen Investitionen von mindestens 25 Millionen Franken pro Jahr*

Dieses Ziel wurde 2012 mit 43,7 Millionen Franken (USD 47,9 Mio.) deutlich übertroffen. Über eine 4 Jahresperiode (2009-2012) betrachtet liegen die Rückflüsse bei knapp 22 Millionen Franken pro Jahr. Positiv ist dabei zu vermerken, dass die Jahreswerte konstant angestiegen sind und dies, obwohl das Umfeld der SIFEM AG sich im Nachgang zur Finanz- und Verschuldungskrise grundlegend verändert und die Volatilität der privaten Geldflüsse in den meisten Zielländern stark zugenommen hat.

- *Finanzielle Zusagen für neue Investitionen von mindestens 25 Millionen Franken pro Jahr*

Diese Vorgabe wurde im Berichtsjahr mit 26,5 Millionen Franken (USD 29 Mio.) im Vergleich zum Vorjahr mit 57 Millionen US-Dollar nur knapp erreicht, wobei zu berücksichtigen gilt, dass 18 Millionen US-Dollar an finanziellen Zusagen aufgrund der Marktverhältnisse in den Zielländern auf 2013 verschoben wurden.

Bei den 2012 erfolgten Zusagen handelt sich um Investitionen in vier Risikokapitalfonds; je einen in Afrika und Lateinamerika sowie zwei Mikrofinanzfonds. Beachtenswert ist die Tatsache, dass zwei der Investitionen auf erneuerbare Energien fokussieren und erstmals eine Investition in einen Risikokapitalfonds in der Mongolei getätigt werden konnte.

### **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Abgesehen von den in den Organen der SIFEM AG tätigen Personen der SIFEM AG (Verwaltungsrat), beschäftigt die SIFEM AG lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung der SIFEM AG mit Zustimmung des Bundesrats an die Firma Obvi am ausgelagert. Die Geschäftsstelle befindet sich in Bern.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Die BDO AG, Zürich hat die Jahresrechnung der SIFEM AG per 31.12.2012 geprüft. Die Revisionsstelle bestätigt sowohl für die IFRS-Jahresrechnung als auch für den statutarischen Abschluss nach Obligationenrecht, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden. Beide Jahresabschlüsse vermitteln gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Gemäss Beurteilung der BDO AG entsprechen die Jahreszahlen 2012 den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat periodische Risikobewertungen durchführt und dabei alle Ergebnisse berücksichtigt, um sicherzustellen, dass das Auftreten einer wesentlichen Falschdarstellung in der Jahresrechnung als klein eingestuft werden kann. Die Revisionsstelle empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

## **C. Anträge an die Generalversammlung**

Die ordentliche Generalversammlung findet am 7. Mai 2013 statt. Der Verwaltungsrat stellt die folgenden Anträge (gemäss den Statuten beziehen sich die Anträge auf den Einzelabschluss und die konsolidierte Rechnung nach obligationenrechtlichen Vorgaben):

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung Jahresbericht und Jahresrechnung 2012;
- Übertragung des gesamten Reingewinns von 2012 von 9,9 Millionen Franken (Jahresrechnung nach OR) auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2012;
- Wiederwahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2013.

#### **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 24. April 2013 das WBF beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM AG zuzustimmen.

#### **E. Übrige Ereignisse von Bedeutung**

Das SECO hat 2012 eine unabhängige Evaluation über die Entwicklungswirkungen der SIFEM AG in Auftrag gegeben. Die umfassende Untersuchung stellt der SIFEM AG ein sehr gutes Zeugnis aus. Die Evaluation bestätigt die Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit des Investitionsmodells der SIFEM AG. Die unabhängigen Experten konnten zudem aufzeigen, dass die SIFEM AG mit hoher Professionalität und grossem Engagement verwaltet wird. Mit ihrem Spezialwissen kann die SIFEM AG bei den Fonds und in den Portfolio-Unternehmen einen dokumentierbaren und wichtigen Mehrwert generieren.

# identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51%

**Verwaltungsrat:** Markus Zemp (Präsident), Jacques Chavaz (BLW, Bundesvertreter), Hans Wyss (BVET, Bundesvertreter), Josef Dähler, Max Fehr, Peter Hinder, Charles Trolliet, Meinrad Pfister und Rolf Büttiker

**Geschäftsführer:** Christian Beglinger

**Externe Revisionsstelle:** Gfeller+Partner AG, Langenthal

## Würdigung der Ergebnisse 2012 in Kürze

identitas AG wird vom Bund beauftragt, die Tierverkehrsdatenbank TVD zu betreiben.

Geprägt wurde das Geschäftsjahr 2012 vor allem durch das Projekt TVKplus mit der Gesamterneuerung der Tierverkehrsdatenbank (TVD) und deren Integration in das Internetportal www.agate.ch. Das Projekt wurde 2012 gemäss der Zielsetzung abgeschlossen. Mit ihm konnte die Stellung des Agate-Portals – wie dies vom Bund angestrebt wurde – unter den Nutzern gefördert werden.

Trotz der schwierigen und zeitweise hektischen Phase nach dem Abschluss des Projektes TVKplus und obwohl für den Helpdesk nicht budgetierte zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden mussten, blieb die allgemeine Finanzlage der identitas AG stabil.

Die finanziellen Ziele wurden erreicht. Die Betriebskosten der TVD sanken 2012 im Vorjahresvergleich um 1,4 Mio. Franken und lagen bei 9,7 Mio. Franken. Die Nettobelastung der Bundeskasse ging ebenfalls zurück, und zwar um 0,1 Mio. Franken.

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erreicht.

Die anfänglichen Mängel der neuen TVD unter dem Agate-Portal haben den Ruf, den die identitas AG in der Praxis genießt, vorübergehend geschädigt. Um ihr Image nachhaltig wiederherzustellen, sind noch Anstrengungen nötig.

Kennzahlen	2012	2011
------------	------	------

### Finanzielle und personelle Kennzahlen

Umsatz (Mio. CHF)	<b>13,163</b>	13,617
Reingewinn (Mio. CHF)	<b>0,111</b>	0,114
Bilanzsumme (Mio. CHF)	<b>18,847</b>	20,267
Eigenkapitalquote in %	<b>12,50</b>	11,23
Personalbestand (Vollzeitstellen) <sup>1)</sup>	<b>66,1</b>	60,4

### Unternehmens- / anstaltsspezifische Kennzahlen

Umsatz pro Vollzeitstelle (CHF)	<b>199'148</b>	225'000
Ergebnis pro Vollzeitstelle (CHF)	<b>1'681</b>	1'902
Rentabilität Eigenkapitals %	<b>4,71</b>	5,05

### Bundesbeiträge und Gebühren <sup>2)</sup>

Bundesbeiträge (Mio. CHF)	<b>0,7</b>	0,8
Gebühren (Mio. CHF)	<b>9,0</b>	10,3

<sup>1)</sup> 2012 plus durchschnittlich 1,6 temporäre Arbeitskräfte für den Bereich Informatikentwicklung (7,6 im Jahr 2011)

<sup>2)</sup> Der Bund hat mittels Leistungsvereinbarung die identitas AG mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank beauftragt und trägt die entsprechenden Kosten (2012: 9,7 Mio. CHF; 2011: 11,1 Mio. CHF). Die Betriebskosten werden gemäss Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG; SR 916.40) durch Gebühren gedeckt, welche die identitas AG bei den Tierhaltern im Namen und zu Gunsten des Bundes erhebt (2012: 9,0 Mio. CHF; 2011: 10,3 Mio. CHF). Der Nettoaufwand des Bundes (2012: 0,7 Mio. CHF) ist auf den Aufbau und die Weiterentwicklung der Datenbank beschränkt. Die treuhänderisch erhobenen Gebühren erscheinen nicht in der Erfolgsrechnung der identitas AG. Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und die eingenommenen Gebühren sind brutto in der Staatsrechnung aufgeführt.

## A. Zielerreichung 2012

### 1. Strategische Schwerpunkte

Die identitas AG (bis 2005: Tierverkehrsdatenbank AG) wurde 1999 im Zusammenhang mit der BSE-Krise<sup>1</sup> gegründet, um eine neue zentrale Tierverkehrsdatenbank im Auftrag des Bundes nach den EU-definierten Standards (Voraussetzung für den Zugang zu ausländischen Märkten) zu führen. Im Jahr 2002 hat der Bund die Akti-

<sup>1</sup> BSE: Bovine Spongiforme Enzephalopathie (Rinderwahnsinn)

enmehrheit übernommen und führt das Unternehmen seither nach den Grundsätzen einer *Public Private Partnership* (PPP).

Das wichtigste strategische Ziel der identitas AG bleibt weiterhin, ihren Kunden moderne und umfassende Rückverfolgbarkeitslösungen für Tiere und tierische Produkte anzubieten. Dank Partnerschaften mit den Branchenakteuren (Tierhalter/-innen, Equideneigentümer/-innen, Zucht- und Labelorganisationen, Schlachtbetriebe, Fleischverarbeitungs- und Fleischvermarktungsbetriebe) können einwandfreie und wettbewerbsfähige vernetzte IT-Lösungen angeboten werden. Die Dienstleistungen der identitas AG reichen von der Planung, über die Entwicklung bis hin zum Betrieb. Das umfangreiche Dienstleistungsangebot wird nicht in Frage gestellt. Ein Ziel ist es, möglichst auf den Einkauf externer Entwicklungsdienstleistungen verzichten zu können. Punkto Kundendaten werden Sicherheit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität gross geschrieben. An der Fokussierung auf die öffentliche Verwaltung wird festgehalten.

Der Leistungsauftrag des Bundes an die identitas AG wurde Ende 2010 erneuert und läuft am 31. Dezember 2013 aus. Ein neues Mandat für die Geschäftsperiode 2014–2017 wird 2013 vorbereitet und verhandelt.

## **2. Finanzielle Ziele**

Die identitas AG strebt Dienstleistungen mit bestem Preis-Leistungsverhältnis für die Branche bzw. die Aktionäre an und ist nicht primär gewinnorientiert. 2012 wurde erst zum dritten Mal eine Dividende ausgeschüttet.

Das Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (SR 916.40) schreibt in Artikel 15b vor, dass die Betriebskosten grundsätzlich durch Gebühren der Tierhalter/-innen und Equideneigentümer/-innen gedeckt werden müssen. Es ist ein wichtiges Anliegen des Bundes, dass die Betriebskosten und somit die Gebühren möglichst tief ausfallen. Dieses Ziel wurde 2012 erreicht, da die Gebühren auf gleichem Niveau lagen wie in den vergangenen Jahren. Der Nettoaufwand des Bundes sank auf 0,7 Millionen Franken (2011: 0,8 Mio.). Mit der Realisierung des Projektes TVKplus sollen mittelfristig die Betriebskosten trotz Ausbau der Funktionalitäten stabil gehalten werden können.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der identitas AG verfügen über einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag. Das Personalreglement, welches seit dem 1. Januar 2007 in Kraft ist, wurde nicht geändert. Das Unternehmen ist bemüht, eigenständige Persönlichkeiten zu rekrutieren, die sich mit Aufrichtigkeit und Offenheit in ein Team einbringen wollen. Die identitas AG bildet zwei Informatik-Lehrlinge aus und bietet ihnen eine zeitgerechte Berufsausbildung an. Die Mitarbeiterführung erfolgt mit-

tels Zielvereinbarungen, den Mitarbeitenden werden Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung übertragen.

Die Personalvorsorgekommission der identitas AG besteht aus je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Die identitas AG hat keine finanzielle Beteiligung an Drittgesellschaften.

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

## **C. Anträge an die Generalversammlung**

Der Verwaltungsrat der identitas AG stellt der Generalversammlung vom 2. Mai 2013 folgende Anträge:

- Genehmigung von Geschäftsberichts und Jahresrechnung 2012;
- Verwendung des Bilanzgewinns 2012:  
CHF 15'500 Dividende,  
CHF 1'709'260 Vortrag auf Rechnung 2013;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
- Wahlen in den Verwaltungsrat:

Aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten sind die Herren Max Fehr (Vertreter Schweizer Viehhändler-Verband SVV), Charles Trollet (alt Präsident Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST) und Jacques Chavaz (Bundesvertreter). Als Ersatzkandidat/-in stellen sich folgende Personen zur Wahl:

- Herr Peter Bosshard, Geschäftsführer des SVV;
- Frau Dr. Julika Fitzli, Präsidentin der GST.

Für den Ersatz von Herrn Jacques Chavaz, dessen Rücktritt erst vor kurzem bekannt geworden ist, liegt derzeit noch keine Kandidatur vor. Das WBF wird dem Bundesrat zu gegebener Zeit einen Vorschlag unterbreiten; die Ersatzwahl wird demnach auf die nächste ordentliche Aktionärsversammlung oder eine noch zu bestimmende ausserordentliche Aktionärsversammlung verschoben.

## **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat das WBF am 10. April 2013 beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der identitas AG zuzustimmen.

# Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

Internet: [www.ensi.ch](http://www.ensi.ch)

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

**ENSI-Rat:** Anne Eckhardt Scheck (Präsidentin), Jürg Schmid (Vizepräsident), Werner Bühlmann, Jacques Giovanola, Oskar Grözinger, Hans-Jürgen Pfeiffer, Pierre Steiner (bis 31. 12. 2012)

**Direktor:** Hans Wanner

**Externe Revisionsstelle:** KPMG AG

## Würdigung der Ergebnisse 2012 durch den Bundesrat in Kürze

Der ENSI-Rat hat die Geschäftsführung und die Aufsichtstätigkeit des ENSI im Jahr 2012 verfolgt und ist zum Schluss gekommen, dass das ENSI die strategischen Ziele insgesamt **erreicht** hat. Von 25 Zielen wurden drei verfehlt, zwei davon – im Bereich Wirtschaftlichkeit – nur knapp (vgl. Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2012).

Die Arbeit des ENSI war im Berichtsjahr nach wie vor durch die Folgen des Reaktorunfalls in Fukushima im März 2011 geprägt. Zum einen wurden die kurz nach dem Unfall eingeleiteten zusätzlichen Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen und ausgewertet. Das ENSI wirkte am Stresstest der EU und an der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen (IDA NO MEX) mit, ausserdem erstellte es einen Aktionsplan, um die aus dem Unfallhergang in Fukushima gewonnen Erkenntnisse in konkrete Massnahmen zum Schutz vor Erdbeben, Überflutung und anhaltendem Stromausfall umzusetzen. Zum anderen machte der von Bundesrat und Parlament beschlossene Ausstieg aus der Kernenergienutzung eine strategische Neuorientierung des ENSI nötig. Statt des Ersatzes steht nun der weitere Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke im Zentrum der Aufsichtstätigkeit. Auf diesem Gebiet leistet das ENSI Pionierarbeit, da einige Schweizer Reaktoren im internationalen Vergleich zu den ältesten zählen. Ein weiterer strategischer Schwerpunkt des ENSI ist das langfristige Erhalten von bestehendem Wissen respektive der Aufbau von neuem Wissen im Hinblick auf die Stilllegung und den Rückbau der Kernkraftwerke.

Neben der eigentlichen Aufsichtstätigkeit widmete das ENSI im Berichtsjahr auch den übergeordneten Themen Transparenz und Unabhängigkeit besondere Aufmerksamkeit. Mit der erstmaligen Durchführung des ENSI-Forums und der Schaffung des Technischen Forums Kernkraftwerke stärkte das ENSI den direkten Informationsaustausch mit der Öffentlichkeit. Die vom ENSI-Rat veranlasste Überprüfung des Rollenverständnisses des ENSI im Sachplanverfahren Geologische Tiefenlager sowie die Erarbeitung eines Verhaltenskodex trugen dazu bei, das Bewusstsein für eine starke und reflektierte Aufsichtskultur zu festigen.

Kennzahlen	2012	2011
<b>Finanzen und Personal</b>		
Umsatz (Tausend CHF)	<b>60'167</b>	56'321
Gewinn/Verlust (Tausend CHF)	<b>-650</b>	434
Bilanzsumme (Tausend CHF)	<b>30'742</b>	30'657
Eigenkapitalquote in %	<b>8,5</b>	10,6
Personalbestand (Anzahl FTE)	<b>139,5</b>	137
<b>Behördenspezifische Kennzahlen</b>		
Inspektionen in Kernanlagen	<b>549</b>	480
Radioaktivitätsmessungen	<b>156</b>	152
Wissenschaftliche Publikationen		21
Kostendeckungsgrad in %	<b>103,3</b>	107,8
Gemeinkostenanteil in %	<b>25,4</b>	25,2
<b>Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen</b>		
Bundesbeiträge (Tausend CHF)	<b>3'507</b>	4'513
Gebühren (Tausend CHF)	<b>56'660</b>	51'760

## A. Zielerreichung 2012\*

Die Strategischen Ziele des ENSI werden durch den ENSI-Rat festgelegt, der auch für die jährliche Beurteilung der Zielerreichung zuständig ist. Im Folgenden wird die Einschätzung des ENSI-Rates bezüglich Zielerreichung des ENSI im Jahr 2012 wiedergegeben.

### 1. Strategische Schwerpunkte

#### Massnahmen aufgrund der Ereignisse in Fukushima:

Im Juli 2012 nahm das ENSI Stellung zum letzten grossen Sicherheitsnachweis, der infolge des Reaktorunfalls in Fukushima im März 2011 von den Schweizer Kernkraftwerksbetreibern eingefordert worden war. Alle Betreiber konnten nachweisen, dass sie ein Erdbeben von der Stärke, wie es durchschnittlich alle 10'000 Jahre einmal erwartet wird, zu beherrschen in der Lage sind. Im Berichtsjahr hat das ENSI zudem einen Aktionsplan definiert, mit dem die aus dem Reaktorunfall von Fuku-

shima gezogenen Lehren in konkrete Massnahmen zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit umgesetzt werden sollen, etwa in den Bereichen Notfallmanagement, Wasserstoffmanagement, Containment-Druckentlastung oder Handhabung von Überflutungen. Ziel ist, dass bis 2015 alle Punkte des Aktionsplans realisiert sind. Weiter setzte sich das ENSI im Berichtsjahr für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit ein; beispielsweise brachte es an der ausserordentlichen Konferenz zur Convention on Nuclear Safety (CNS) – dem wichtigsten internationalen Regelwerk im Bereich der Sicherheit von Kernanlagen – Vorschläge zur Angleichung der Gefährdungsannahmen bei Sicherheitsüberprüfungen von Kernanlagen in allen angeschlossenen Ländern ein.

**Aufsicht über bestehende Kernanlagen:** Die Schweizer Kernkraftwerke schneiden in Bezug auf die Sicherheit im europäischen Vergleich gut ab; das hat sich im Berichtsjahr im Rahmen des EU-Stresstests, der nach dem Reaktorunfall in Fukushima mit Beteiligung der Schweiz in die Wege geleitet worden war, erwiesen. Die Aufsicht über die Kernanlagen und die Überwachung von deren Betrieb durch das ENSI erfolgte gemäss den Vorgaben des ENSI-Rates. Im Berichtsjahr stach besonders die Begutachtung der periodischen Sicherheitsüberprüfung im Hinblick auf den Langzeitbetrieb des Kernkraftwerks Mühleberg hervor; das ENSI erlangte vom Betreiber eine detaillierte Umsetzungsplanung für die von ihm geforderten umfangreichen Nachrüstungen.

**Geologische Tiefenlager:** Nachdem Etappe 1 des Sachplanverfahrens Geologische Tiefenlager (SGT) fristgerecht abgeschlossen werden konnte, definierte das ENSI im Berichtsjahr zusammen mit den kantonalen Fachbehörden die sicherheitstechnischen Anforderungen an den Ablauf und an die Methodik zur Auswahl von mindestens zwei Standorten für Tiefenlager in Etappe 2 des SGT, welche bis 2015 dauern soll.

Neben dieser eigentlichen Aufsichtstätigkeit standen im Berichtsjahr auch die übergeordneten Themen Transparenz und Unabhängigkeit im Fokus des ENSI. Die direkte Interaktion mit den Behörden aller Staatsebenen sowie mit der interessierten und betroffenen Bevölkerung wurde u.a. durch die erstmalige Durchführung eines ENSI-Forums sowie durch die Schaffung des Technischen Forums Kernkraftwerke (TFK) nach dem Vorbild des bereits seit 2009 bestehenden und bewährten Technischen Forums Sicherheit (TFS) gefördert. Weiter erarbeitete das ENSI zur Stärkung der Aufsichtskultur einen für alle Mitarbeitenden verbindlichen Verhaltenskodex. Auf öffentlich erhobene Vorwürfe, das ENSI agiere im Sachplanverfahren Geologische Tiefenlager nicht mit der gebotenen Unabhängigkeit, reagierte der ENSI-Rat mit einer Untersuchung durch externe, unabhängige Experten. Diese fanden weder Hinweise auf ein gravierendes Fehlverhalten noch Indizien für ein unangemessenes Rollenverständnis des ENSI im SGT, zeigten jedoch in

einigen untergeordneten Punkten Verbesserungsbedarf auf, welchen der ENSI-Rat umgehend adressierte. Die gleichzeitig vom Generalsekretariat des UVEK getrennt durchgeführten Abklärungen zu den gleichen Vorwürfen bestätigten die Erkenntnisse des ENSI-Rates.

## **2. Finanzielle Ziele**

Das ENSI finanziert seine Tätigkeit primär über Gebühren der Betreiber von Kernanlagen. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z.B. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an Gesetzen und Verordnungen, Forschung, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen); diese machten im Berichtsjahr knapp 6 Prozent des Ertrages aus. Wie im Vorjahr führten die tiefen Zinsen und der höhere Personalbestand zu einem Anstieg der Vorsorgeverpflichtungen zu Lasten der Erfolgsrechnung, woraus ein Verlust von 645'000 Franken resultierte. Die Wirtschaftlichkeit wird vom ENSI-Rat als zufriedenstellend beurteilt: Der Kostendeckungsgrad lag mit 103,3 Prozent leicht unter der Zielmarke von 105 Prozent, der Anteil der Gemeinkosten (Administration, Support etc.) am gesamten Aufwand mit 25,4 Prozent etwas über der Vorgabe von maximal 25 Prozent. Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden lag mit durchschnittlich 132 Franken deutlich unter dem als Referenzgrösse herangezogenen Zeitmitteltarif der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) von 160 Franken.

## **3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr stieg der Personalbestand um 1,5 (+ 1,1%) auf 139,5 Vollzeitstellen. Rund 38 Prozent der Mitarbeitenden stammen aus dem – meist benachbarten – Ausland. Angesichts der Altersstruktur der Belegschaft stellt die langfristige Erhaltung des Know-hows mit Blick auf den weiteren Betrieb und die Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke eine zentrale strategische Herausforderung für das ENSI dar.

## **4. Kooperationen und Beteiligungen**

Das ENSI pflegt einen intensiven Austausch mit anderen Institutionen im Bereich der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z.B. Paul-Scherrer-Institut, universitäre Institute) als auch im Ausland (Aufsichtsbehörden verschiedener Länder, Expertengruppe Reaktorsicherheit, IAEA, OECD-NEA, WENRA, EU u.a.). Der Direktor des ENSI amtiert als Vorsitzender der Western European Nuclear Regulators Association (WENRA).

## **B. Bericht der Revisionsstelle**

Gemäss Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung 2012 des ENSI ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und steht in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs) sowie mit dem Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG). Die Revisionsstelle bestätigt das Vorhandensein eines nach den Vorgaben des ENSI-Rates ausgestalteten internen Kontrollsystems (IKS).

## **C. Stellungnahme des Bundesrates**

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) zu diesen Dokumenten kommt der Bundesrat zum Schluss, dass das ENSI im Jahr 2012 seine Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorgaben erfüllt hat.

## **D. Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2013 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2012 des ENSI-Rates genehmigt und den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen; er hat dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Gleichzeitig hat der Bundesrat die Honorare und Nebenleistungen zugunsten der Mitglieder des ENSI-Rates nach Massgabe ihrer effektiven Arbeitsbelastung angepasst.